

WIFO ■ MONATSBERICHTE 3/2024

- Hohe Zinsen belasten die Konjunktur
- Europäische Wirtschaftspolitik 2023
- Institutionalisiertes Vertrauen als Standortqualität
- Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen
- Herausforderungen des alpinen Wintertourismus in Österreich

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •
Redaktion: Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2024

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 295 € • Einzelheft (Printversion): 29,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



97. Jahrgang, Heft 3/2024

119-127 ■ Hohe Zinsen belasten die Konjunktur

Marcus Scheiblecker

Nachdem sich der WIFO-Konjunkturklimaindex um den Jahreswechsel vorübergehend stabilisiert hatte, ging er im Februar erneut leicht zurück. In der für die Konjunktur besonders bedeutenden Sachgütererzeugung verschlechterten sich sowohl die Einschätzungen der Unternehmen zur aktuellen Lage als auch die Erwartungen. Auch in Deutschland trübte sich die Konjunkturstimmung weiter ein.

High Interest Rates Weigh on the Business Cycle

128 ■ Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar

129-139 ■ Europäische Wirtschaftspolitik 2023. Robuster Arbeitsmarkt trotz schwacher Konjunktur und gestraffter Geldpolitik

Atanas Pekanov

Über das gesamte Jahr 2023 verzeichneten sowohl die EU als auch der Euro-Raum nur ein schwaches Wirtschaftswachstum. Der Arbeitsmarkt blieb dennoch robust – die Arbeitslosigkeit verharrte im Euro-Raum im gesamten Jahr 2023 auf dem niedrigsten Niveau seit der Einführung des Euro. Die Europäische Zentralbank setzte 2023 die Straffung der Geldpolitik fort, um die Inflation einzudämmen. Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems sank 2023 deutlich und erstmals seit Beginn des "Quantitative Easing" im Jahr 2015 in großem Umfang. Die Fiskalpolitik blieb in den meisten EU-Ländern expansiv ausgerichtet, jedoch begannen die Länder, ihre Haushaltsdefizite allmählich zu verringern. Der Fortschritt bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF) verlangsamte sich 2023 erheblich, was auf beträchtliche Schwierigkeiten bei der Implementierung hinweist. Nach jahrelangen Diskussionen wurde 2023 die Reform des europäischen fiskalpolitischen Rahmens unter den Mitgliedsländern abgestimmt. Der neue Fokus auf Industriepolitik setzt durch eine Lockerung der staatlichen Beihilferegeln die Integrität des Binnenmarktes unter Druck.

European Economic Policy 2023. Robust Labour Markets amidst Weak Economic Growth and Tightened Monetary Policy

141-149 ■ Institutionalisiertes Vertrauen als Standortqualität. Zur ökonomischen Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens

Michael Peneder

Das Eich- und Vermessungswesen schafft institutionalisiertes Vertrauen als Grundlage für die Koordination und Qualitätssicherung wirtschaftlichen Handelns. Indem es einheitliche Referenzsysteme, zuverlässige Geoinformationen und eine qualitätsgeprüfte messtechnische Infrastruktur bereitstellt, wirkt es in vielfältiger Weise positiv auf die Entwicklungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes ein. Es sichert Nachfrage, insbesondere nach Gütern mit hoher und individuell schwer überprüfbarer Qualität, senkt Transaktionskosten, erleichtert der Exportwirtschaft den Zugang zu ausländischen Märkten und stärkt das Vertrauen in den europäischen Binnenmarkt. Gleichzeitig fördert es unternehmerisches Handeln, indem unfairen Wettbewerb unterbunden und Qualitätswettbewerb belohnt wird. Die spezifischen Wirkungskanäle sind vielfältig und erfordern eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Aufgaben und Aktivitäten des Eich- und Vermessungswesens. Der vorliegende Beitrag fasst anhand eines Schichtenmodells der Wettbewerbsfähigkeit zusammen, wie diese einen gesellschaftlichen Mehrwert (Public Value) erzeugen und zur Standortqualität beitragen.

Institutionalised Trust as a Fundamental Quality of Business Locations. On the Economic Impact of Metrology and Surveying Services

151-163 ■ **Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen**

Kathrin Hofmann, Agnes Kügler, Nicole Schmidt-Padickakudy

2023 verzeichneten österreichische Unternehmen einen überdurchschnittlichen Anstieg der Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen. Unternehmen, die bereits im Vorjahr ihre Innovationsausgaben erhöht hatten, behielten diesen Kurs überwiegend bei. Obwohl die Innovationsausgaben 2023 zulegten, führte nur etwa ein Fünftel der befragten Unternehmen neue Produkte oder Dienstleistungen ein. Seit der COVID-19-Krise ist ein genereller Rückgang der Innovationanstrengungen zu beobachten, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Ebenso ist die Finanzierung über Kredite, ein wichtiger Motor für die Einführung neuer Produkte, seit der Pandemie rückläufig. Jedes vierte Unternehmen meldete im Jahr 2023 Hindernisse bei der Kreditvergabe.

Corporate Expenditure on New Products is Expected to Grow Only Weakly in 2024

165-176 ■ **Herausforderungen des alpinen Wintertourismus in Österreich**

Anna Burton, Oliver Fritz (WIFO), Robert Steiger (Universität Innsbruck)

Der alpine Wintertourismus ist einer der Eckpfeiler der österreichischen Tourismuswirtschaft. Angebot und Nachfrage nach Skiurlaub haben sich über Jahrzehnte hinweg positiv entwickelt, sodass Österreich als eines der wenigen Länder in Europa über zwei beinahe gleichwertige Saisons verfügt. Doch der Tourismus in alpinen Regionen steht vor großen Herausforderungen. Werden sie nicht bewältigt, so ist dies mit negativen Effekten auf volkswirtschaftlicher, noch mehr aber auf regionalwirtschaftlicher Ebene verbunden: Vor allem der Klimawandel, aber auch demografische Veränderungen und höhere Kosten, die mit steigenden Preisen einhergehen, erzwingen eine Anpassung des Angebotes. In der Folge ist auch eine Verschiebung der Nachfrage in Richtung des Sommers und der Nebensaisonen zu erwarten. Klimaschutzmaßnahmen, in deren Zentrum eine klimafreundliche An- und Abreise der Gäste steht, müssen verstärkt werden.

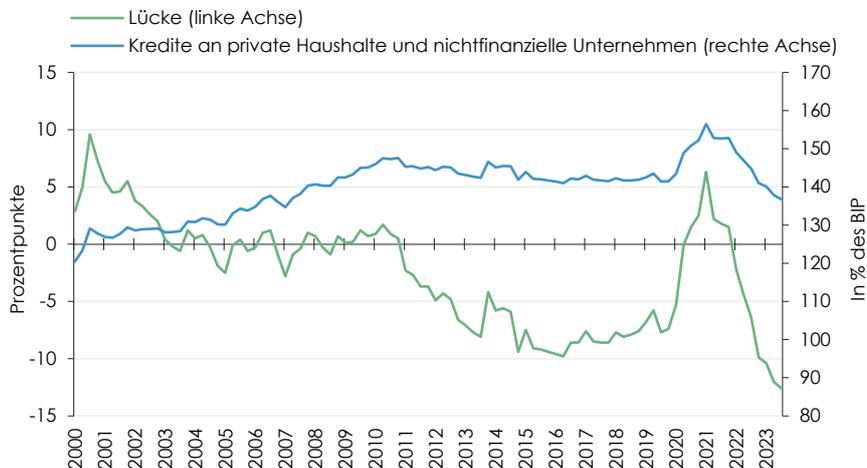
Challenges of Alpine Winter Tourism in Austria

Hohe Zinsen belasten die Konjunktur

Marcus Scheiblecker

- Aufgrund der hohen Finanzierungskosten infolge der straffen Geldpolitik leidet die Wirtschaft im Euro-Raum weiterhin unter einer schwachen Nachfrage nach Investitionsgütern. Sie spiegelt sich u. a. in einem starken Rückgang der Bauinvestitionen und belastet die Wirtschaft in Deutschland und Österreich überproportional.
- In Österreich ist das Wachstum der Kreditnachfrage eingebrochen. Die Unternehmen beurteilen den Zugang zu Krediten seit Ende 2021 als zunehmend restriktiv.
- Konjunktumfragen in Österreich und Deutschland deuten bislang noch nicht auf einen bevorstehenden Aufschwung hin. In der Sachgütererzeugung verschlechterten sich die Erwartungen zuletzt weiter.
- Die Rezession in Industrie und Bauwirtschaft strahlt mit zunehmender Dauer auch auf den Dienstleistungsbereich aus, wo sich im Februar sowohl die Lagebeurteilungen als auch die Erwartungen eintrübten.

Wachstum der Kreditnachfrage in Österreich deutlich zurückgegangen – Kreditlücke erweitert sich



"Die hohen Kreditzinsen und der erschwerte Zugang zu Hypothekarkrediten ließen in Österreich das Wachstum der Kreditnachfrage einbrechen. Die Kreditimmobilienmaßnahmen-Verordnung (KIM-V) stellt eine zusätzliche Hürde dar."

Das ausstehende Kreditvolumen privater Haushalte und nichtfinanzieller Unternehmen ist seit 2022 deutlich geschrumpft. Die Lücke (Abweichung des Verhältnisses von Kreditvolumen und BIP vom Trend dieses Verhältnisses) verkleinerte sich auf den niedrigsten Stand seit über 20 Jahren (Q: Bank für internationalen Zahlungsausgleich).

Hohe Zinsen belasten die Konjunktur

Marcus Scheiblecker

Hohe Zinsen belasten die Konjunktur

Nachdem sich der WIFO-Konjunkturklimaindex um den Jahreswechsel vorübergehend stabilisiert hatte, ging er im Februar erneut leicht zurück. In der für die Konjunktur besonders bedeutenden Sachgütererzeugung verschlechterten sich sowohl die Einschätzungen der Unternehmen zur aktuellen Lage als auch die Erwartungen. Auch in Deutschland trübte sich die Konjunkturstimmung weiter ein.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 6. 3. 2024

Kontakt: Marcus Scheiblecker (marcus.scheiblecker@wifo.ac.at)

High Interest Rates Weigh on the Business Cycle

After temporarily stabilising around the turn of the year, the WIFO Business Cycle Index fell slightly again in February. In manufacturing, which is the main driver of the business cycle, companies' assessments of the current situation and their expectations worsened. Economic sentiment in Germany also deteriorated further.

Die Konjunkturflaute in Österreich hält nun bereits seit dem III. Quartal 2022 an, unterbrochen lediglich durch einen leichten Anstieg der Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn 2023. Der kräftigste Rückgang war im II. Quartal 2023 zu beobachten (BIP real $-1,3\%$ gegenüber dem Vorquartal). Im III. Quartal 2023 schrumpfte das BIP erneut. Für das IV. Quartal errechnete Statistik Austria eine Stagnation.

Im Februar 2024 verschlechterten sich die Konjunktüreinschätzungen der österreichischen Unternehmen weiter (laut WIFO-Konjunkturtest), sowohl hinsichtlich der derzeitigen Wirtschaftslage als auch der Erwartungen für die kommenden Monate. Die Umfragen der Vormonate hatten auf eine Bodenbildung auf niedrigem Niveau hingedeutet.

Ähnlich ungünstig wie in Österreich stellt sich die Lage in Deutschland dar. Dort sank das BIP im IV. Quartal 2023 nach einer Stagnation im Vorquartal um $0,3\%$ (real). Die Stimmung der Unternehmen ist ebenfalls gedämpft.

Im Euro-Raum verläuft die Konjunktur ähnlich wie in Deutschland und Österreich, bei

etwas höheren Wachstumsraten. Im IV. Quartal wuchs die Wirtschaft im Euro-Raum nur sehr schwach; Konsum und Bruttoanlageinvestitionen stagnierten, während sowohl die Exporte als auch die Importe zurückgingen.

Die Wirtschaft der USA expandiert hingegen unvermindert – trotz einer ähnlich restriktiven Geldpolitik wie im Euro-Raum. Im IV. Quartal legte das BIP mit $+0,8\%$ kaum schwächer zu als im Vorquartal ($+1,2\%$).

Die Inflationsrate in Österreich ging sowohl im Jänner als auch im Februar weiter zurück. Der Verbraucherpreisindex notierte um $4,3\%$ über dem Vorjahresniveau (Jänner $+4,5\%$).

Aufgrund der anhaltenden Rezession verschlechtert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt zunehmend. Die unselbständig aktive Beschäftigung war im Februar nach vorläufiger Schätzung nur mehr um $0,2\%$ höher als im Vorjahr, im Vormonatsvergleich ging sie zum zweiten Mal in Folge zurück. Die erweiterte Arbeitslosigkeit stieg gegenüber Jänner um rund 1.000 Personen. Die Zahl der beim Arbeitmarktservice (AMS) gemeldeten offenen Stellen sank abermals.

1. Unterschiedliche Konjunkturdynamik in den USA und dem Euro-Raum

Sowohl in den USA als auch im Euro-Raum haben die Zentralbanken die Leitzinssätze ab 2022 deutlich angehoben. Dies sollte die

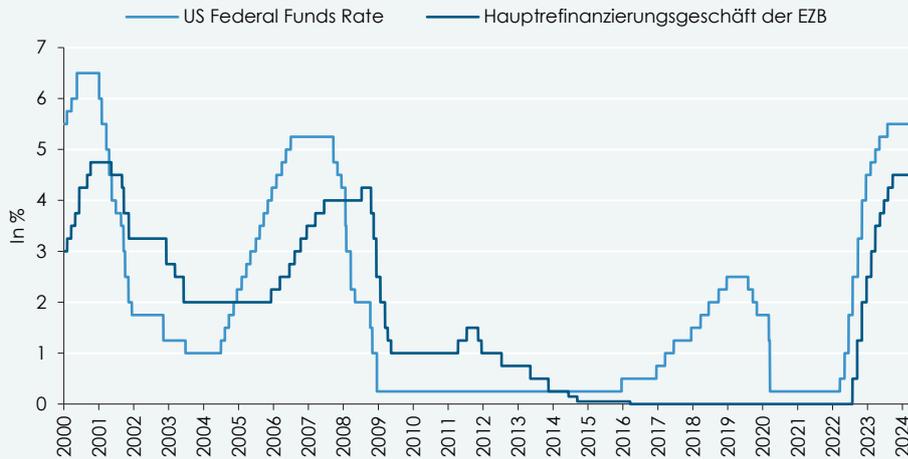
wirtschaftliche Aktivität dämpfen und über den dadurch induzierten Nachfragerück-

gang die Preissteigerungen bei Konsumgütern begrenzen.

Im Euro-Raum hat die Geldpolitik der EZB deutliche Spuren hinterlassen. Die gestiegenen Zinssätze haben die Kreditnachfrage

schumpfen lassen. In der Folge sank die Nachfrage nach kreditfinanzierten Investitionsgütern. Neben der Bautätigkeit wurden auch Ausrüstungsinvestitionen eingeschränkt.

Abbildung 1: **Leitzinssätze im Euro-Raum und in den USA**

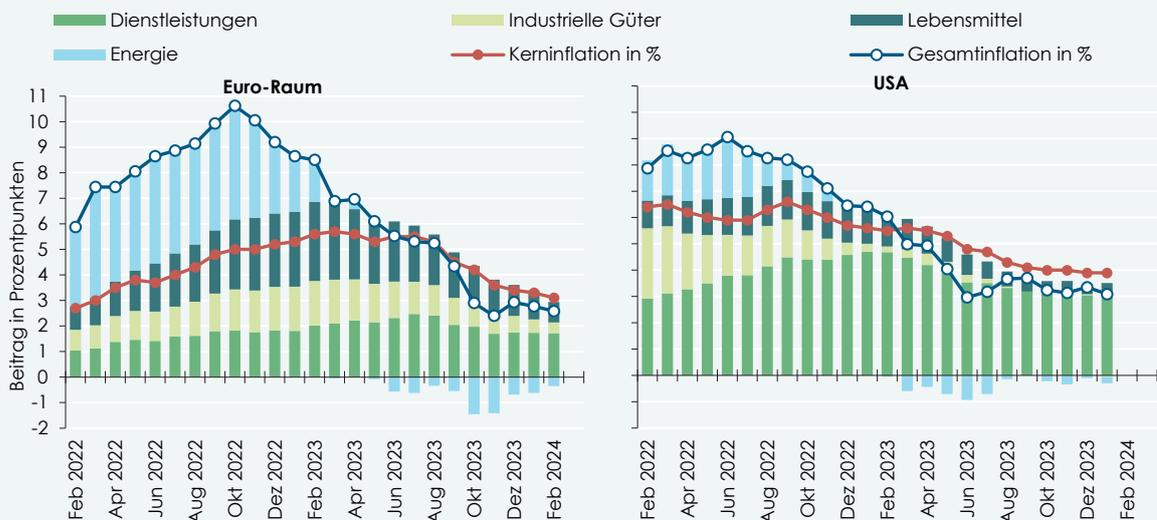


Q: EZB, Federal Reserve Board, Macrobond.

In den USA wächst die Wirtschaft hingegen weiterhin. Seit dem III. Quartal 2022 expandierte sie in sämtlichen Quartalen um zumindest 0,5% gegenüber der Vorperiode (IV. Quartal 2023 +0,8%). Der Unterschied zum Euro-Raum liegt in der expansiven Fiskalpolitik, die den konjunkturdämpfenden Effekten der Geldpolitik entgegenwirkt. Die USA weiteten ihr Budgetdefizit 2023 auf 6,2%

des BIP aus. Dies konterkariert zwar die restriktive Geldpolitik in ihrer Bemühung, die Inflation zu dämpfen. Dennoch gelang auch den USA eine deutliche Senkung der Inflationsrate, wenngleich in geringerem Ausmaß als im Euro-Raum. Hier sank die Inflation von einem Spitzenwert von 10,6% im Oktober 2022 auf 2,6% im Februar 2024, in den USA von 9,1% im Juni 2022 auf zuletzt 3,1%.

Abbildung 2: **Inflation im Euro-Raum und in den USA nach Komponenten**



Q: Bureau of Labor Statistics, Eurostat, Macrobond, WIFO-Berechnungen. Kerninflation: Gesamtinflation ohne Energie und Lebensmittel.

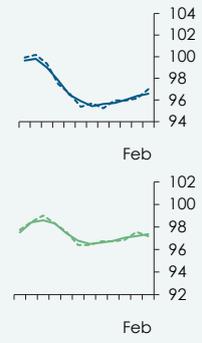
Abbildung 3: **Internationale Konjunktur**

Saisonbereinigt, 2015 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

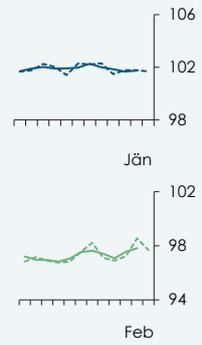
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



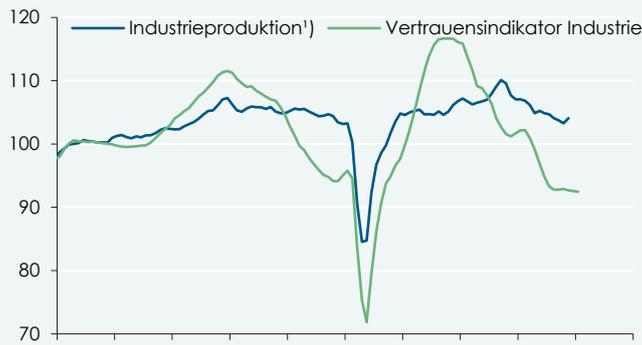
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



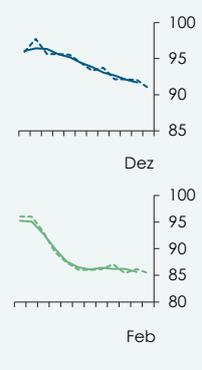
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply Management™), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), S&P Global. – 1) Produzierender Bereich. – 2) Verarbeitendes Gewerbe.

Im Euro-Raum war im Dezember 2023 wieder ein Anstieg der Industrieproduktion zu beobachten (laut Produktionsindex), der Durchschnittswert wurde jedoch durch die sehr schwankungsanfälligen Werte Irlands verzerrt, wo die Produktion um fast 45% zulegen. In Deutschland und Österreich war sie im Dezember fast 4% geringer als im Vorjahresmonat.

Die in den EU-Mitgliedsländern durchgeführten Befragungen von Industrieunternehmen ergaben auch im Februar 2024 eine Stagnation der Konjunkturstimung. Auch das Verbrauchervertrauen stagnierte. Der Einkaufsmanagerindex (PMI) für die europäische Industrie büßte die im Jänner beobachtete leichte Verbesserung wieder teilweise ein.

In Deutschland sank die Industrieproduktion im Dezember 2023 im Vormonatsvergleich um 1,2%. Der ifo-Geschäftsklimaindex

verbesserte sich im Februar 2024 nur geringfügig und erreichte nach einem leichten Rückgang im Jänner wieder den niedrigen Wert von Dezember 2023. Die Erwartungen der deutschen Unternehmen verbesserten sich zuletzt leicht, die Lagebeurteilungen blieben hingegen unverändert skeptisch. Nach Branchen war vor allem in den Dienstleistungsbereichen eine Stimmungsaufhellung erkennbar, während Handel und Warenproduktion anhaltend pessimistisch gestimmt sind.

Im IV. Quartal 2023 schrumpfte das BIP in Deutschland laut jüngsten Berechnungen um 0,3% gegenüber dem Vorquartal. Während der private und der öffentliche Konsum die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützten, sank die Investitionsnachfrage deutlich (-1,9%). Sowohl die Wareneinfuhr als auch die -ausfuhr ging in realer Rechnung zurück (Import -1,7%, Export -1,6%).

Unternehmensbefragungen im Euro-Raum zeigten im Februar noch keine bevorstehende Konjunkturwende an.

2. Österreichs Wirtschaft verharrt in Rezession

In Österreich verlor der Konjunkturabschwung im 2. Halbjahr 2023 an Dynamik. Gemäß Statistik Austria schrumpfte die heimische Wirtschaft im III. Quartal 2023 um 0,3% gegenüber dem Vorquartal, nach -1,3% im II. Quartal. Im IV. Quartal stagnierte die Wirtschaftsleistung (+0,0%).

Die Industrie (ÖNACE 2008, Abschnitte B bis E) verzeichnete im IV. Quartal 2023 den sechsten Wertschöpfungsrückgang in Folge, er betrug allerdings nur mehr -0,1%; die Herstellung von Waren (-0,7%, ÖNACE 2008, Abschnitt C) schrumpfte erneut. Neben der Bauwirtschaft (-0,7%) sank die Wertschöpfung auch im Finanz- und Versicherungswesen (-2,1%) und in den wirtschaftsnahen Dienstleistungen (-0,9%, ÖNACE 2008, Abschnitte M und N). Handel (+1,3%), Verkehr (+1,8%) sowie Beherbergung und Gastronomie (+0,4%) expandierten.

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) schrumpften das dritte Quartal in Folge in realer Rechnung (IV. Quartal 2023: real -0,2%) und auch der öffentliche Konsum ging zurück (-1,4%). Die Bruttoanlageinvestitionen wurden nach drei Quartalen erstmals wieder ausgeweitet (+0,9%). Während die Bauinvestitionen sowohl im Wohn- als auch im Nichtwohnbau jeweils um über 2% zurückgingen, nahm die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen kräftig zu (+7,0%).

Die Exporte stiegen im IV. Quartal real um 3,9% gegenüber der Vorperiode. Dies war vor allem der Belebung des Warenexports zuzuschreiben (+5,4%). Der Dienstleistungsexport legte hingegen nur um 0,2% zu. Die Einfuhren stiegen um 3,5% (Waren 5,3%, Dienstleistungen -1,5%).

2.1 Teure Kredite belasten heimische Unternehmen doppelt

Die deutliche Straffung der Geldpolitik ab Mitte 2022 ließ die Kreditzinsen ansteigen. Dies verteuerte im Euro-Raum die Finanzierungskosten für private Haushalte, Unternehmen und die öffentliche Hand. In der Folge sank die Kreditnachfrage und mithin auch die Nachfrage nach üblicherweise kreditfinanzierten Gütern, wie z. B. Gebäuden und Maschinen. Dieser Nachfrageausfall belastet derzeit besonders die heimische Industrie und das Bauwesen.

Die schwache Konjunktur verringert zwar den Finanzierungsbedarf der Unternehmen für Erweiterungsinvestitionen, jedoch ergeben sich mit Fortdauer der Konjunkturlaute potenziell Liquiditätsprobleme. Diese werden üblicherweise durch Überbrückungskredite gelöst. Gelingt dies nicht, so nimmt das Insolvenzrisiko deutlich zu.

Im WIFO-Konjunkturtest melden die befragten Unternehmen seit Herbst 2022 einen tendenziellen Anstieg des Finanzierungsbedarfs bei sinkender Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe. Von den Unternehmen mit Kreditbedarf (ohne Einzelhandel) mussten zuletzt über 40% bei der Höhe der Kredite oder den Konditionen Abstriche machen. Dieser Wert liegt weit über dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre (28%). Nur etwa 25% der Unternehmen mit Kreditbedarf konnten diesen wie erwartet decken (5-Jahres-Durchschnitt: 48,5%). Überdurchschnittlich war mit rund 35% auch der Anteil der Unternehmen, die trotz Bedarfs keinen Kredit erhielten oder diesen erst gar nicht beantragt hatten (5-Jahres-Durchschnitt: 23,5%; rund 7,5% aller befragten Unternehmen), weil der Antrag von der Bank abgelehnt wurde

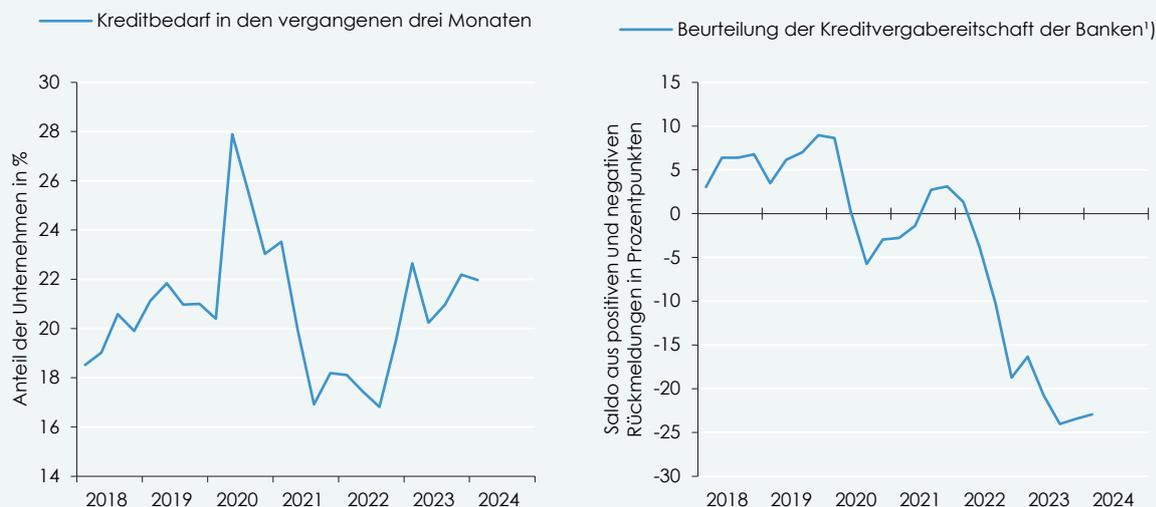
Österreichs Wirtschaft stagnierte im IV. Quartal 2023. Die Konsumnachfrage ging zurück.

Ein steigender Finanzierungsbedarf der Unternehmen trifft auf ein verknapptes Kreditangebot.

(7,2%), die Bedingungen inakzeptabel waren (17,4%) oder sie wegen Chancenlosigkeit nicht versucht hatten, einen Kredit zu erlangen (10,1%).

Die Unternehmensinsolvenzen stiegen im IV. Quartal 2023 deutlich, vor allem in der Industrie, in der Bauwirtschaft und im Handel.

Abbildung 4: Kreditbedingungen in Österreich



Q: WIFO-Konjunkturtest. – ¹⁾ Positive Werte: Banken agieren bei der Kreditvergabe entgegenkommend, negative Werte: Vergabe ist restriktiv.

2.2 Schwache Nachfrage nach heimischen Industrieprodukten hält an

Die derzeit beobachtete, schwache Nachfrage nach heimischen Industrieprodukten hat drei Ursachen: Erstens dämpfen die hohen Zinssätze europaweit die Nachfrage nach Investitionsgütern, zweitens schmälern die hohen Energiepreise die Nachfrage nach energieintensiv produzierten Gütern, und drittens herrscht Zurückhaltung bei Pkw-Neuanschaffungen.

Die geringe Nachfrage nach Investitionsgütern trifft die heimische Industrie besonders hart, da der Maschinenbau in Österreich der bedeutendste Industriezweig ist (gemessen am Wertschöpfungsanteil im Jahr 2022). Der zweitwichtigste ist die Herstellung von Metallenerzeugnissen, die vielfach ein Vorprodukt für Maschinen sind, gefolgt von der Metallherstellung und -bearbeitung und der Herstellung elektrischer Anlagen.

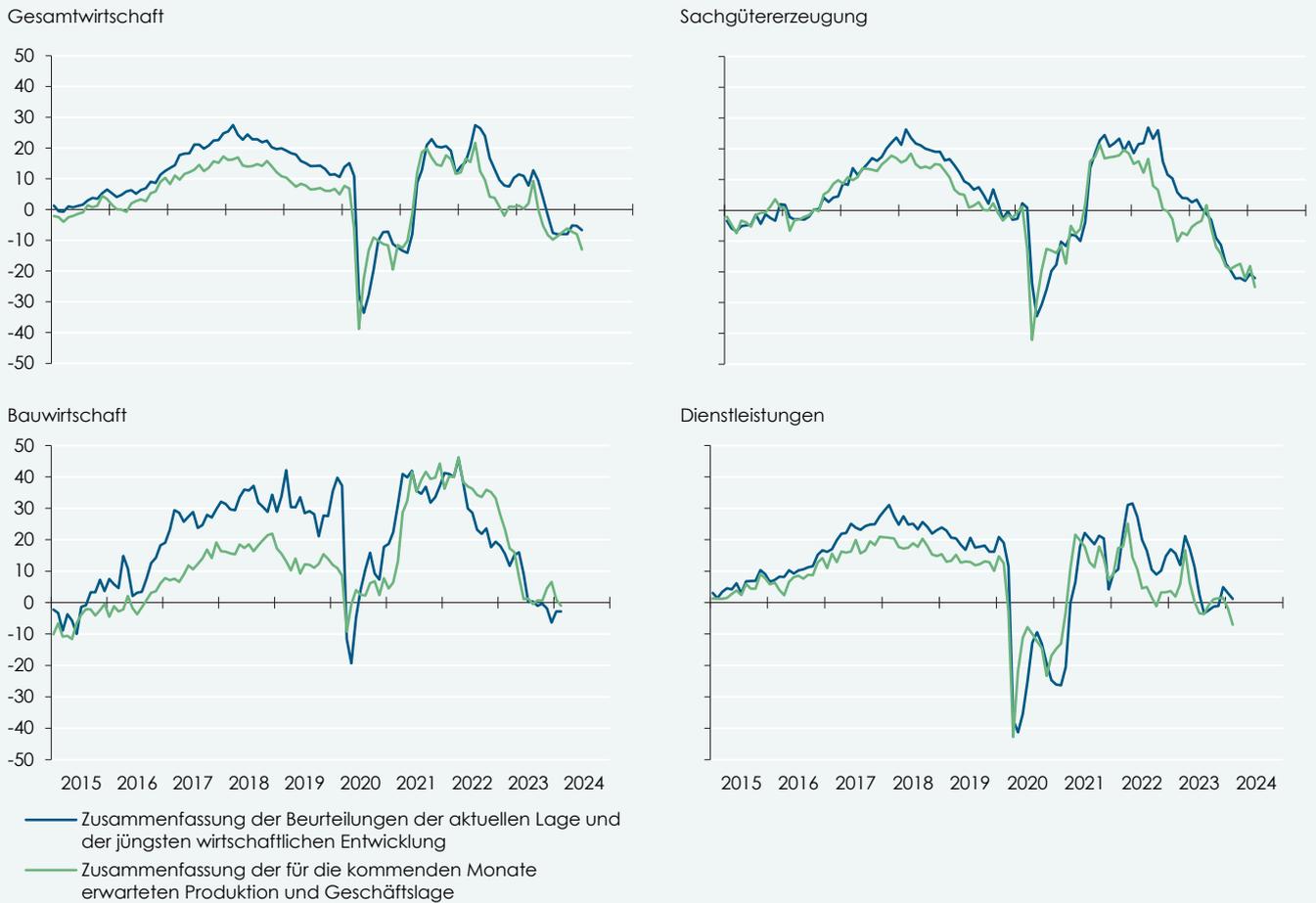
Auslöser der international hohen Inflation war ein Angebotsschock bei Energieträgern. Er führte in der energieintensiven Produktion zu einem erheblichen Kostendruck. Eine Weitergabe dieses Drucks über die Preise dämpft zwangsläufig die Nachfrage nach solchen Produkten.

Die Kraftfahrzeugindustrie (einschließlich Zulieferer) ist in Deutschland wie auch in Tschechien der wichtigste Industriezweig. In Österreich rangiert sie nur an achter Stelle, liefert aber dennoch wichtige Wertschöpfungsbeiträge.

Die bis Dezember 2023 verfügbaren Daten des österreichischen Industrieproduktionsindex weisen auf eine deutliche Abschwächung der Industriekonjunktur seit Jahresbeginn 2023 hin. Zwar stieg im Dezember der Index für die Herstellung von Waren im Vormonatsvergleich wieder leicht an, die Verbesserung reichte jedoch nicht aus, um den Abwärtstrend zu durchbrechen.

In der österreichischen Sachgütererzeugung verschlechterte sich der Index der aktuellen Lagebeurteilungen im Februar um 1,5 Punkte und blieb mit -22,1 Punkten weit unter der Nulllinie (laut WIFO-Konjunkturtest). Auch der Index der unternehmerischen Erwartungen gab kräftig nach (-6,8 Punkte auf -24,9 Punkte). Die Unternehmen berichteten per Saldo von einem Rückgang der Produktionstätigkeit, der weiter anhalten dürfte. Nur rund die Hälfte der befragten Unternehmen meldeten zumindest ausreichende Auftragsbestände. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Auslandsaufträgen. Auch die Beschäftigungserwartungen fallen per Saldo nach wie vor stark negativ aus.

Abbildung 5: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Abbildung 6: Industrieproduktion in Österreich

Saisonbereinigt



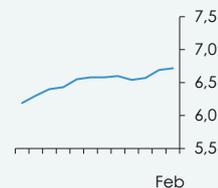
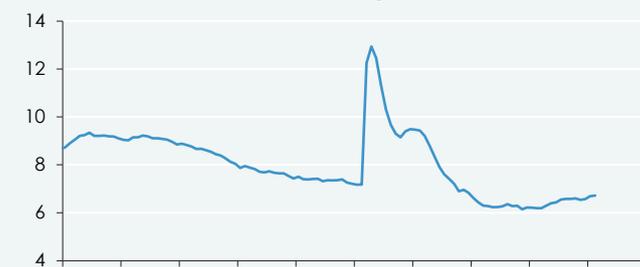
Q: Eurostat, Statistik Austria, Macrobond. WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ NACE 2008. – ²⁾ Erzeugung von Papier, Pappe; Kokerei, Mineralölverarbeitung; chemische Produkte; Gummi, Kunststoff, Glas, Keramik; Metallverarbeitung.

Abbildung 7: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**

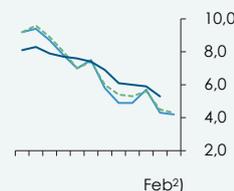
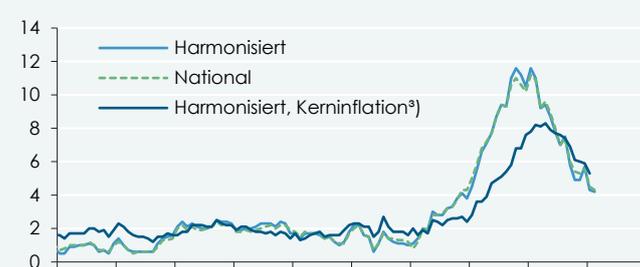
Unselbständig aktiv Beschäftigte¹⁾, in 1.000, saisonbereinigt



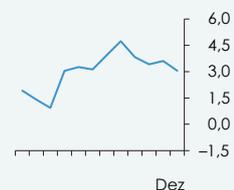
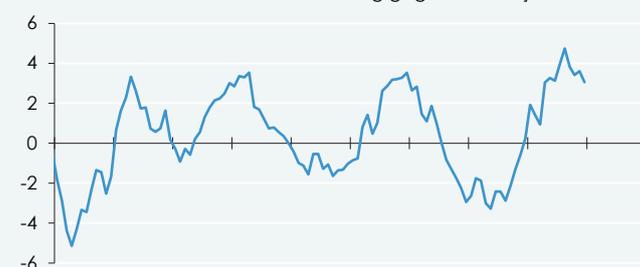
Arbeitslosenquote, in % der unselbständigen Erwerbspersonen, saisonbereinigt



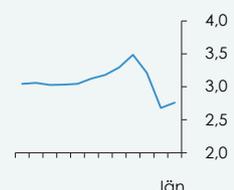
Inflationsrate, in %



Effektiver Wechselkurs, real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Sekundärmarktrendite für 10-jährige Bundesanleihen, in %



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Schnellschätzung von Statistik Austria. – ³⁾ Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Nach Branchengruppen (Vorprodukt-, Investitionsgüter- bzw. Konsumgüterindustrie) entwickelten sich die Konjunktüreinschätzungen im Februar weitgehend gleichförmig. Die Einschätzungen zur aktuellen Lage blieben skeptisch und die Erwartungen trübten sich weiter ein. Auch die Meldungen zu den Auftragsbeständen blieben in allen drei Bereichen deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt. Eine konjunkturelle Trendwende ist noch nicht in Sicht.

2.3 Inflationsdruck nimmt weiter ab

Die Inflation verlangsamte sich im Februar gemäß Schnellschätzung von Statistik Austria weiter auf 4,3%. Neben der Verbilligung von Haushaltsenergie wirkte auch der nachlassende Preisauftrieb bei Nahrungsmitteln dämpfend. Die Treibstoffpreise verharrten auf dem Niveau des Vorjahres, was einen stärkeren Rückgang der Inflation verhinderte.

Im Jänner war die Inflationsrate nach einem vorübergehenden Anstieg im Dezember 2023 auf 4,5% gesunken. Hauptgrund war der Rückgang der Preise für Haushaltsenergie. Ebenso ließ der Preisdruck bei Treibstoffen nach.

Umgekehrt wirkten die kräftigen Preissteigerungen bei Hotel- und Restaurantdienstleistungen (+9,1%) inflationserhöhend. Ohne dieses Segment wäre die Inflation im Jänner nur um 3,3% gestiegen. Auch Mieten wirkten

durch ihre Indexierung auf Basis der vergangenen Inflationsraten mit einem Anstieg von über 9% preistreibend. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke verteuerten sich im Jänner erneut überdurchschnittlich (+5,4%), wenngleich der Preisauftrieb in dieser Warengruppe allmählich nachlässt.

2.4 Sinkende Beschäftigung bei steigender Arbeitslosigkeit

Die bereits im Vorjahr beobachtete Eintrübung auf dem heimischen Arbeitsmarkt setzte sich auch im Februar 2024 fort. Im Vorjahresvergleich legte die unselbständig aktive Beschäftigung zwar weiterhin zu (+9.000 bzw. +0,2%), saisonbereinigt schrumpfte die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse jedoch abermals leicht (Jänner -2.800, Februar -200).

Im Gegenzug erhöhte sich die Zahl der beim AMS gemeldeten Arbeitslosen weiter. Nach +5.300 im Jänner stieg sie im Februar um weitere 1.400 Personen (saisonbereinigt). Die Arbeitslosenquote lag im Februar bei 7,6% und war damit um 0,6 Prozentpunkte höher als im Vorjahr. Saisonbereinigt stagnierte sie gegenüber Jänner.

Die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen war im Februar um 21.000 niedriger als im Vorjahr (Jänner -20.400). Im Vormonatvergleich hielt der Rückgang an offenen Stellen an.

Die heimischen Sachgütererzeuger sind zunehmend pessimistisch gestimmt, sowohl hinsichtlich der aktuellen Lage als auch der Erwartungen.

Der Inflationsdruck in Österreich lässt weiter nach.

Aufgrund der schwachen Konjunktur trübt sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt zunehmend ein.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildiener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

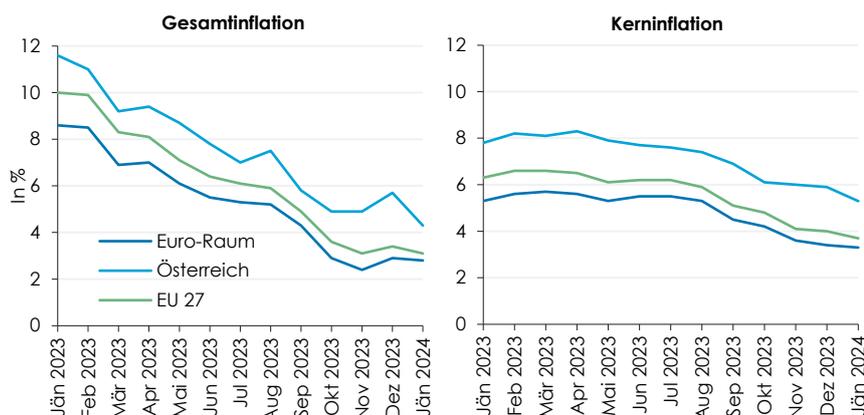
Europäische Wirtschaftspolitik 2023

Robuster Arbeitsmarkt trotz schwacher Konjunktur und gestraffter Geldpolitik

Atanas Pekanov

- Über das gesamte Jahr 2023 verzeichneten sowohl die EU als auch der Euro-Raum nur ein schwaches Wirtschaftswachstum, der Arbeitsmarkt blieb aber trotzdem sehr robust.
- Die Europäische Zentralbank setzte 2023 die Straffung der Geldpolitik fort, um die Inflation im Euro-Raum einzudämmen. Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems sank 2023 deutlich und erstmals seit Beginn des "Quantitative Easing" im Jahr 2015 in großem Umfang.
- Die fiskalpolitische Ausrichtung blieb in den meisten EU-Ländern expansiv, jedoch begannen die Länder, ihre Haushaltsdefizite allmählich zu verringern.
- Die Reform der Fiskalregeln erlaubt mehr Spielraum und Flexibilität, die in akuten Wirtschaftskrisen notwendig sind, brachte jedoch nicht die notwendige Transparenz, da die neuen Fiskalregeln noch komplexer sind. Die wichtigsten neuen Teile im reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt sind die "nationalen mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne" und ein neuer Referenzpfad zur Erreichung dieser Ziele. Bei einem öffentlichen Schuldenstand von über 60% müssen die Mitgliedsländer einen Referenzpfad zum Schuldenabbau vorlegen.
- Der neue Fokus auf Industriepolitik setzt durch eine Lockerung der staatlichen Beihilferegeln die Integrität des Binnenmarktes unter Druck.

Inflation bzw. Kerninflation im internationalen Vergleich



"Die geldpolitische Straffung führte im Laufe des Jahres 2023 zu einer kontinuierlichen Verschärfung der allgemeinen Finanzierungsbedingungen."

Die Inflation verlangsamte sich im Laufe des Jahres 2023 deutlich. Im Euro-Raum lag die Inflationsrate im November 2023 mit 2,4% nahe am Zielwert der EZB, nachdem sie zu Jahresbeginn noch 8,6% betragen hatte (Q: Eurostat, Macrobond).

Europäische Wirtschaftspolitik 2023

Robuster Arbeitsmarkt trotz schwacher Konjunktur und gestraffter Geldpolitik

Atanas Pekanov

Europäische Wirtschaftspolitik 2023. Robuster Arbeitsmarkt trotz schwacher Konjunktur und gestraffter Geldpolitik

Über das gesamte Jahr 2023 verzeichneten sowohl die EU als auch der Euro-Raum nur ein schwaches Wirtschaftswachstum. Der Arbeitsmarkt blieb dennoch robust – die Arbeitslosigkeit verharrte im Euro-Raum im gesamten Jahr 2023 auf dem niedrigsten Niveau seit der Einführung des Euro. Die Europäische Zentralbank setzte 2023 die Straffung der Geldpolitik fort, um die Inflation einzudämmen. Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems sank 2023 deutlich und erstmals seit Beginn des "Quantitative Easing" im Jahr 2015 in großem Umfang. Die Fiskalpolitik blieb in den meisten EU-Ländern expansiv ausgerichtet, jedoch begannen die Länder, ihre Haushaltsdefizite allmählich zu verringern. Der Fortschritt bei der Umsetzung der Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF) verlangsamte sich 2023 erheblich, was auf beträchtliche Schwierigkeiten bei der Implementierung hinweist. Nach jahrelangen Diskussionen wurde 2023 die Reform des europäischen fiskalpolitischen Rahmens unter den Mitgliedsländern abgestimmt. Der neue Fokus auf Industriepolitik setzt durch eine Lockerung der staatlichen Beihilferegeln die Integrität des Binnenmarktes unter Druck.

JEL-Codes: E60, F01, G01, H12 • **Keywords:** Fiskalpolitik, Geldpolitik, Aufbau- und Resilienzfazilität, Stabilitäts- und Wachstumspakt

Begutachtung: Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Cornelia Schobert (cornelia.schobert@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 8. 4. 2024

Kontakt: Atanas Pekanov (atanas.pekanov@wifo.ac.at)

European Economic Policy 2023. Robust Labour Markets amidst Weak Economic Growth and Tightened Monetary Policy

Throughout 2023, both the EU and the euro area recorded weak economic growth only. Nevertheless, the labour market remained robust – unemployment in the euro area remained at its lowest level since the introduction of the euro throughout 2023. The European Central Bank continued to tighten monetary policy in 2023 in order to curb inflation. The consolidated balance sheet of the Eurosystem fell significantly in 2023 and for the first time on a large scale since the start of quantitative easing in 2015. Fiscal policy remained expansionary in most EU countries, but countries began to gradually reduce their budget deficits. Progress in the implementation of the Recovery and Resilience Facility (RRF) slowed considerably in 2023, indicating considerable difficulties in implementation. After years of discussions, the reform of the European fiscal policy framework was agreed among the member countries in 2023. The new focus on industrial policy is putting pressure on the integrity of the single market by relaxing state aid rules.

1. Konjunktur schwach, Inflation rückläufig

2023 wuchs die Wirtschaft sowohl in der EU als auch im Euro-Raum nur schwach. Der Arbeitsmarkt blieb dennoch robust.

Über das gesamte Jahr 2023 verzeichneten sowohl die EU als auch der Euro-Raum nur ein schwaches Wirtschaftswachstum. In der EU schwankte das unterjährige BIP-Wachstum zwischen $\pm 0\%$ und $+0,1\%$ gegenüber dem Vorquartal; im IV. Quartal 2023 stagnierte es sowohl in der EU als auch im Euro-Raum. Die Konjunkturflaute wurde vor allem durch die schwächelnde Industrieproduktion verursacht, die in einigen Monaten sogar schrumpfte (März 2023: EU $-3,6\%$, Euro-Raum $-3,9\%$ gegenüber dem Vormonat), sich aber im Dezember leicht erholte ($+1,6\%$). Auch im Dienstleistungssektor und im Baugewerbe expandierte die Produktion zu Jahresende.

2024 droht eine weitere Verlangsamung des Wirtschaftswachstums in Europa, falls sich

die Auswirkungen der geldpolitischen Straffung noch nicht vollständig manifestiert haben oder der Welthandel aufgrund geopolitischer Spannungen schrumpft. Wenn der Anstieg der Realeinkommen in höheren Konsumausgaben mündet, würde dies dagegen das Wachstum unterstützen.

Der Arbeitsmarkt blieb 2023 trotz der Konjunkturschwäche robust. In der EU lag die Arbeitslosenquote im Jänner 2023 bei $6,1\%$, blieb das ganze Jahr über stabil und ging bis Dezember 2023 leicht auf 6% zurück (Euro-Raum: Jänner $6,6\%$, Dezember $6,5\%$). Trotz der stagnierenden Wirtschaftsleistung und der kräftigen geldpolitischen Straffung, die auch die Finanzierung erschwerte und einzelne Sektoren, etwa das Bauwesen, stark belastete, lag die Arbeitslosigkeit damit auf

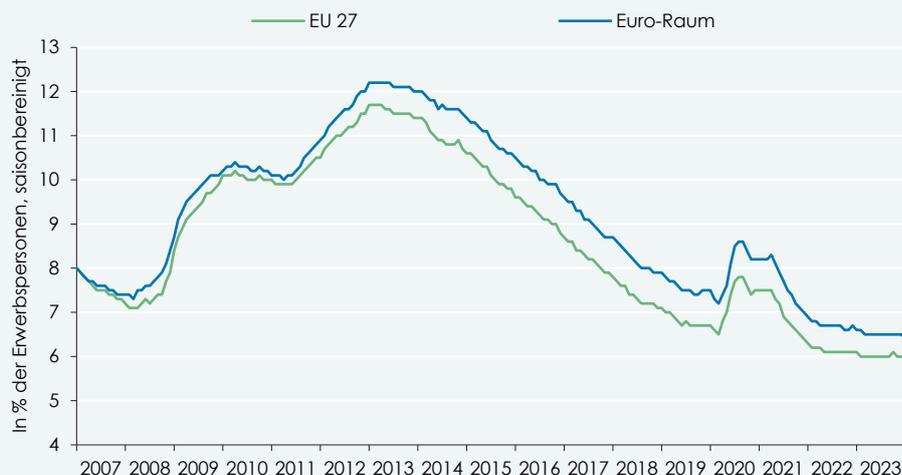
dem niedrigsten Niveau seit der Euro-Einführung.

Die Inflation auf Basis des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) verlangsamte sich im Laufe des Jahres 2023 deutlich. In der EU lag sie im Jänner 2023 noch bei 10,0%, im Euro-Raum bei 8,6% und war damit mehr als viermal so hoch wie das Inflationsziel der EZB, sank jedoch bis November 2023 auf 3,1%

(EU) bzw. 2,4% (Euro-Raum). Wegen des Auslaufens fiskalischer Maßnahmen zur Dämpfung der Energiepreise erhöhte sich die Inflationsrate im Dezember wieder leicht auf 3,4% bzw. 2,9%. Dieser Anstieg war jedoch geringer als erwartet. Auch die Kerninflation reduzierte sich im Laufe des Jahres (Euro-Raum: Jänner 5,3%, Dezember 3,4%). 2024 dürfte die Inflation weiter zurückgehen (siehe Kapitel 2).

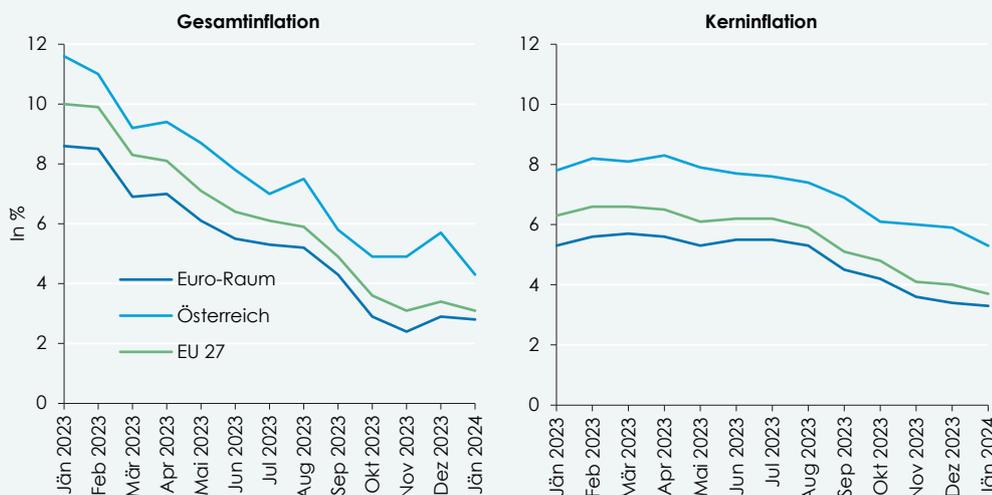
Die Inflation verlangsamte sich im Jahresverlauf 2023 deutlich. Auch die Kerninflationsrate ging zurück.

Abbildung 1: **Arbeitslosenquote in der EU 27 und im Euro-Raum**



Q: Eurostat, Macrobond.

Abbildung 2: **Inflation bzw. Kerninflation im internationalen Vergleich**



Q: Eurostat, Macrobond.

2. Geldpolitik weiter gestrafft

Die Europäische Zentralbank setzte 2023 die Straffung der Geldpolitik fort, um die Inflation im Euro-Raum einzudämmen. Die Leitzinssätze wurden in sechs aufeinander folgenden Sitzungen des EZB-Rates angehoben –

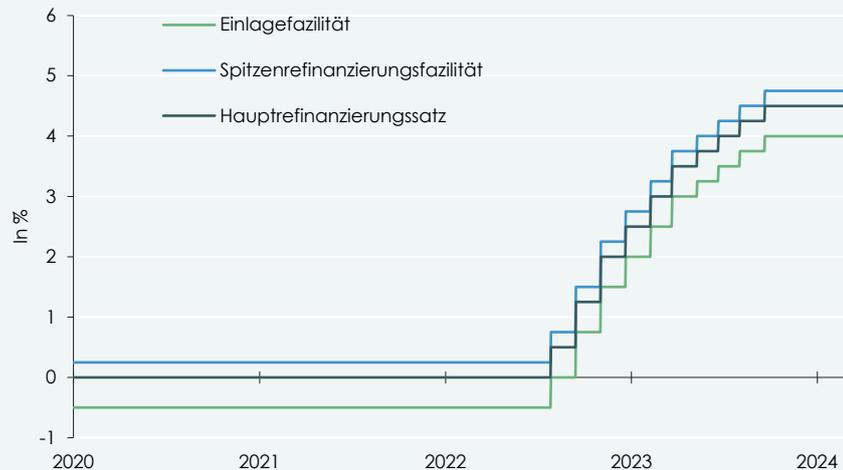
im Februar und März 2023 jeweils um 50 Basispunkte und bei den folgenden vier Sitzungen um je 25 Basispunkte. Die letzte Erhöhung fand am 20. September 2023 statt, wobei die EZB signalisierte, von weiteren

Die EZB setzte 2023 weitere Straffungsschritte, um die Inflation im Euro-Raum einzudämmen. Die konsolidierte Bilanz des Eurosystems reduzierte sich erstmals seit 2015 deutlich.

Zinsschritten abzusehen. Der EZB-Rat sei der Ansicht, "dass die EZB-Leitzinsen ein Niveau erreicht haben, das – wenn es lange genug aufrechterhalten wird – einen erheblichen Beitrag zu einer zeitnahen Rückkehr der Inflation auf den Zielwert leisten wird" (Europäische Zentralbank, 2023).

Mit der Anhebung vom September 2023 erreichte der Hauptrefinanzierungssatz 4,50%, der Einlagensatz 4,00% und der Spitzenrefinanzierungssatz 4,75% (Abbildung 3).

Abbildung 3: **Leitzinssätze der EZB**



Q: EZB, Macrobond.

Die konsolidierte Bilanz der EZB und der nationalen Zentralbanken sank 2023 deutlich und erstmals seit Beginn des "Quantitative Easing" im Jahr 2015 in großem Umfang (Abbildung 4). Ende September 2023 lag sie um 19,8% unter dem hohen Wert des Vorjahres (7.066 Mrd. € nach 8.810 Mrd. €) und im Dezember 2023 um 12,8% unter dem Vorjahresniveau. Die Politik der Bilanzreduzierung, getrieben durch das Auslaufen der Wertpapierankaufprogramme – des Asset Purchase Programme (APP) und mit Ende 2024 auch des Pandemie-Notfallankaufprogramms (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) – wird weiterhin die Zinssätze auf den Anleihemärkten erhöhen. Das APP-Portfolio wird in vorhersehbarem Tempo reduziert, da die Tilgungszahlungen aus abreifenden Wertpapieren nicht mehr reinvestiert werden. Tilgungszahlungen aus auslaufenden Wertpapieren, die im Rahmen des PEPP erworben wurden, sollen in der ersten Jahreshälfte 2024 noch vollständig reinvestiert werden. Im 2. Halbjahr 2024 wird das PEPP-Portfolio dann um durchschnittlich 7,5 Mrd. € pro Monat verkleinert, bis schließlich mit Jahresende 2024 auch diese Reinvestitionen eingestellt werden. Der EZB-Rat wird bei der Wiederanlage der Tilgungsbeträge im PEPP-Portfolio weiterhin flexibel agieren, um etwaigen Risiken für den geldpolitischen Übertragungsmechanismus entgegenzuwirken.

Die Geldmenge M3 entwickelte sich im Juli 2023 erstmals seit Mitte 2010 negativ (-0,4% gegenüber dem Vorjahresmonat). Der Rück-

gang verstärkte sich im August 2023 weiter auf -1,3% – ein klares Zeichen für die Wirksamkeit der geldpolitischen Straffung durch die EZB. Er ist hauptsächlich auf die Schrumpfung der Sichteinlagen zurückzuführen, während die mehr als 3 Monate gebundenen Einlagen um 86% zunahmen (Juni 2023).

Die geldpolitische Straffung hatte im Laufe des Jahres 2023 eine kontinuierliche Verschärfung der allgemeinen Finanzierungsbedingungen zur Folge. Gemäß den EZB-Kreditumfragen vom Juli, Oktober und Dezember 2023 wurden die Kreditbedingungen für Unternehmen und private Haushalte zunehmend restriktiv. Die Kreditnachfrage blieb weiterhin schwach und ging im Laufe des Jahres deutlich zurück. Die Kreditzinssätze für Unternehmenskredite im Euro-Raum betragen im Jänner 2023 3,6% und im Dezember 2023 5,2%. Die durchschnittlichen Zinssätze für Wohnbaukredite an private Haushalte stiegen im gleichen Zeitraum von 3,1% auf 4,0%. In Österreich betragen die Zinssätze für Unternehmenskredite Anfang 2023 3,15% und für Wohnbaukredite der privaten Haushalte 2,54%, Ende des Jahres erhöhten sie sich auf 4,53% bzw. 3,22%.

2024 dürfte die Inflation im Euro-Raum weiter abnehmen. Einerseits konnten die Angebotschocks weitgehend überwunden werden – die Energiepreise, insbesondere die der Erdgaspreise, sind deutlich und nahezu auf das Niveau vor Ausbruch des Ukraine-Krieges gesunken, während die Störungen in den Lie-

Die geldpolitische Straffung führte im Laufe des Jahres 2023 zu einer kontinuierlichen Verschärfung der allgemeinen Finanzierungsbedingungen.

ferketten weniger akut sind. Nachfrageseitig werden die vollen Auswirkungen der geldpolitischen Straffung inflationsdämpfend wirken, unterstützt durch eine weitere Rückführung der fiskalischen Maßnahmen. Zu einer erneuten Beschleunigung der Inflation könnte es dann kommen, wenn geopolitische Spannungen zu neuen Preisschocks bei

Energie- oder Frachtkosten führen oder wenn Lohnerhöhungen wesentlich kräftiger ausfallen als erwartet. Andererseits könnte die Inflation rascher sinken als prognostiziert, wenn sich die Auswirkungen der geldpolitischen Straffung noch nicht vollständig materialisiert haben.

Abbildung 4: **Konsolidierte Bilanz des Eurosystems**

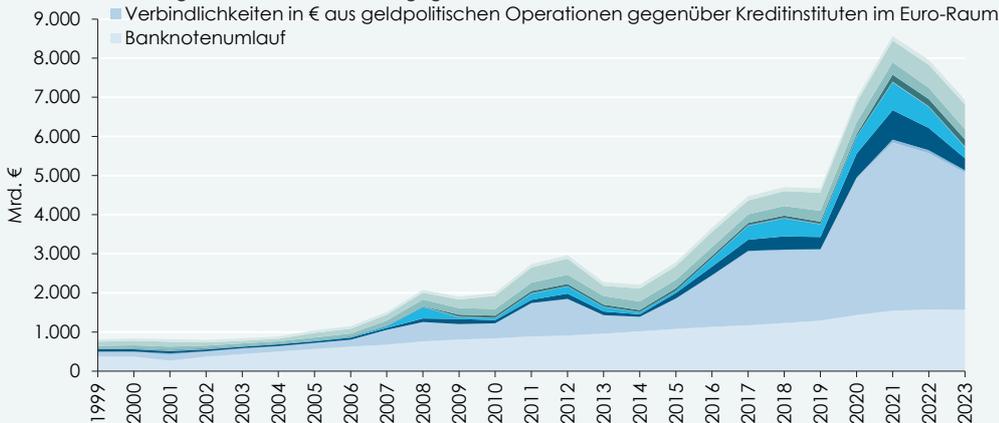
Aktiva

- Sonstige Aktiva
- Forderungen in € an öffentliche Haushalte
- Wertpapiere in € von Ansässigen des Euro-Raums
- Sonstige Forderungen in € an Kreditinstitute im Euro-Raum
- Forderungen in € aus geldpolitischen Operationen an Kreditinstitute im Euro-Raum
- Forderungen in € an Ansässige außerhalb des Euro-Raums
- Forderungen in Fremdwährung an Ansässige des Euro-Raums
- Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Raums
- Gold, Goldforderungen



Passiva

- Kapital und Rücklagen
- Ausgleichsposten aus Neubewertung
- Sonstige Passiva
- Ausgleichsposten für vom IWF zugeteilte Sonderziehungsrechte
- Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Raums
- Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen des Euro-Raums
- Verbindlichkeiten in € gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Raums
- Verbindlichkeiten in € gegenüber sonstigen Ansässigen des Euro-Raums
- Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen
- Sonstige Verbindlichkeiten in € gegenüber Kreditinstituten im Euro-Raum
- Verbindlichkeiten in € aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Raum
- Banknotenumlauf



Q: EZB.

Zur Schätzung des angemessenen Niveaus der nominalen Zinssätze greifen Ökonom:innen und führende Zentralbanken auf das Konzept des natürlichen Zinssatzes r^* zurück.

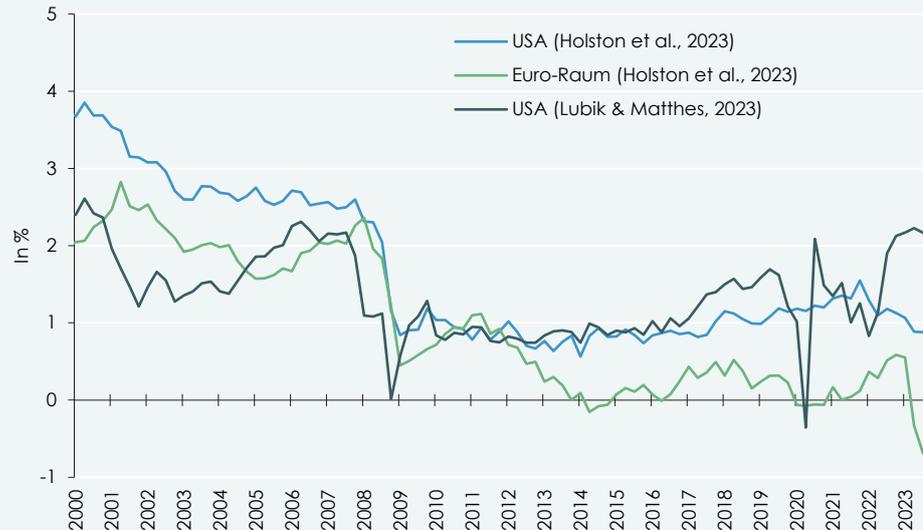
Zur Schätzung des angemessenen Niveaus der nominalen Zinssätze haben Ökonom:innen und führende Zentralbanken das Konzept des natürlichen Zinssatzes r^* diskutiert und erforscht (Boocker et al., 2023). Der natürliche Zinssatz r^* ist der reale Zinssatz, bei dem die Geldpolitik weder expansiv noch kontraktiv ist. Nach der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und der langanhaltenden Senkung der nominalen Zinssätze auf nahe null, war der reale Zinssatz in den Industrieländern sehr niedrig. Mit Einsetzen des Inflationsschocks im Jahr 2022 stiegen die realen Zinssätze wieder an. Daher wird derzeit diskutiert, ob sie nach Abklingen des Schocks wieder auf sehr niedrige Niveaus zurückkehren werden (Benigno et al., 2024). Das würde voraussetzen, dass die nominalen Zinssätze wieder rasch sinken.

r^* ist keine beobachtbare Variable und kann daher nur mithilfe spezifischer Modelle geschätzt werden. Es gibt zwei Arten von Schätzungen des Gleichgewichtszinssatzes r^* . Die Modelle für strukturelle Schätzungen werden durch strukturelle Faktoren bestimmt, die die langfristigen Gleichgewichtszinssätze beeinflussen – insbesondere das Produktivitätswachstum, die demografische Entwicklung sowie die Verfügbarkeit von Kapital und sicheren Vermögenswerten. Diese

Faktoren haben sich durch die COVID-19-Pandemie nicht wesentlich verändert und weisen daher weiterhin auf sehr niedrige Gleichgewichtszinssätze hin (Cesa-Bianchi et al., 2022; Obstfeld, 2023). Zyklische sensitive Schätzungen – die zweite Art von Schätzmodellen – wurden dagegen stärker durch kurzfristige Entwicklungen getrieben, da sie sensibler auf Konjunkturschwankungen reagieren. Zyklische Schätzungen von r^* wurden daher aufgrund von Energiepreissteigerungen, Lieferkettenproblemen und expansiver Fiskalpolitik nach oben revidiert.

Inwieweit der aktuelle Konjunkturzyklus den realen Zinssatz beeinflusst hat, ist selbst auf Basis zyklischer Schätzmodelle nicht eindeutig. So weist die bekannte Schätzung von Holston et al. (2023) für die USA auf ein niedriges r^* hin, während jene von Lubik und Matthes (2023) einen deutlichen Anstieg von r^* vermeldet (Abbildung 5). Schätzungen von r^* unterlagen bereits vor dem rezenten Inflationsschock einer gewissen Unsicherheit, die sich jetzt aber weiter erhöht hat (Benigno et al., 2024). Da r^* bei adäquater Schätzung ein Anker für die Entscheidungen der Zentralbanken sein sollte, hat die hohe Unsicherheit das Konzept und die Messungen im Allgemeinen in Frage gestellt.

Abbildung 5: Natürlicher Zinssatz in den USA und im Euro-Raum



Q: Federal Reserve Bank of New York, Methodologie nach Holston et al. (2023); Federal Reserve Bank of Richmond, Methodologie nach Lubik und Matthes (2023).

r^* soll als Anker für die Geldpolitik dienen, die Schätzungen sind jedoch sehr unsicher.

Im Euro-Raum ist r^* nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 auf Niveaus um oder unter null gefallen. Nach Ausbruch der COVID-19-Pandemie rutschte r^* in den negativen Bereich und kehrte anschließend wieder auf das Vorkrisenniveau in einem engen Bereich rund um null zurück. Seit dem 2. Halbjahr 2023 liegen einige Schätzungen unter Verwendung struktureller und halb-

struktureller Modelle vor, wonach r^* zwischen $-0,75\%$ und $+0,50\%$ liegt. Brand et al. (2024) ermittelten auf Grundlage einer Vielzahl von Modellen für den Euro-Raum ein Intervall, innerhalb dessen sich r^* derzeit wahrscheinlich bewegt. Im Vergleich zum Vorkrisenniveau von 2019 dürfte sich der Gleichgewichtszinssatz um etwa 30 Basispunkte erhöht haben. Insgesamt erschwert die Mo-

dellunsicherheit die genaue Messung von r^* und seine Verwendung als Anker für die Geldpolitik. Während die zyklischen Schätzungen für den Euro-Raum tendenziell einen

Anstieg von r^* ausweisen, ist es unwahrscheinlich, dass sich die strukturellen Schätzwerte, die mit langfristigen wirtschaftlichen Mustern verbunden sind, erhöht haben.

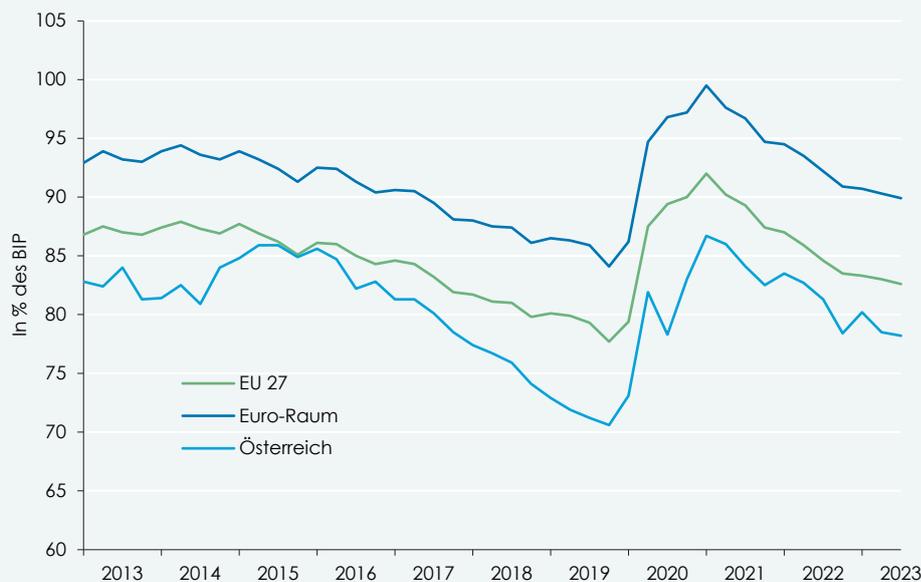
3. Fiskalpolitik weiterhin nicht restriktiv

Die Fiskalpolitik blieb 2023 in den meisten EU-Ländern expansiv ausgerichtet, jedoch begannen die Länder, ihre Haushaltsdefizite allmählich zu verringern. Der Abbau des öffentlichen Schuldenstandes setzte sich nur langsam fort. Sowohl in der EU als auch im Euro-Raum wurde er 2023 um weniger als 1 Prozentpunkt reduziert – in der EU von 83,3% des BIP im I. Quartal 2023 auf 82,6% des BIP im III. Quartal 2023 und im Euro-Raum von 90,7% auf 89,9%. Im letzten Quartal vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie (IV. Quartal 2019) hatten sich die Schulden in der EU 27 auf 77,7% und im Euro-Raum auf 84,1% des BIP belaufen. Sowohl in der EU als auch im Euro-Raum liegt die Verschuldung daher um mehr als 6% über dem Vorkrisenniveau. Wenn das derzeitige Tempo der fiskalischen Konsolidierung beibehalten wird, wird es demnach zwischen 4 und 5 Jahre dauern, das Niveau von 2019 zu erreichen.

Nach dem Ende der Pandemie sind die damit verbundenen fiskalischen Maßnahmen ausgelaufen. Dies hätte zu einer Verringerung der Staatsausgaben führen sollen. Neue staatliche Unterstützungsmaßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Energiepreisanstiegs nach der Invasion der Ukraine durch Russland erhöhten jedoch die Staatsausgaben und dämpften die Steuereinnahmen. Der inflationsbedingte Anstieg der Staatseinnahmen in den Jahren 2022 und 2023 unterstützte kurzfristig die Verringerung der Haushaltsdefizite. Mittelfristig wird sich die hohe Inflation jedoch auch in steigenden Ausgaben niederschlagen, etwa für Vorleistungen, die Gehälter öffentlich Bediensteter sowie für Pensionen und Zinsen.

Die Verringerung des öffentlichen Schuldenstandes setzte sich 2023 nur langsam fort.

Abbildung 6: **Konsolidierte Staatsschuld**



Q: Macrobond, Eurostat.

3.1 NextGenerationEU: Auszahlung der Mittel verzögert sich

Mit NextGenerationEU und seiner Hauptkomponente, der Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility – RRF), führte die EU 2020 neue Instrumente zur Krisenbekämpfung ein, um in den ersten Monaten der COVID-19-Krise Panik auf den

Finanzmärkten zu verhindern und anschließend die wirtschaftliche Erholung zu unterstützen. Weiters dient NextGenerationEU zur Finanzierung öffentlicher Investitionen in Sektoren, die für die angestrebte grüne und digitale Transformation der EU-Mitgliedsländer entscheidend sind. Die RRF ist auch ein Vehikel für Strukturreformen, da die Auszahlung der Mittel streng an die Durchführung von

Die Aufbau- und Resilienzfähigkeit sollte in den ersten Monaten der COVID-19-Krise Panik auf den Finanzmärkten verhindern und anschließend die Erholung unterstützen.

Bis Mitte 2023 wurden im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit gut 150 Mrd. € oder 31% der geplanten Zuschüsse und Darlehen ausbezahlt.

Ende 2023 einigten sich die Finanzminister der EU-Mitgliedsländer auf eine Erneuerung des Regelwerks des Stabilitäts- und Wachstumspaktes.

Bei einem öffentlichen Schuldenstand von über 60% oder einer Defizitquote von über 3% des BIP müssen die Mitgliedsländer der Kommission künftig einen Referenzpfad zum Schuldenabbau vorschlagen.

Reformen gebunden ist. Die Umsetzung der RRF wird jedoch durch beträchtliche Herausforderungen und Verzögerungen erschwert.

Bis Juli 2023 wurden alle nationalen Aufbau- und Resilienzpläne (NRRP) der 27 EU-Mitgliedsländer von der Europäischen Kommission bewertet und vom Europäischen Rat angenommen. Mit der offiziellen Genehmigung der Pläne verhandelten die Mitgliedsländer auch einen Zahlungsplan, der bis zu zwei Zahlungsanträge pro Jahr umfasst. Vor Einreichung eines Zahlungsantrags müssen die Mitgliedsländer eine Reihe von Meilensteinen und Zielen erreichen. "Meilensteine" beziehen sich in der Regel auf die Erreichung eines bestimmten qualitativen Ziels, z. B. die Umsetzung von Gesetzesreformen, die Verabschiedung neuer Gesetze oder die Konzeption nationaler Strategien sowie eines Aktionsplans für ihre Umsetzung. "Ziele" adressieren die Erreichung quantitativer Leistungsergebnisse, die durch die Investitionen und Reformen im NRRP vorangetrieben werden. Die Europäische Kommission muss dann bewerten, ob die Meilensteine und Ziele in ausreichendem Maße erreicht wurden. Wenn dies der Fall ist, zahlt die Kommission die Mittel an die Mitgliedsländer aus, andernfalls vereinbart sie mit dem betreffenden Mitgliedsländer eine Verlängerungsfrist.

Bis Mitte 2023 wurden im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfähigkeit gut 150 Mrd. € ausbezahlt, was 31% der geplanten Zuschüsse und Darlehen entspricht (Europäische Kommission, 2024). In den ersten beiden Jahren der Implementierung der RRF (2021/22) entsprachen die Auszahlungen weitgehend der Planung. 2023 verlangsamten sich Beantragung und Auszahlung jedoch erheblich und es kam zu deutlichen Verzögerungen im Vergleich zur indikativen Planung (Corti et al., 2023). Verzögerungen traten etwa aufgrund von politischen Veränderungen auf, die die Umsetzung von früher verhandelten Reformen erschwerten. Weitere Umsetzungsprobleme ergaben sich aus der Inflationsentwicklung, wodurch die notwendigen Ausgaben für wichtige Investitionsvorhaben deutlich stiegen. Aufgrund fehlender Kapazitäten haben Mitgliedsländer zudem oft Schwierigkeiten mit administrativen Anforderungen, um die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne effektiv zu implementieren. Die Anforderungen und die Umsetzung der RRF sollten daher flexibilisiert werden, damit das Programm bis zum Ende der Implementierungsperiode im August 2026 erfolgreich umgesetzt ist.

3.2 Reform der europäischen Fiskalregeln abgeschlossen

Nach jahrelangen Diskussionen wurde 2023 die Reform des europäischen wirtschaftspolitischen Rahmens (Economic Governance Framework) weiterentwickelt und unter den Mitgliedsländern abgestimmt. Der Reform-

prozess war bereits 2019 von der Europäischen Kommission angestoßen worden, um den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu vereinfachen und transparenter zu machen, nachdem Ökonom:innen schon lange die mangelnde Effizienz des Regelwerks kritisiert hatten (Bénassy-Quéré et al., 2018; Pekanov, 2019). Die bisherigen Regeln taugten weder dazu, in Zeiten der Hochkonjunktur die Schuldenstände zu reduzieren, noch ließen sie in Krisenzeiten ausreichende fiskalische Spielräume für Konjunkturbelebungsmaßnahmen zu und mussten daher immer wieder ausgesetzt werden. Um diesen Problemen entgegenzuwirken, wurden mehrere Vorschläge entwickelt (Pekanov, 2022). Im Laufe der Jahre 2022 und 2023 präsentierte die Europäische Kommission mögliche Reformoptionen.

Am 21. Dezember 2023 einigten sich die EU-Finanzminister schließlich auf eine Erneuerung des Regelwerks des Stabilitäts- und Wachstumspaktes. Diese Entscheidung wurde vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament Anfang Februar 2024 provisorisch bestätigt; der formelle Beschluss erfolgt bis Mai 2024. Das Hauptziel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Schuldenstände und Defizite auf eine realistische und nachhaltige Weise zu reduzieren, wurde beibehalten. Trotzdem sollten die Neuerungen künftig genug Spielraum für antizyklische Maßnahmen in Rezessionen und Krisen zulassen.

Die wichtigsten neuen Elemente des reformierten Stabilitäts- und Wachstumspaktes sind die "nationalen mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne" und ein neuer Referenzpfad zur Zielerreichung. Bei einem öffentlichen Schuldenstand von über 60% des BIP oder einer Defizitquote von über 3% des BIP müssen die Mitgliedsländer der Europäischen Kommission künftig einen Referenzpfad vorschlagen, den diese genehmigen muss. Der Referenzpfad soll sicherstellen, dass der Schuldenstand in einem gewissen Zeitraum – im Normalfall innerhalb von 4 Jahren – sinkt oder mittelfristig ein sinnvolles Niveau erreicht, und erfüllt zwei Ziele: Einerseits muss er den Schuldenabbau gewährleisten, andererseits soll er sicherstellen, dass die jährliche Neuverschuldung im Normalfall einen Puffer bis zum Erreichen des 3%-Defizitziels enthält, sodass in Krisenfällen zusätzliche fiskalische Unterstützungsmaßnahmen möglich sind. Basierend auf dem Referenzpfad müssen die Mitgliedsländer einen Nettoausgabenpfad in ihre nationalen mittelfristigen strukturellen finanzpolitischen Pläne einbetten, der die Beschränkung der Nettoausgaben sicherstellt. Mittels eines Kontrollkontos werden mögliche Abweichungen von diesem länderspezifischen Nettoausgabenpfad verfolgt. Die Pläne und deren Umsetzung werden zunächst von der Europäischen Kommission und dann auch vom Europäischen Rat bewilligt. Wenn die Mitglieds-

länder länger als 4 Jahre für die Anpassung ihrer Nettoausgaben brauchen, können sie eine Fristerstreckung auf 7 Jahre beantragen. Im Gegenzug müssen sie sich jedoch zu zusätzlichen Reformen und Investitionen in den Bereichen des grünen und digitalen Wandels sowie zur Stärkung der sozialen und wirtschaftlichen Resilienz verpflichten, um ihr wirtschaftliches Potenzial und ihre fiskalische Nachhaltigkeit zu verbessern.

Die Reform beseitigt zwar einige der ineffizientesten Komponenten des fiskalischen

Regelwerks, insbesondere die Vorgabe, jährlich ein Zwanzigstel des Schuldenstands abzubauen, die für einzelne EU-Länder unrealistisch war, und schafft somit in akuten Wirtschaftskrisen mehr Spielraum und Flexibilität. Sie bringt jedoch nicht die von vielen Seiten geforderte Transparenz, da die Fiskalregeln noch komplexer geworden sind. Die bilateralen Verhandlungen der Referenzpfade zwischen Mitgliedsländern und Europäischer Kommission bergen zudem das Risiko weiterer politischer Spannungen und sind ebenfalls wenig transparent.

Die Reform bringt nicht die geforderte Transparenz, da die neuen Fiskalregeln noch komplexer sind. Die bilateralen Verhandlungen der Referenzpfade bergen zudem das Risiko von weiteren politischen Spannungen und sind ebenfalls wenig transparent.

4. Industriepolitik rückte wieder in den Vordergrund

In den letzten drei Jahren gewann das Thema Industriepolitik in europäischen wirtschaftspolitischen Debatten zunehmend an Bedeutung. Industriepolitik umfasst eine Reihe gezielter Maßnahmen und Instrumente der Wirtschaftspolitik, die vom Staat ergriffen werden, um das Wachstum zu fördern, die Wirtschaftsstruktur zu beeinflussen und die Entwicklung bestimmter Sektoren sowie allgemein die industrielle Transformation eines Landes voranzutreiben (Chang & Andreoni, 2020). Industriepolitik zielt darauf ab, die Struktur wirtschaftlicher Aktivitäten eines Landes zu verändern, um bestimmte wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen (Juhasz et al., 2023), z. B. die Förderung von Innovationen, die Steigerung der Produktivität oder gegenwärtig spezifische regulatorische Ziele wie die Bewältigung des Klimawandels oder die Förderung umweltfreundlicher Technologien. Volkswirtschaften nutzen für die Umsetzung der Industriepolitik eine Vielzahl von Ansätzen, die sich in zwei Hauptkategorien einteilen lassen. Horizontale Industriepolitik zielt nicht auf bestimmte Sektoren ab, sondern darauf, ein günstiges gesamtwirtschaftliches Geschäftsumfeld zu schaffen. Sektorale Ansätze umfassen dagegen verschiedene Formen gezielter Unterstützung, darunter finanzielle Anreize, Subventionen, Infrastrukturinvestitionen, Handelsschutzmaßnahmen und öffentliche Aufträge. Die meisten Maßnahmen, die in den letzten drei Jahren in den Industrieländern ergriffen wurden, waren eher sektoral und gezielt, wobei Subventionen für bestimmte Branchen im Vordergrund standen. In den USA konzentrierte sich die Industriepolitik in den letzten Jahren auf Subventionen für bestimmte Technologien. So zielt der "Chips und Science Act" darauf ab, einen Teil der Halbleiterproduktion und -entwicklung zurück in die USA zu holen. Er ist Teil eines breiteren Ansatzes der Industriepolitik, der auch 370 Mrd. \$ an Subventionen für erneuerbare Energieträger im Rahmen des "Inflation Reduction Act" umfasst.

In diese Richtung geht auch die Europäische Union, die ihre bisher relativ begrenzte Industriepolitik durch den "Green Deal Industrial Plan" weiterentwickelt hat. Der Plan

soll die Finanzierung des grünen und digitalen Wandels sowie spezifische Investitionen in die Herstellung von Mikrochips und Batterien sicherstellen. In der EU wird Industriepolitik grundsätzlich in Artikel 173 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU geregelt, da eines der Ziele der Union die Förderung industrieller Wettbewerbsfähigkeit und struktureller Reformen in den Mitgliedsländern ist. Einige Elemente der Industriepolitik werden auf EU-Ebene reguliert, um Widersprüche zu den Zielen des Binnenmarktes zu vermeiden. In diesem Sinne kann der Binnenmarkt als Grundlage der europäischen Industriepolitik betrachtet werden, da er Wettbewerb und gleiche Rahmenbedingungen sicherstellt sowie einen größeren Markt und damit eine höhere Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen schafft (Terzi et al., 2022). Bis vor kurzem war die Industriepolitik der EU hauptsächlich horizontal und nicht auf bestimmte Sektoren ausgerichtet, sondern zielte darauf ab, umfassende Unterstützung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen zu bieten (Peneder, 2017).

2020 verkündete die Europäische Kommission eine Strategie zur Stärkung der "offenen strategischen Autonomie" und eine explizite Industriestrategie für den Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft sowie zur Unterstützung der Industrieproduktion in dafür relevanten Bereichen (Europäische Kommission, 2021). Basierend auf dieser neuen Ausrichtung versucht die EU, ihren offenen und einheitlichen Markt zu erhalten und gleichzeitig spezifische Technologien und Sektoren zu fördern. Dies führte 2022 zu mehr Flexibilität und Ausnahmen bei der Anwendung der staatlichen Beihilferegeln für Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse (Important Projects of Common European Interest – IPCEI). Von der Europäischen Kommission als solche genehmigten Projekte können nun direkt zusätzliche Finanzierung von den Mitgliedsländern erhalten, ohne dass dies als unzulässige staatliche Beihilfe betrachtet wird und gegen die Regeln des Binnenmarktes verstößt. Derartige Projekte benötigen in der Regel zusätzliche Unterstützung, da sie als entscheidend für die Entwicklung der Industrieproduktion der EU

Mit dem "Green Deal Industrial Plan" setzt die EU gezielte industriepolitische Akzente, um Investitionen in Kernbereiche der grünen Transformation sicherzustellen.

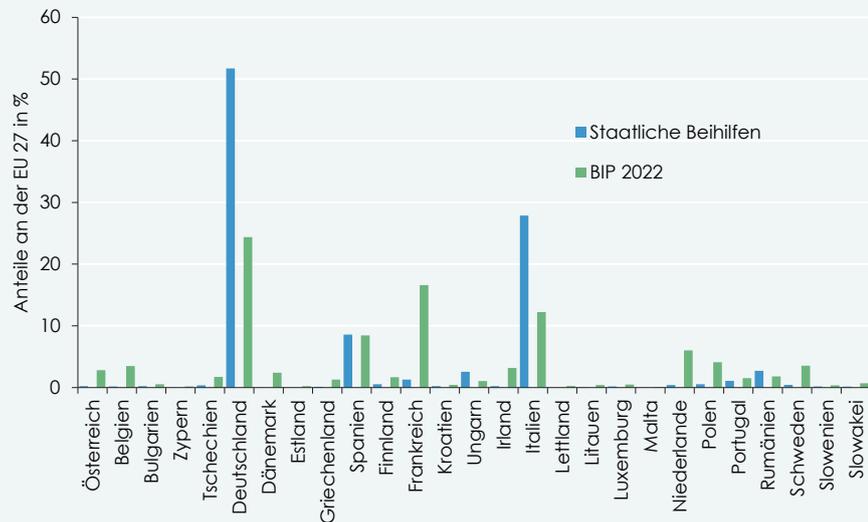
Die Lockerung der staatlichen Beihilferegeln beeinträchtigt potenziell die Integrität des europäischen Binnenmarktes.

angesehen werden und nicht die erforderliche Finanzierung erhielten, wenn sie allein den Marktprozessen überlassen würden.

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges und der Anstieg der Energiepreise setzten die europäische Industrie 2022 und 2023 unter Druck. Aus diesem Grund wurden die staatlichen Beihilferegeln zusätzlich gelockert. Die Lockerung birgt jedoch das Risiko, den Binnenmarkt zu beeinträchtigen, da einzelne Mitgliedsländer die staatlichen Beihilfen zuneh-

mend dazu nutzen, um ihre eigene Produktion zu subventionieren. Wie Abbildung 7 zeigt, waren die im Zeitraum März 2022 bis Juni 2023 genehmigten staatlichen Unternehmenshilfen sehr ungleich verteilt und wichen deutlich von den Anteilen ab, den die einzelnen Volkswirtschaften an der gesamten Wirtschaftsleistung der EU 27 stellten. Die Lockerung der staatlichen Beihilferegeln setzt folglich die Integrität des Binnenmarktes unter Druck.

Abbildung 7: **Bedeutung der staatlichen Unternehmenshilfen in der EU 27**
März 2022 bis Juni 2023



Q: Eurostat, Europäische Kommission.

Eine Alternative zu den staatlichen Beihilfen wäre eine neue, zusätzliche und gemeinsame Finanzierung auf EU-Ebene.

Eine Alternative zu staatlichen Beihilfen auf der Ebene der Mitgliedsländer wäre eine neue, zusätzliche EU-weite Finanzierung, um die Erreichung der Ziele der neuen Industriepolitik zu unterstützen. Zusätzlich könnten bestehende europäische Programme, vor allem die Nutzung der Mittel aus NextGenerationEU, flexibilisiert werden, um den Fokus auf Industriepolitik zu stärken.

Die Europäische Kommission schlug Anfang 2023 einen Europäischen Souveränitätsfonds als zusätzliche Quelle für eine gemeinsame europäische Finanzierung der neuen Industriepolitik vor. In Anbetracht des wiedererwachten Interesses an der Industriepolitik könnte ein solcher Fonds eine führende Rolle bei der Finanzierung strategischer Technolo-

gien und Innovationen spielen und sicherstellen, dass die EU bei der Entwicklung und Produktion derartiger Technologien weltweit im Spitzenfeld bleibt. Um ordnungsgemäß zu funktionieren, würde er strenge Governance-Strukturen benötigen, um Effizienz, Transparenz und klare, an Reformen geknüpfte Bedingungen für die Vergabe der Mittel zu gewährleisten. Bisher wurden jedoch keine konkreten Entscheidungen über die Einrichtung eines Europäischen Souveränitätsfonds getroffen. Es soll allerdings eine temporäre "Plattform für strategische Technologien für Europa" (STEP) eingerichtet werden, die lediglich ein Instrument zur erleichterten Genehmigung von staatlichen Beihilfen, jedoch keine zusätzliche Finanzierung bereitstellt.

5. Literaturhinweise

Bénassy-Quéré, A., Brunnermeier, M., Enderlein, H., Farhi, E., Fuest, C., Gourinchas, P.-O., Martin, P., Pisani-Ferry, J., Rey, H., Schnabel, I., Véron, N., Weder di Mauro, B., & Zettelmeyer, J. (2018). Reconciling risk sharing with market discipline: A constructive approach to euro area reform. *CEPR Policy Insight*, (91). https://cepr.org/system/files/publication-files/103106-policy_insight_91_reconciling_risk_sharing_with_market_discipline_a_constructive_approach_to_euro_area_reform.pdf.

Benigno, G., Hofmann, B., Nuño Barrau, G., & Sandri, D. (2024). Quo vadis, r*? The natural rate of interest after the pandemic. *BIS Quarterly Review*. https://www.bis.org/publ/atrpdf/r_at2403b.htm.

- Boocker, S., Ng, M., & Wessel, D. (2023, 3. Oktober). What is the neutral rate of interest?. Brookings. <https://www.brookings.edu/articles/the-hutchins-center-explains-the-neutral-rate-of-interest/>.
- Brand, C., Lisack, N., & Mazelis, F. (2024). Estimates of the natural interest rate for the euro area: an update. *ECB Economic Bulletin*, (1). <https://www.ecb.europa.eu/pub/economic-bulletin/html/eb202401.en.html>.
- Cesa-Bianchi, A., Harrison, R., & Sajedi, R. (2022). Global R*. *Bank of England Staff Working Paper*, (990). <https://www.bankofengland.co.uk/-/media/boe/files/working-paper/2022/decomposing-the-drivers-of-global-r-star.pdf>.
- Chang, H. J., & Andreoni, A. (2020). Industrial Policy in the 21st Century. *Development and Change, International Institute of Social Studies*, 51 (2), 324-351.
- Corti, F., Nigohosyan, D., Pancotti, C., & Millard, S. (2023). *Study supporting the mid-term Evaluation of the Recovery and Resilience Facility. Final Report*. Europäische Union.
- Europäische Kommission (2021). *Strategic Dependencies and Capacities, Updating the 2020 New Industrial Strategy: Building a stronger Single Market for Europe's Recovery*, SWD(2021) 352 final.
- Europäische Kommission (2024). *Recovery and Resilience Scoreboard*. https://ec.europa.eu/economy_finance/recovery-and-resilience-scoreboard/index.html.
- Europäische Zentralbank (2023, 14. Septembert). *Geldpolitische Beschlüsse*. <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2023/html/ecb.mp230914-aab39f8c21.de.html>.
- Holston, K., Laubach, T., & Williams, J. C. (2023). Measuring the Natural Rate of Interest after COVID-19. *Federal Reserve Bank of New York Staff Reports*, (1063). https://www.newyorkfed.org/medialibrary/media/research/staff_reports/sr1063.pdf.
- Juhász, R., Lane, N. J., & Rodrik, D. (2023). The New Economics of industrial Policy. *NBER Working Paper*, (w31538). <https://www.nber.org/papers/w31538>.
- Lubik, T. A., & Matthes, C. (2023). *Natural Rate of Interest*. Federal Reserve Bank of Richmond. https://www.richmondfed.org/research/national_economy/natural_rate_interest.
- Obstfeld, M. (2023). Natural and Neutral Real Interest Rates: Past and Future. *NBER Working Paper*, (31949). <https://www.nber.org/papers/w31949>.
- Pekanov, A. (2019). *Policy Brief: Past and Present of EMU Reform. Reforming the Euro Area – The Road Not (Yet) Taken*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/61850>.
- Pekanov, A. (2022). Europäische Wirtschaftspolitik 2021/22. Zwischen Konjunkturerholung und Unsicherheit. *WIFO-Monatsberichte*, 95(3), 151-164. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69566>.
- Peneder, M. (2017). Competitiveness and industrial policy: from rationalities of failure towards the ability to evolve. *Cambridge Journal of Economics*, 41 (3), 829-858.
- Terzi, A., Singh, A., & Sherwood, M. (2022). Industrial Policy for the 21st Century Lessons from the Past. *EU-Discussion Paper*, (157).

Österreichischer Stabilitätspakt 2012 und föderative Lastenverschiebungen

Eine Projektion für die Jahre 2024 bis 2028

Simon Loretz, Hans Pitlik



Der Österreichische Stabilitätspakt 2012 (ÖStP 2012) regelt Verpflichtungen von Bund, Ländern und Gemeinden zu einer nachhaltigen Einhaltung von Kriterien der Budgetdisziplin. Vor dem Hintergrund der prognostizierten gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen und des neu beschlossenen Finanzausgleichs nimmt die Kurzstudie erste Abschätzungen der Budgetentwicklungen der gebietskörperschaftlichen Ebenen für die Finanzausgleichsperiode 2024 bis 2028 vor. Die Ausgabendynamik auf subnationaler Ebene – speziell in den Bereichen Gesundheitswesen, Elementarbildung, Soziales und Pflege – führt bei gebremster Einnahmementwicklung dazu, dass Länder und Gemeinden sich tendenziell vom Ziel eines Haushaltsausgleichs entfernen.

Im Auftrag der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer • Jänner 2024 • 31 Seiten • 30 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71320>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

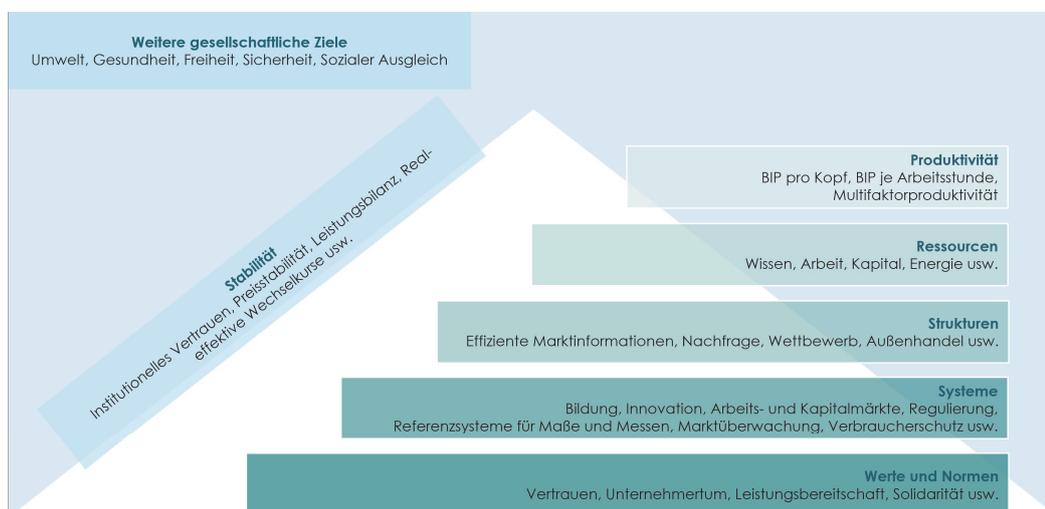
Institutionalisiertes Vertrauen als Standortqualität

Zur ökonomischen Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens

Michael Peneder

- Das Eich- und Vermessungswesen stellt als rechtliche und institutionelle Infrastruktur die Qualität von Messungen sowie von Daten mit Ortsbezug sicher. Es schafft Vertrauen in das Funktionieren der entsprechenden Prozesse, Regeln und Normen.
- Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen wirkt Problemen wie der asymmetrischen Information, der privaten Unterversorgung mit öffentlichen Gütern sowie der Unternutzung von preisfähigen (Club-) Gütern entgegen.
- Das Eich- und Vermessungswesen sichert dadurch die Nachfrage nach Gütern mit hoher und individuell schwer überprüfbarer Qualität, senkt Transaktionskosten, erleichtert den Zugang zu ausländischen Märkten und stärkt das Vertrauen in den europäischen Binnenmarkt. Gleichzeitig fördert es unternehmerisches Handeln, indem unfairen Wettbewerb unterbunden und Qualitätswettbewerb belohnt wird.
- Mit Digitalisierung, Big Data und künstlicher Intelligenz werden in Zukunft sowohl die gesellschaftlichen Herausforderungen als auch die Anwendungen und technischen Möglichkeiten weiter zunehmen.

Das Eisbergmodell der Wettbewerbsfähigkeit



"Das Eich- und Vermessungswesen trägt über die Vertrauensbildung maßgeblich zur Absicherung des Wirtschaftsstandortes bei. Seine Leistungen werden umso weniger wahrgenommen, je zuverlässiger und reibungsloser sie funktionieren."

Das Eisbergmodell fasst die Ziele, Antriebskräfte und Indikatoren für die Qualität eines Wirtschaftsstandortes schematisch zusammen. An der Spitze befinden sich die sichtbarsten Zielgrößen. Je tiefer die Schicht, desto schwieriger sind die tragenden Elemente der Wettbewerbsfähigkeit und ihre Wirkungen quantitativ erfassbar (Q: Peneder, 2017).

Institutionalisiertes Vertrauen als Standortqualität

Zur ökonomischen Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens

Michael Peneder

Institutionalisiertes Vertrauen als Standortqualität. Zur ökonomischen Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens

Das Eich- und Vermessungswesen schafft institutionalisiertes Vertrauen als Grundlage für die Koordination und Qualitätssicherung wirtschaftlichen Handelns. Indem es einheitliche Referenzsysteme, zuverlässige Geoinformationen und eine qualitätsgeprüfte messtechnische Infrastruktur bereitstellt, wirkt es in vielfältiger Weise positiv auf die Entwicklungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes ein. Es sichert Nachfrage, insbesondere nach Gütern mit hoher und individuell schwer überprüfbarer Qualität, senkt Transaktionskosten, erleichtert der Exportwirtschaft den Zugang zu ausländischen Märkten und stärkt das Vertrauen in den europäischen Binnenmarkt. Gleichzeitig fördert es unternehmerisches Handeln, indem unfairen Wettbewerb unterbunden und Qualitätswettbewerb belohnt wird. Die spezifischen Wirkungskanäle sind vielfältig und erfordern eine detaillierte Betrachtung der einzelnen Aufgaben und Aktivitäten des Eich- und Vermessungswesens. Der vorliegende Beitrag fasst anhand eines Schichtenmodells der Wettbewerbsfähigkeit zusammen, wie diese einen gesellschaftlichen Mehrwert (Public Value) erzeugen und zur Standortqualität beitragen.

JEL-Codes: D02, D23, D70, D82, H44 • **Keywords:** Eich- und Vermessungswesen, Standortqualität, Vertrauen, Öffentliche Institutionen

Der vorliegende Beitrag beruht auf einer WIFO-Studie im Auftrag des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesen (BEV): Michael Peneder, Nicole Schmidt-Padickakudy, Tim Slickers, Anna Strauss-Kollin, Fabian Unterlass (WIFO), Katja Gruber (Contrast EY-Parthenon). Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens. Ausgabe 2023 (Oktober 2023, 115 Seiten, 50 €, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/71051>) und erschien erstmals in Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen – BEV (2023), 100 Jahre Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen 1923-2023.

Begutachtung: Hans Pitlik • **Wissenschaftliche Assistenz:** Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at), Tim Slickers (tim.slickers@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 24. 2. 2024

Kontakt: Michael Peneder (michael.peneder@wifo.ac.at)

Institutionalised Trust as a Fundamental Quality of Business Locations. On the Economic Impact of Metrology and Surveying Services

The metrology and surveying services create institutionalised trust as a basis for the coordination and quality assurance of economic activity. It ensures uniform reference systems, reliable geoinformation and a quality-tested metrological infrastructure and thus has a wide range of effects on a region's locational quality and ability to evolve. It secures demand, particularly for goods of high quality that is difficult to verify individually, reduces transaction costs, facilitates access to foreign markets and strengthens confidence in the European single market. At the same time, it promotes entrepreneurial activity by preventing unfair competition and rewarding quality competition. The specific impact channels are diverse and require a detailed examination of the individual tasks and activities. This article uses a layered model of competitiveness to summarise how these generate public value and contribute to the quality of a business location.

1. Einleitung

Das Eich- und Vermessungswesen gehört zum tragenden Fundament eines Wirtschaftsstandortes, indem es die Qualität von Messungen sowie von Daten mit Ortsbezug sicherstellt. Öffentliche Einrichtungen wie das **Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen** (BEV) stellen komplexe Kollektivgüter und Dienstleistungen bereit, die für das Funktionieren einer Volkswirtschaft von grundlegender Bedeutung sind. Dazu gehören einheitliche Referenzsysteme (z. B. nationale

Messnormale und Koordinatensysteme) und zuverlässige Geoinformationen (z. B. kartografische Modelle oder das Liegenschaftskataster) ebenso wie eine qualitätsgeprüfte messtechnische Infrastruktur (z. B. für Kalibrierungen, Eichstellen, Fertigpackungskontrolle und Marktüberwachung¹⁾). Das Eich- und Vermessungswesen schafft auf diese Weise institutionalisiertes Vertrauen als Grundlage für die Koordinierung und Qualitätssicherung wirtschaftlichen Handelns.

¹⁾ Siehe BEV (2023) für eine umfassende Übersicht.

Es gibt praktisch keinen Wirtschaftszweig, der nicht von Daten mit Ortsbezug oder von der Qualität von Maßen und Messinstrumenten abhängig ist. Die Leistungen des Eich- und Vermessungswesens werden jedoch in der Öffentlichkeit umso weniger wahrgenommen, je zuverlässiger sie erbracht werden und je reibungsloser die von ihnen unterstützten Prozesse funktionieren. Im besten Fall werden sie als selbstverständlich angesehen. Für die Aufrechterhaltung und Wei-

terentwicklung seiner Dienstleistungen ist das Eich- und Vermessungswesen aber auf die Akzeptanz und Unterstützung der Allgemeinheit angewiesen, weshalb es wichtig ist, seine volkswirtschaftliche Funktion sowie den gesellschaftlichen Mehrwert (**Public Value**) seiner Leistungen zu verstehen.

Die Leistungen des Eich- und Vermessungswesens werden in der Öffentlichkeit umso weniger wahrgenommen, je zuverlässiger sie erbracht werden und je reibungsloser die von ihnen unterstützten Prozesse funktionieren.

2. Das Eisbergmodell der Wettbewerbsfähigkeit

Der gesellschaftliche Nutzen des Eich- und Vermessungswesens geht über rein ökonomische Aspekte hinaus und betrifft z. B. den Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz, die Klimaforschung oder die zielgenaue Koordination von Einsatzkräften im Krisenfall. Die Breite und Vielfalt der Aufgaben und des Nutzens erfordern eine tiefergehende Betrachtung. Das Eisbergmodell der Wettbewerbsfähigkeit (Peneder, 2017) stellt dafür einen analytischen Rahmen bereit, weil es die Ziele, Antriebskräfte und Indikatoren, die für die Qualität eines Wirtschaftsstandortes entscheidend sind, schematisch über mehrere Schichten von Einflussfaktoren zusammenfasst (siehe Abbildung "Das Eisbergmodell der Wettbewerbsfähigkeit"). Die Spitze des Eisbergs zeigt die sichtbarsten Ergebnisse im Sinne der am besten messbaren Kennzahlen. Je tiefer die Schicht unter der fiktiven "Wasserlinie" liegt, desto schwieriger sind die einzelnen Elemente und ihre Wirkungen auf die darüber liegenden Ebenen quantitativ erfassbar. Gleichzeitig sind es aber gerade die untersten Schichten, welche die große Masse des Eisbergs tragen:

- An der Spitze steht die gesamtwirtschaftliche **Produktivität** als zentraler Schlüsselindikator für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Standortes.
- Nahe der "Wasserlinie" befinden sich die verschiedenen **Produktionsfaktoren** (Wissen, Arbeit, Kapital, Energie und andere Rohstoffe usw.), die direkt zum Wachstum der Bruttoproduktion, der Wertschöpfung oder des Pro-Kopf-Einkommens beitragen.
- Etwas tiefer unter der "Wasserlinie" liegt die **Strukturebene**, in der charakteristische Unterschiede oder Veränderungen der Produktions- und Marktbedingungen untersucht werden können. So beeinflussen z. B. die Qualität und Symmetrie von Marktinformationen bzw. die Transaktionskosten für deren Verifizierung die Nachfrage nach Gütern mit individuell schwer überprüfbareren Produkteigenschaften sowie die Wettbewerbsbedingungen.

- In der darunter liegenden **Systemebene** finden sich zahlreiche institutionelle Faktoren, die konkrete Ansatzpunkte für die politische Gestaltung der Standortbedingungen bieten. Beispiele hierfür sind die öffentliche Sicherheit, Rechts-, Bildungs- und Innovationssysteme oder die Infrastruktur an Verkehrs-, Energie- und Kommunikationsnetzen. Zu dieser Systemebene gehören auch die vom BEV bereitgestellten Geoinformationen und Referenzsysteme sowie die messtechnische Infrastruktur, die Marktüberwachung oder die Kooperation der europäischen Verbraucherbehörden.
- Noch eine Ebene tiefer hängt die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft grundlegend von den vorherrschenden kulturellen **Werten** und **Normen** ab, die das menschliche Handeln prägen. Beispiele dafür sind etwa Leistungsbereitschaft und unternehmerische Initiative sowie Solidarität und ethisches Verhalten. Ebenso zählen dazu Vertrauen und vertrauenswürdiges Handeln.

Dem Begriff **institutionelles Vertrauen** kommt bei der Beurteilung des gesellschaftlichen Nutzens (Public Value) des Eich- und Vermessungswesens eine besondere Bedeutung zu. Institutionelles Vertrauen bezeichnet die positive Erwartung, dass organisatorische Abläufe, Regeln und Verhaltensnormen funktionieren bzw. gelten (Peneder et al., 2023b). Seine Bedeutung für die Qualität eines Wirtschaftsstandortes geht dabei über das bloße Vertrauen z. B. in einen sicheren Rechtsrahmen hinaus. Denn in vielen einzelwirtschaftlichen Transaktionen ist es praktisch unmöglich, sich gegen alle Eventualitäten und Unwägbarkeiten einer Geschäftsbeziehung vertraglich abzusichern. Ein institutioneller Rahmen, der das Vertrauen in das Funktionieren von Prozessen bzw. die Geltung von Regeln und Normen unterstützt, stärkt daher auch die Bereitschaft zu Investitionen und Innovationen sowie zu wirtschaftlichen Transaktionen und Kooperationen im Allgemeinen.

Institutionelles Vertrauen bezeichnet die positive Erwartung, dass organisatorische Abläufe, Regeln und Verhaltensnormen funktionieren.

3. Aufgaben und Tätigkeitsfelder

Im Eisbergmodell der Wettbewerbsfähigkeit lässt sich das Eich- und Vermessungswesen

somit als tragende institutionelle Infrastruktur verorten, die Vertrauen in die Richtigkeit und

Allgemeingültigkeit von raumbezogenen Daten und Eigentumsrechten, von Messungen aller Art sowie von ausgewiesenen Produkteigenschaften schafft. Peneder et al. (2023a) stellen die Aktivitäten des Eich- und Vermessungswesens umfassend dar und illustrieren ihre Auswirkungen anhand zahlreicher Beispiele. Die beiden Übersichten 1 und 2 fassen die Ergebnisse der Studie zusammen. Die unterschiedlich schattierten Zeilen entsprechen den Schichten und Dimensionen des Eisbergmodells, während die Spalten der Gliederung des Berichtes anhand unterschiedlicher Tätigkeitsfelder des BEV folgen. Diese werden im **Vermessungswesen** in folgende Bereiche unterteilt:

- **Geodätische Referenzsysteme** (Koordinatensysteme) für Lage, Höhe und Gewicht dienen der Sicherung eines einheitlichen Raumbezugs und werden vom BEV durch die Stabilisierung physischer Fixpunkte in Verbindung mit großräumigen geodätischen Messungen realisiert. Genutzt werden sie z. B. zur Bestimmung von Grundstücksgrenzen oder exakten Höhenangaben bei Bauprojekten, oder zur Eichung von Messgeräten.
- Hochauflösende **Fernerkundungsdaten** schaffen die Basis für Planungen mit raumbezogenen Daten sowie für die Visualisierung raumbezogener Sachverhalte²⁾. Das BEV nutzt sie zudem als Grundlage für die Entwicklung weiterer Datensätze und Produkte (z. B. digitale Katastralmappe, digitales Landschaftsmodell).
- Mit der Herstellung, Aktualisierung und Herausgabe von **kartografischen Modellen** und staatlichen Kartenwerken stellt das BEV flächendeckende, homogene und qualitätsgesicherte Daten und Produkte sowie standardisierte Leistungen bereit.
- Das BEV betreibt eine nationale **Geodatenplattform** für die Integration raumbezogener Daten in der öffentlichen Verwaltung, damit diese auf einfache Weise in die jeweils benötigten lokalen, nationalen, europäischen oder internationalen Koordinatensysteme überführt werden können. Die Geodaten stehen auch privaten Unternehmen und der Forschung für die Entwicklung eigener Mehrwertdienste zur Verfügung.
- Gemeinsam mit dem Grundbuch gehört der **Kataster** zur wesentlichen Infrastruktur der Eigentumsicherung. Er schafft Klarheit und Transparenz über die Eigentumsverhältnisse und dient damit der Erhaltung von Rechtssicherheit. Diese ist wiederum eine Voraussetzung sowohl für die Eigentumbildung als auch für die grundbücherliche Besicherung von Liegenschaften³⁾.

²⁾ Vgl. auch Donaldson und Storeygard (2016).

³⁾ Siehe auch BEV (2017).

Folgende Aufgaben fallen in den Wirkungsbereich des **Mess- und Eichwesens**:

- Die **nationalen Messnormale**, die auf international akkordierten Maßsystemen beruhen, sind das grundlegende Referenzsystem, auf deren Basis z. B. Messgeräte geprüft und kalibriert, private Eichstellen ermächtigt oder die Füllmengen in Fertigpackungen kontrolliert werden. Der Qualitätssicherung dienen u. a. regelmäßige internationale Vergleichsmessungen sowie die Mitwirkung bei den das Mess- und Eichwesen betreffenden Gesetzen und Verordnungen auf nationaler Ebene.
- Das BEV bietet im Rahmen seines physikalisch-technischen Prüfdienstes **Kalibrierungen** und **Prüfungen** von Messgeräten externen Kunden an. Dabei werden Messabweichungen und Messunsicherheiten festgestellt bzw. die Übereinstimmung der Messgeräte mit den geltenden Vorschriften und Normen bestätigt.
- Zulassungsprüfungen und **Konformitätsbewertungen** ermöglichen den Betrieb von Neugeräten, die durch europäische Richtlinien reguliert werden. Sie gewährleisten, dass Messgeräte privater Hersteller den einheitlichen Vorgaben der EU entsprechen und so ohne weitere Überprüfungen europaweit anerkannt werden.
- Die **Marktüberwachung** soll Verbraucher:innen vor unsicheren Produkten und Unternehmen vor unfairem Wettbewerb schützen. Im Mittelpunkt stehen die Kontrolle der Einhaltung bestehender Rechtsvorschriften, die Information über Verstöße sowie Maßnahmen zur Herstellung der Konformität⁴⁾.
- In Österreich müssen rund 10 Mio. eichpflichtige Messgeräte in regelmäßigen Abständen (von 2 bis 20 Jahren) nachgeeicht werden. Seit dem Jahr 2004 werden in Österreich **Eichungen** überwiegend von privaten, durch das BEV ermächtigten und überwachten Eichstellen durchgeführt, mit denen das BEV nicht in Konkurrenz treten darf.
- Bestimmte Messgeräte muss das BEV selbst eichen, etwa wenn die Messergebnisse für Verwaltungsstrafverfahren benötigt werden, wie z. B. im Fall von Geschwindigkeitskontrollen, bei der Atemalkoholbestimmung oder Rad- und Achslastmessungen. Zusätzlich muss das BEV Messgeräte eichen, sofern dafür keine privaten Unternehmen um eine Ermächtigung angesucht haben oder diese die Anforderungen nicht erfüllen.
- **Fertigpackungskontrollen** überprüfen mit regelmäßigen Stichproben die korrekte Füllmenge von Produkten, um die Verbraucher:innen vor Minderfüllungen und die Unternehmen vor unlauterem Wettbewerb zu schützen. Zudem können

⁴⁾ Siehe z. B. Kuso und Thin (o. J.).

geprüfte Hersteller die Konformität mit europäischen Bestimmungen deklarieren und damit Mehrfachprüfungen in den EU-Mitgliedsländern vermeiden.

- Im Verbraucherschutz hat die Europäische Union keine länderübergreifenden Eingriffsrechte. Die Vernetzung der nationalen Behörden im Rahmen der EU-**Verbraucherbehördenkooperation** soll dennoch einen raschen Austausch von Informationen, effiziente Amtshilfe sowie koordinierte gemeinsame Maßnahmen ermöglichen⁵⁾.

Neben diesen Aufgaben nimmt die **Energieberatung des Bundes** eine Sonderstellung ein. Sie hat ihren Ursprung in den Erdölkrisen der 1970er-Jahre und verfolgt das Ziel, den Energieverbrauch in den Bundesgebäuden zu senken. Die Energieberatung des Bundes ist organisatorisch im BEV als Teil der Gruppe Marktüberwachung, Fachbereich Elektrotechnik und Energiemanagement, angesiedelt und für die Betreuung der unterschiedlichen Dienststellen, Ämter und Behörden sowie von Kasernen und Bundesschulen in Energiefragen zuständig⁶⁾.

4. Public Value

Basierend auf den ausführlicheren Darstellungen in Peneder et al. (2023a) fassen die beiden Übersichten 1 und 2 grob zusammen, auf welche Weise das jeweilige Handlungsfeld des BEV gemäß den verschiede-

nen Schichten des Eisbergmodells öffentlichen Mehrwert (Public Value) schafft. Dabei werden drei ökonomische Wirkungskanäle unterschieden, die nachfolgend kurz erläutert werden.

Übersicht 1: **Systemfunktionen und Wirkungskanäle des Vermessungswesens sowie der Energieberatung des Bundes (EBB)**

	Geodätische Referenzsysteme	Fernerkundungsdaten	Kartografische Modelle	Geodatenplattform	Kataster	Energieberatung des Bundes
Produktivität						
Multifaktorproduktivität						
Netzwerkeffekte				CG		
Transaktionskosten					CG	IE
Ressourcen						
Wissensakkumulation (Daten, Koordinatensysteme, Karten, EBB usw.)						
Unternehmen (geodätische Dienste, Logistik, Bau, Notariate usw.)	ÖG	CG	CG	CG	CG	
Öffentliche Verwaltung (kommunale Dienste, Steuerbehörden usw.)		CG	CG	CG	CG	IE
Kapitalbildung						
Investitionen (Sicherheit bei Entscheidungen)					CG	
Öffentliche Förderungen (z. B. Landwirtschaft)		IE	CG		CG	
Strukturen						
Technologie						
Effizienz und Kompatibilität			CG			IE
Internationaler Handel						
Wertschöpfungsketten und Binnenmarkt			CG			
Systeme						
Innovation						
Daten für Forschung und Innovation (einschließlich Klimaforschung)		CG	CG		CG	
Geodätische und metrologische Forschung	ÖG		ÖG			
Infrastruktur						
Verkehrs- und Versorgungsnetze (Wasser, Energie usw.)		CG	CG	CG	CG	
Raumplanung und Flächenwidmung		CG	CG	CG	CG	
Sicherheit						
Katastrophenschutz und Krisenmanagement		CG	CG	CG		
Landesverteidigung		CG	CG	CG		
Regulierung						
Eigentumsrechte und Grundstücksgrenzen					CG	
Grundlegende Standards (technische Referenzwerte)	ÖG					
Werte						
Vertrauen						
Koordination von Aktivitäten	ÖG	CG	CG		CG	

Q: Peneder et al. (2023a). ÖG . . . Öffentliche Güter, CG . . . Clubgüter, IE . . . Informationseffizienz. Die Spalten zeigen die Tätigkeitsfelder des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesens, während die Zeilen den jeweils relevanten Schichten und Dimensionen des Eisbergmodells in der Abbildung entsprechen (Blauschattierung).

⁵⁾ Siehe Matousek (2023).

⁶⁾ Siehe Wabl (2023).

Übersicht 2: Systemfunktionen und Wirkungskanäle des Mess- und Eichwesens

	Nationale Mess- normale	Kalibrie- rungen und Prüfungen	Konformi- tätsbe- wertung	Marktüber- wachung und Revision	Eichstellen- ermäch- tigung, -über- wachung	Eichungen	Fertig- packungs- kontrollen	Ver- braucher- behörden- koopera- tion
Produktivität								
Multifaktorproduktivität								
Netzwerkeffekte		CG						
Transaktionskosten			CG	IE		CG	IE	
Ressourcen								
Wissensakkumulation								
Unternehmen	ÖG		CG					
Kapitalbildung								
Investitionen (Sicherheit bei Entscheidungen)		CG	CG	IE		CG	IE	
Öffentliche Förderungen (z. B. Landwirtschaft)				IE			IE	
Strukturen								
Nachfrage								
Vertrauen der Konsumenten				IE			IE	IE
Wettbewerb								
Fairness und Qualitätsanreize			CG	IE	CG	CG	IE	IE
Technologie								
Effizienz und Kompatibilität	ÖG	CG	CG		CG	CG		
Internationaler Handel								
Wertschöpfungsketten und Binnenmarkt		CG			CG	CG		IE
Systeme								
Innovation								
Geodätische und metrologische Forschung	ÖG		ÖG					
Infrastruktur								
Verkehrs- und Versorgungsnetze (Wasser, Energie usw.)			CG					
Sicherheit								
Katastrophenschutz und Krisenmanagement			CG					
Regulierung								
Rechtssicherheit (geprüfte Messgeräte usw.)		CG	CG	IE	CG	CG	IE	
Grundlegende Standards (technische Referenzwerte)	ÖG							
Werte								
Vertrauen								
Koordination von Aktivitäten	ÖG	CG	CG	IE	CG	CG	IE	IE

Q: Peneder et al. (2023a). ÖG . . . Öffentliche Güter, CG . . . Clubgüter, IE . . . Informationseffizienz. Die Spalten zeigen die Tätigkeitsfelder des Bundesamtes für Eich- und Vermessungswesens, während die Zeilen den jeweils relevanten Schichten und Dimensionen des Eisbergmodells in der Abbildung entsprechen (Blauschattierung).

Öffentliche Dienstleistungen des Eich- und Vermessungswesens senken Transaktionskosten und wirken der privaten Unterversorgung mit öffentlichen Gütern sowie der Unternutzung von preisfähigen (Club-)Gütern entgegen.

4.1 Öffentliche Güter

Geodätische Referenzsysteme sind ebenso wie die nationalen Messnormale im Eisbergmodell der Wettbewerbsfähigkeit tief in der Systemebene angesiedelt. Sie sind universell und werden praktisch von allen Wirtschaftszweigen benötigt. Durch die Bereitstellung grundlegender Standards und technischer Referenzwerte (zum Teil unter Beteiligung an internationalen geodätischen und metrologischen Forschungsprogrammen) schafft das BEV die Grundlage für die Koordinierung zahlreicher wirtschaftlicher Transaktionen ebenso wie anderer Aktivitäten⁷⁾. Die Inanspruchnahme dieser Güter schmälert nicht den Nutzen einer Verwendung durch andere Nutzer:innen (Nicht-Rivalität) oder erhöht ihn sogar durch positive Netzwerkeffekte. Da zudem niemand von der Nutzung ausgeschlossen werden kann und sie ihren Zweck nur dann erfüllen, wenn sie aufgrund entsprechender Regulierungen für alle frei zugänglich sind, spricht man von

öffentlichen Gütern. Ihre Bereitstellung durch die öffentliche Hand schafft einen gesamtwirtschaftlichen Mehrwert, wenn sie dadurch dem Problem der privaten **Unterversorgung** entgegenwirkt.

4.2 Clubgüter

Wenn ein Ausschluss von der Nutzung eines Gutes bzw. einer Leistung zwar prinzipiell möglich, aber aufgrund von Nicht-Rivalität im Konsum bzw. wegen positiver Netzwerkeffekte nicht wünschenswert ist, kann die öffentliche Bereitstellung von sogenannten Clubgütern einen volkswirtschaftlichen Mehrwert schaffen, indem sie deren **Unternutzung** verhindert. Positive Netzwerkeffekte beruhen z. B. auf der höheren Effizienz beim Einsatz technologisch kompatibler Geräte und Anlagen, die die Möglichkeiten der Arbeitsteilung erweitern und so das Produktivitätswachstum stärken. Zur Standortqualität tragen auch die Rechtssicherheit hinsichtlich konformitätsgeprüfter Messgeräte und ent-

⁷⁾ Siehe z. B. Kindleberger (1983).

sprechende Erleichterungen im internationalen Handel bei, die wiederum bei Investitionsentscheidungen Sicherheit geben.

Zu den Clubgütern zählen auch Geodaten, Koordinatensysteme, Kartenwerke oder der Liegenschaftskataster, die sowohl von der öffentlichen Verwaltung (z. B. Landesverteidigung, Einsatzkräfte, Raumplanung), von netzgebundenen Versorgungsunternehmen (in den Bereichen Verkehr, Wasser, Energie usw.) als auch von privaten Anbietern neuer raumbezogener Datendienste genutzt werden. Der Ursprung des volkswirtschaftlichen Mehrwertes zahlreicher Clubgüter lässt sich ebenfalls in der Systemebene verorten.

4.3 Effiziente Marktinformation

Im Kontext wirtschaftlicher Transaktionen ist die Ebene der Marktstrukturen besonders relevant, weil diese die spezifischen Bedingungen der Nachfrage, des Wettbewerbs, der Technologie oder der internationalen Handelsströme mitbestimmen. Viele Transaktionen sind mit dem Problem **asymmetrischer Information** konfrontiert. Asymmetrische Information liegt z. B. dann vor, wenn jene Personen, die Waren oder Dienstleistungen anbieten, mehr über deren Eigenschaften wissen, als jene Personen, die sie nachfragen,

und wenn dadurch die Vertragsparteien auch ein ehrliches Angebot nicht als solches verifizieren können. Aus volkswirtschaftlicher Sicht sind Systeme, in denen Marktinformationen asymmetrisch verteilt sind, ineffizient, weil sie individuelle Entscheidungen verzerren und dadurch wohlfahrtsoptimale Marktergebnisse verhindern.

Die Fertigpackungskontrolle, die Marktüberwachung und die Revision der Messgeräte sind typische Leistungen, über die das Mess- und Eichwesen institutionalisiertes Vertrauen als Basis für Markttransaktionen mit gesicherten Qualitätsstandards schafft und damit sowohl die Nachfrage als auch den fairen Wettbewerb stärkt. Im Extremfall erschließt dieses Vertrauen neue Märkte und macht bestimmte Transaktionen überhaupt erst möglich. Auf seiner Grundlage ersparen sich die Vertragsparteien Kontrollkosten, die bei einer alternativen privaten Verifizierung der vereinbarten Produktqualität anfallen würden. Diese Kostenersparnis führt letztlich zu Produktivitätsgewinnen. Ein effizientes Marktinformationssystem schützt vor allem Qualitätsanbieter vor unlauterem Wettbewerb. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Verbraucherbehördenkooperation stärkt wiederum das Vertrauen in den Europäischen Binnenmarkt.

5. Resümee

Das Eich- und Vermessungswesen ist eine fundamentale, tief im tragenden Grund des Wirtschaftsstandortes angesiedelte Infrastruktur. Die im Vermessungswesen bereitgestellten Koordinatensysteme bilden die Grundlage für alle Daten mit Ortsbezug (Geodaten). Das Mess- und Eichwesen wiederum zählt (gemeinsam mit Standardisierung und Akkreditierung) zu den Grundpfeilern der Qualitätssicherung. Während die Bevölkerung z. B. auf die Richtigkeit von Geodaten oder die Füllmenge von Fertigpackungen vertrauen kann, erleichtert die internationale Anerkennung von Messungen sowie von Prüf- und Messgeräten der Exportwirtschaft den Zugang zu ausländischen Märkten.

Das BEV ist als öffentliche Infrastruktur für das Vertrauen in die Richtigkeit z. B. von Geodaten oder deklarierten Produkteigenschaften verantwortlich. Es erleichtert u. a. das Zustandekommen wirtschaftlicher Transaktionen, indem es die institutionellen Bedingungen für gegenseitiges Vertrauen zwischen allen an den Marktprozessen beteiligten Personen schafft. Dieses **institutionalisierte Vertrauen** hat wiederum vielfältige positive Auswirkungen auf die Qualität und Entwicklungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes:

- Es sichert Nachfrage, insbesondere nach Gütern mit hoher und individuell schwer überprüfbarer Qualität,

- verringert Kosten, z. B. für eine allfällige Nachkontrolle bei der Verwendung oder für die Zertifizierung durch private Stellen,
- ist die Basis für internationalen Handel, von dem Österreich als kleine offene Volkswirtschaft besonders profitiert, und
- stärkt über die Verbraucherbehördenkooperation das Vertrauen in den Europäischen Binnenmarkt.

Der gesellschaftliche Nutzen des Eich- und Vermessungswesens geht aber über wirtschaftliche Aspekte hinaus. So schafft etwa die Metrologie mit auf einheitlichen Vorschriften beruhenden und international akkordierten Maßsystemen notwendige Voraussetzungen für den **Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutz**. Verlässliche Geodaten werden wiederum etwa für die Klimaforschung benötigt, ebenso wie für die Beurteilung von Umweltgefahren (z. B. bei Überschwemmungen oder Lawinen), für die Umsetzung vorbeugender Maßnahmen (Hochwasserschutz, Lawinenverbauung usw.) oder die zielgenaue Steuerung und Koordination von Rettungseinsätzen im akuten Krisenfall.

In dem Ausmaß, in dem das BEV dazu beiträgt, dass sich Vertrauen lohnt, weil wirtschaftliche Prozesse vertrauenswürdig funktionieren, beeinflusst es indirekt auch die individuellen Werte und die gesellschaftlichen Normen, welche die Wettbewerbsfähigkeit

Das Eich- und Vermessungswesen sichert Nachfrage, senkt Transaktionskosten und fördert unternehmerisches Handeln, indem unfairen Wettbewerb unterbunden und Qualitätswettbewerb belohnt wird.

eines Wirtschaftsstandortes mitbestimmen. Denn das durch positive Erfahrungen bestärkte Vertrauen in die Qualität von öffentlichen Einrichtungen sowie die Zuverlässigkeit privater Transaktionen, der Schutz von Eigentum sowie faire Marktbedingungen sind selbst eine Grundlage für individuelle Werte wie Leistungsbereitschaft oder unternehmerische Initiative, ebenso wie für Solidarität oder die Bereitschaft, über Steuerleistungen

zur Bereitstellung von kollektiven Gütern beizutragen. Zu diesen Werten zählt auch die Bereitschaft, die Erreichung der definierten Klimaziele im individuellen Handeln voranzutreiben. Hierzu trägt auch die ebenfalls im BEV angesiedelte Energieberatung des Bundes über ihren Auftrag bei, die Bundesverwaltung in ihrer angestrebten Vorbildfunktion im Klimaschutz zu unterstützen.

Die Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens als Garant für die Richtigkeit von Maßen und Messungen wird im Zeitalter von Digitalisierung, Big Data und künstlicher Intelligenz weiter zunehmen.

6. Ausblick

Institutionelles Vertrauen ist dann nachhaltig, wenn es gerechtfertigt ist und die Systeme vertrauenswürdig funktionieren. Umgekehrt geht es schnell verloren, wenn positive Erwartungen an das Funktionieren von Prozessen, Regeln und Verhaltensweisen enttäuscht werden. Das Vertrauen der Bevölkerung in öffentliche Institutionen ist in Österreich im internationalen Vergleich traditionell hoch. Die zahlreichen Krisen der letzten Jahre (Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, COVID-19-Pandemie, Energiekrise) haben es jedoch zunehmend belastet. So ist z. B. das Vertrauen der Führungskräfte von in Österreich tätigen Unternehmen in die Qualität der öffentlichen Institutionen zuletzt deutlich gesunken (Peneder et al., 2023b). Obwohl das BEV von diesem Vertrauensverlust nicht direkt betroffen war, verdeutlicht er den Wert und die Verwundbarkeit institutionellen Vertrauens als öffentliches Gut. Zudem zeigt er, dass die Gesellschaft in allen angesprochenen Bereichen wachsam bleiben und in die Zuverlässigkeit, Wirksamkeit und Effizienz der für das institutionelle Vertrauen zuständigen Systeme investieren muss. In vielen Fällen wird es auch notwendig sein, ein breiteres Bewusstsein dafür zu schaffen, was diese Systeme, die tief im Fundament des Schichtenmodells der Wettbewerbsfähigkeit verankert sind, für die Gesellschaft und den Wirtschaftsstandort als Ganzes leisten.

Im Zuge der **Digitalisierung** wird die Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens als Garant für institutionalisiertes Vertrauen in

die Richtigkeit von Maßen und Messungen sowie von Geodaten und Eigentumsrechten weiter zunehmen. Während neue Informations- und Kommunikationstechnologien z. B. die Nutzung komplexer Geodaten erleichtern, steigen mit der Automatisierung vieler Tätigkeiten und Prozesse auch die Anforderungen, etwa zur präzisen Steuerung. Besonders hoch sind sie beim Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI). Zuverlässige Referenz-, Daten- und Qualitätssysteme sind eine notwendige Voraussetzung für zahlreiche neue digitale Anwendungen wie Industrie 4.0, Smart City, Precision Farming oder autonomes Fahren. Neue Herausforderungen ergeben sich auch durch die wachsende Bedeutung des Online-Handels, der eine wirksame Koordinierung der europäischen Verbraucherschutzbehörden erfordert, um ungleiche Wettbewerbsbedingungen, insbesondere auch zwischen digitalem und stationärem Handel, zu unterbinden.

Gleichzeitig bietet die Digitalisierung mit dem Einsatz von KI selbst neue Werkzeuge, wie z. B. Webcrawler zum Aufspüren verdächtiger Produkte und Geschäftspraktiken. Sie können in Zukunft genutzt werden, um die Stichproben für Kontrollen systematisch zu erweitern und einen umfassenderen Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Auch hier wird es notwendig sein, die Entwicklung neuer, leistungsfähiger Instrumente vor allem auf europäischer Ebene oder in enger Abstimmung und Zusammenarbeit der europäischen Behörden voranzutreiben.

7. Literaturhinweise

- Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen – BEV (2017). *200 Jahre Kataster. Österreichisches Kulturgut 1817-2017*.
- Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen BEV (2023). *100 Jahre Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen 1923-2023*.
- Donaldson, D., & Storeygard, A. (2016). The View from Above: Applications of Satellite Data in Economics. *Journal of Economic Perspectives*, 30(4), 171-198.
- Kindleberger, C. P. (1983). Standards as Public, Collective and Private Goods. *Kyklos*, 36(3), 377-396.
- Kuso, S., & Thin, G. (o. J.). *Eichpolizeiliche Revision – Marktüberwachung und Revision der Messgeräte*. Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen.
- Matousek, P., (2023). Verbraucherbehördenkooperation. Eine neue Aufgabe des BEV. In Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen – BEV (Hrsg.). *100 Jahre Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen 1923-2023* (erscheint demnächst).
- Peneder, M. (2017). Competitiveness and Industrial Policy: From Rationalities of Failure Towards the Ability to Evolve. *Cambridge Journal of Economics*, 41, 829-858.

Peneder, M., Gruber, K., Schmidt-Padickakudy, N., Slickers, T., Strauss-Kollin, A., & Unterlass, F. (2023a). Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Eich- und Vermessungswesens. Ausgabe 2023. WIFO. <https://wifo.ac.at/www/pubid/71051>.

Peneder, M., Pitlik, H., & Charos, A. (2023b). Standortqualität und Vertrauen in öffentliche Institutionen. Executive Opinion Survey 2022. *WIFO-Monatsberichte*, 96(3), 167-175. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/70700>.

Wabl, A. (2023). Die Energieberater:innen des Bundes. In Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen – BEV (Hrsg.). *100 Jahre Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen 1923-2023* (erscheint demnächst).

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

6/2024 **Zur Sorgfalt verpflichtet: entwaldungsfreie Lieferketten**

Birgit Meyer

Mit der Entwaldungsverordnung hat die EU einen wichtigen Schritt unternommen, um die globale Entwaldung zu verringern sowie die Nachhaltigkeit und Sorgfalt entlang von globalen Lieferketten zu stärken. Die EU-Verordnung über entwaldungsfreie Produkte (EUDR) fordert ab Ende 2024 die Einhaltung umfangreicher Sorgfaltspflichten für Rohstoffe wie Holz, Kautschuk, Soja, Kaffee, Ölpalme, Kakao und Rindfleisch und daraus hergestellten Produkten wie Schokolade, Palmöl, Gummireifen, Leder oder Papier, um potenzielle Risiken für Entwaldung, Waldschädigung und Menschenrechtsverletzungen zu ermitteln, vorzubeugen und zu bekämpfen. Modellsimulationen der wirtschaftlichen Effekte der EUDR im Rahmen der Studie "Trade and Welfare Effects of New Trade Policy Instruments" zeigen, dass die EUDR trotz moderater Wohlfahrtsverluste einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten kann. Eine Reduktion des EU-Handels mit agrar- und forstwirtschaftlichen Produkten mit hohem Entwaldungsrisiko hat das Potenzial, die Entwaldung in Brasilien und Indonesien um etwa 8% bis 9% zu verringern. Die tatsächliche Wirkung der EUDR wird von ihrer effektiven Umsetzung in Kooperation mit wichtigen Handelspartnern, insbesondere weniger entwickelten Ländern, abhängen.

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71470>

Frühere Ausgaben

5/2024 **Prognose von "Beyond GDP"-Indikatoren zur Einkommensverteilung**

Stefan Ederer, Marian Fink, Silvia Rocha-Akis (WIFO), Vanessa Lechinger (AK Wien)

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71465>

4/2024 **Nachhaltigkeit entlang globaler Lieferketten. Wirtschaftliche Effekte der EU-Richtlinie für Sorgfaltspflichten von Unternehmen**

Birgit Meyer

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71464>

3/2024 **Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2022**

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71461>

2/2024 **EU-Grenzausgleich. Ambitionierte Klimaziele und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang bringen?**

Elisabeth Christen

März 2024 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71449>

1/2024 **Eine Projektion der öffentlichen Pflegekosten und des benötigten Pflegepersonals bis 2050**

Ulrike Famira Mühlberger

Februar 2024 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71450>

13/2023 **Sind die Löhne die (neuen) Preistreiber?**

Stefan Schiman-Vukan

November 2023 • <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71159>

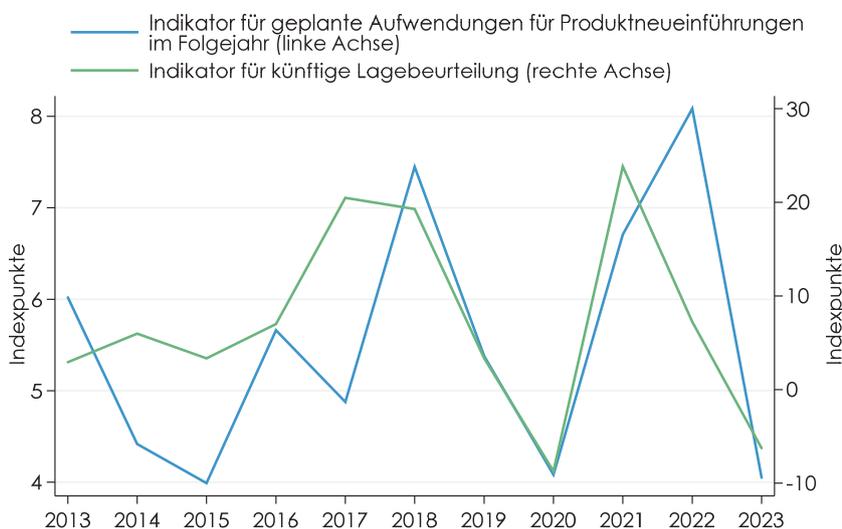
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen

Kathrin Hofmann, Agnes Kügler, Nicole Schmidt-Padickakudy

- Der Zuwachs der Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen blieb auch 2023 überdurchschnittlich.
- In fast allen Branchen dämpften jedoch die weltweite Abschwächung der Industriekonjunktur und die gestiegene Unsicherheit die Bereitschaft, 2024 in Produktneueinführungen zu investieren.
- Der Anteil der österreichischen Unternehmen, die neue Produkte eingeführt haben, stabilisierte sich 2023 auf niedrigem Niveau.
- Im Vergleich zu den Jahren vor der COVID-19-Pandemie haben die Produktneueinführungen in allen Unternehmensgrößenklassen abgenommen.
- Externe Finanzierung kann für Produktneueinführungen von Bedeutung sein. Die Zahl der Neukredite von Unternehmen ist in Österreich seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie rückläufig.

Geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen sowie künftige Lagebeurteilung



"Unternehmen planen ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen nicht losgelöst vom erwarteten Konjunkturverlauf. Sind die unternehmerischen Einschätzungen zur künftigen Wirtschaftsentwicklung optimistischer, werden entsprechend höhere Ausgaben für Produktneueinführungen vorgesehen."

Der Indikator der Ausgabenplanung für das kommende Jahr, der von der laufenden Konjunktureinschätzung bzw. den Erwartungen geprägt ist, sank 2023 auf 4,1 Punkte ab, nachdem er 2021 und 2022 noch einen deutlichen Ausgabenzuwachs im jeweiligen Folgejahr signalisiert hatte (Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen).

Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen

Kathrin Hofmann, Agnes Kügler, Nicole Schmidt-Padickakudy

Unternehmensausgaben für neue Produkte dürften 2024 nur schwach wachsen

2023 verzeichneten österreichische Unternehmen einen überdurchschnittlichen Anstieg der Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen. Unternehmen, die bereits im Vorjahr ihre Innovationsausgaben erhöht hatten, behielten diesen Kurs überwiegend bei. Obwohl die Innovationsausgaben 2023 zulegten, führte nur etwa ein Fünftel der befragten Unternehmen neue Produkte oder Dienstleistungen ein. Seit der COVID-19-Krise ist ein genereller Rückgang der Innovationanstrengungen zu beobachten, vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen. Ebenso ist die Finanzierung über Kredite, ein wichtiger Motor für die Einführung neuer Produkte, seit der Pandemie rückläufig. Jedes vierte Unternehmen meldete im Jahr 2023 Hindernisse bei der Kreditvergabe.

JEL-Codes: O31, D22, E32 • **Keywords:** Produktneueinführungen, Konjunkturschwankungen, Konjunkturtest

Begutachtung: Werner Hölzl • Abgeschlossen am 28. 2. 2024

Kontakt: Kathrin Hofmann (kathrin.hofmann@wifo.ac.at), Agnes Kügler (agnes.kuegler@wifo.ac.at), Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at)

Corporate Expenditure on New Products is Expected to Grow Only Weakly in 2024

In 2023, Austrian companies recorded an above-average increase in expenditure on new products and services, although only around a fifth of the companies surveyed introduced new products or services. Companies that had already increased their innovation expenditure in the previous year largely maintained this course. Since the outbreak of the COVID-19 crisis, there has been a general decline in innovation efforts, particularly in small and medium-sized enterprises. Financing through loans, which can be a significant driver for the introduction of new products, has also decreased since the pandemic. In 2023, one in four companies reported obstacles to lending.

1. Einleitung

Österreichs Wirtschaft befindet sich derzeit in einer Rezession. Die heimische Wirtschaftsleistung sank 2023 um voraussichtlich 0,8%; die Folgen des Nachfrageeinbruchs und des Energiepreisschocks sind nach wie vor spürbar (Ederer & Schiman-Vukan, 2023). Infolge des Ukraine-Krieges stiegen die Energiepreise und insbesondere der Erdgaspreis kräftig an, was vorrangig energieintensive Unternehmen in der Sachgütererzeugung traf. Die Industrieproduktion dürfte sich nur langsam erholen. Die Investitionsdynamik wird durch die Unsicherheit bezüglich der Energiepreisentwicklung und das hohe Preisniveau belastet (Friesenbichler & Hölzl, 2024). Die hohen Energiepreise trieben die Inflation, was eine Straffung der Geldpolitik zur Folge hatte. Damit wurde es für Unternehmen teurer, ihren Kreditbedarf zu decken. Die Investitionsdaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) lassen darauf schließen, dass sich das Wachstum der wissensintensiven "sonstigen Anlageinvestitionen" 2023 auf 4,2% verlangsamt hat (-0,8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2022). Für 2024 rechnet das WIFO mit einem Zuwachs von nur 3% (Ederer & Schiman-Vukan, 2023).

In der Literatur herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass unternehmensinterne Forschung und Entwicklung (F&E) einen wichtigen Beitrag zur Flexibilität leisten und Unternehmen in die Lage versetzen, wirtschaftlichen Veränderungen erfolgreicher zu begegnen (Geroski et al., 1993; Meghir et al., 1996). Solche Unternehmen können sich mithilfe ihres Wissenskapitals durch Innovationen in Produkt- und Geschäftsprozessen besser an wechselnde Marktsituationen anpassen und wettbewerbliche Herausforderungen bewältigen. Dadurch sind sie widerstandsfähiger gegen Krisen (Archibugi et al., 2013; Friesenbichler et al., 2020). So verzeichnen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die in Krisenzeiten neue Produkte auf den Markt bringen, ein stärkeres Beschäftigungswachstum als andere Unternehmen (Peters et al., 2022). Durch die Einführung neuer Produkte können innovative Unternehmen Nachfrageeinbrüche nach bestehenden Produkten kompensieren. Allerdings verhalten sich die aggregierten Innovationsausgaben der Unternehmen häufig azyklisch und schrumpfen bei schlechterer Konjunktur.

Dieser Beitrag präsentiert die Ergebnisse der aktuellen WIFO-Befragung österreichischer Unternehmen zur Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen sowie zu den dafür getätigten und geplanten Ausgaben. Bereits 2022 hatte sich ein deutlicher konjunkturbedingter Rückgang der Innovationstätigkeit österreichischer Unternehmen gezeigt (Kügler et al., 2023). Dieser Trend konnte auch im Jahr 2023 nicht durchbrochen werden: der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte oder Dienstleistungen

einführten, stagnierte auf einem niedrigen Niveau. Die unternehmerischen Aufwendungen für Produktneueinführungen blieben zwar per Saldo überdurchschnittlich, die hohe wirtschafts- und geopolitische Unsicherheit trübte jedoch merklich die Planung für 2024. Dies spiegelt sich auch im Rückgang der Kreditvertragsabschlüsse durch Unternehmen bzw. den vermehrten Meldungen über Beschränkungen bei der Kreditvergabe.

2. Datengrundlage

Seit 2011 werden im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests einmal jährlich Fragen zur Einführung neuer Produkte gestellt¹⁾. Die letzte Erhebung fand im Dezember 2023 statt. Die daraus gewonnenen Ergebnisse vermitteln ein erstes Stimmungsbild zum Innovations-

verhalten österreichischer Unternehmen. An der aktuellen Befragungswelle nahmen 432 Unternehmen teil. Die Indikatoren, die den Auswertungen zugrunde liegen, sind im folgenden Textkasten zusammengefasst.

Verwendete Indikatoren

Veränderung der Aufwendungen für Produktneueinführungen im Meldejahr im Vergleich zum Vorjahr: Die Unternehmen melden, ob sie derartige Aufwendungen getätigt haben und ob diese gegenüber dem Vorjahr höher, niedriger oder gleich hoch ausgefallen sind. Die Meldungen gehen beschäftigungsgewichtet in die Berechnung des Indikators für die Gesamtwirtschaft ein. Bei einem Indikatorwert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Meldungen der Unternehmen, die eine Ausweitung der Aufwendungen planen, die (beschäftigungsgewichteten) Meldungen der Unternehmen, die ihre Ausgaben kürzen dürften. Bei einem Indikatorwert von null halten sich positive und negative Meldungen die Waage. Darüber hinaus werden auch die (ungewichteten) Anteile der Unternehmen, die ihre Ausgaben gesteigert, gleich gehalten bzw. gesenkt haben, nach Größenklassen und Branchen berechnet.

Geplante Aufwendungen für Produktneueinführungen im Folgejahr im Vergleich zum Meldejahr: Berechnung analog zum vorigen Indikator.

Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen: Anteil aller positiven Meldungen zur Frage, ob im abgelaufenen Jahr neue Produkte oder Dienstleistungen eingeführt wurden, an allen befragten Unternehmen (vgl. Reinstaller, 2019).

Indikator der künftigen Lagebeurteilung: Der Indikator setzt sich aus monatlichen Meldungen zu Fragen zur Entwicklung der Produktion und der Beschäftigung in den kommenden drei Monaten und zur Entwicklung der Geschäftslage in den kommenden sechs Monaten zusammen. Die Meldungen zu diesen Fragen wurden für jedes Unternehmen zuerst über die monatlichen Meldungen der drei Indikatoren saldiert und daraus ein (beschäftigungsgewichteter) Jahresdurchschnitt über alle Meldungen in einem Jahr berechnet.

Anteil der Unternehmen mit neuen Kreditverträgen im Meldejahr: Der Anteil wird aus monatlichen Meldungen zu Fragen zur Kreditvergabe berechnet. Die Unternehmen melden, ob sie in den letzten 3 Monaten einen oder mehrere Kreditverträge (z. B. Neukredit, Ausweitung eines bestehenden Kredits oder eines Überziehungsrahmens, usw.) mit Banken abgeschlossen haben.

Anteil der Unternehmen mit Beschränkungen bei Kreditvorhaben: Die Berechnung basiert auf demselben Fragenkatalog wie der vorherige Indikator. Beschränkungen umfassen sowohl eine Abweichung in der erwarteten Kredithöhe und/oder den Kreditbedingungen als auch ein Nichtzustandekommen eines Kredites aufgrund der Ablehnung durch die Bank. Sollte ein Unternehmen gar nicht erst um einen Kredit angesucht haben, da es keine realistische Chance darauf sah, gilt auch dieser Umstand als Beschränkung.

3. Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte werden im Einklang mit den Konjunkturerwartungen geplant

Die unternehmerischen Erwartungen trübten sich im Laufe des Jahres 2023 wieder ein. Es war geprägt durch hohe wirtschaftliche und geopolitische Unsicherheit infolge des russischen Angriffskrieges, der gestiegenen Energiekosten und hoher Inflationsraten. Unternehmen planen ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen nicht losgelöst vom erwarteten Konjunkturverlauf. Sind die

unternehmerischen Einschätzungen zur künftigen Wirtschaftsentwicklung optimistischer, werden entsprechend höhere Ausgaben für Produktneueinführungen vorgesehen.

In Österreich zeigen die geplanten Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen einen prozyklischen Verlauf (Abbildung 1). So wurde der Einbruch der unternehmeri-

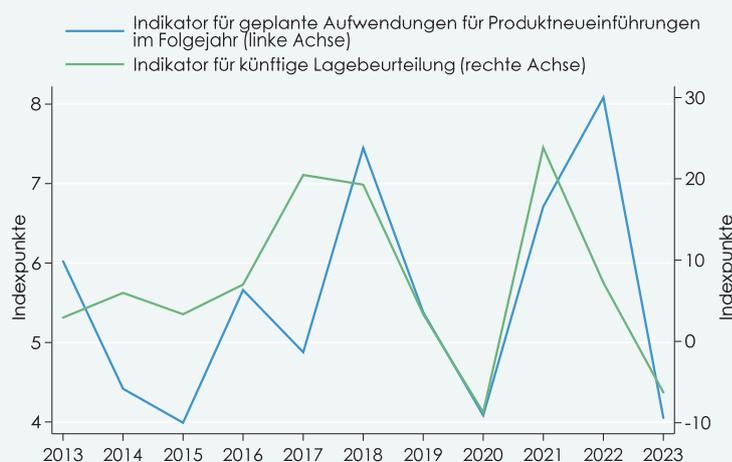
¹⁾ Siehe Reinstaller (2019) für eine detaillierte Beschreibung der Teilerhebung zur Einführung neuer Produkte

und Dienstleistungen bzw. Hölzl und Schwarz (2014) für eine Beschreibung des WIFO-Konjunkturtests.

schen Erwartungen zur Konjunktorentwicklung im Jahr 2020 von einem Rückgang der geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen begleitet. 2021 waren die befragten Unternehmen wieder optimistischer in Bezug auf die künftige Wirtschaftsentwicklung. Der Konjunkturaufschwung wurde

jedoch in den beiden Folgejahren durch geopolitische Unsicherheit, Liefer- und Energieengpässe und die daraus folgenden weltweiten Preissteigerungen gedämpft. Die Rückmeldungen zu den geplanten Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen folgten diesem Konjunkturverlauf.

Abbildung 1: **Geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen sowie künftige Lagebeurteilung**



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die Stichprobengröße des WIFO-Konjunkturtests liegt bei jährlich rund 1.500 Unternehmen (2023: 1.547), davon beantworteten im Dezember 2023 321 Unternehmen die Frage zu den geplanten Aufwendungen für die Neueinführung von Produkten und Dienstleistungen. Der Indikator für die Veränderung der geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen wurde als beschäftigungsgewichteter Überhang berechnet. Bei einem Wert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die eine Ausweitung der Aufwendungen planen, die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die ihre Ausgaben kürzen dürften. Der Indikator der künftigen Lagebeurteilung zeigt den (beschäftigungsgewichteten) Durchschnitt der unternehmerischen Erwartungen der befragten Unternehmen.

Übersicht 1: **Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr sowie geplante Aufwendungen im Folgejahr**

	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Indikator für Aufwendungen für Produktneueinführungen im Meldejahr	6,2	6,2	5,3	6,4	6,5	8,0	6,8	3,5	11,9	7,1	7,6
Indikator für geplante Aufwendungen für Produktneueinführungen im Folgejahr	6,0	4,4	4,0	5,7	4,9	7,5	5,4	4,1	6,7	8,1	4,1

Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die Indikatoren für die Veränderung der getätigten bzw. geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen im Melde- bzw. im Folgejahr wurden als beschäftigungsgewichtete Überhänge berechnet. Bei einem Wert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die ihre Aufwendungen ausweiten wollen bzw. bereits ausgeweitet haben, die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die Ausgabenkürzungen planen bzw. durchgeführt haben.

Österreichs Unternehmen dürften ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen 2024 deutlich schwächer ausweiten als im Durchschnitt der letzten 10 Jahre.

Die erste Zeile in Übersicht 1 zeigt die Veränderung der im jeweiligen Meldejahr aufgeführten Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen. Die Aufwendungen waren nach einem zurückhaltenden Jahr 2020 im Folgejahr kräftig angestiegen (per Saldo). Ab 2022 fiel der Anstieg aber wieder geringer aus. Der beschäftigungsgewichtete Indikator der Veränderung der Ausgaben blieb mit Werten von 7,1 (2022) und 7,6 (2023) dennoch überdurchschnittlich, wenn man die letzten 10 Jahre als Vergleichszeit-

raum heranzieht (10-Jahres-Durchschnitt: 6,8).

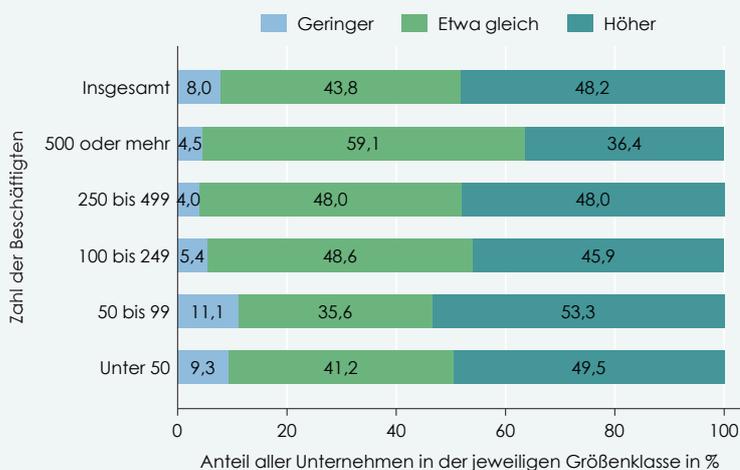
Der Indikator der für das jeweilige Folgejahr geplanten Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen bildet die Planungsunsicherheit der Unternehmen ab und ist von der laufenden Konjunkturschätzung bzw. den Erwartungen geprägt. Hatte der Indikator 2021 und 2022 noch einen deutlichen Ausgabenzuwachs im jeweiligen Folgejahr signalisiert, so sackte er 2023 auf

4,1 Punkte ab (Übersicht 1, 2. Zeile). Damit lag er zwar weiterhin im positiven Bereich, doch deutlich unter dem 10-Jahres-Durchschnitt von 5,5 Punkten. Dies lässt für 2024 nur einen unterdurchschnittlichen Anstieg der Aufwendungen erwarten und spiegelt die pessimistischen Geschäftsaussichten der Unternehmen um die Jahreswende 2023/24 wider (Hölzl et al., 2024). Mit Ausnahme des

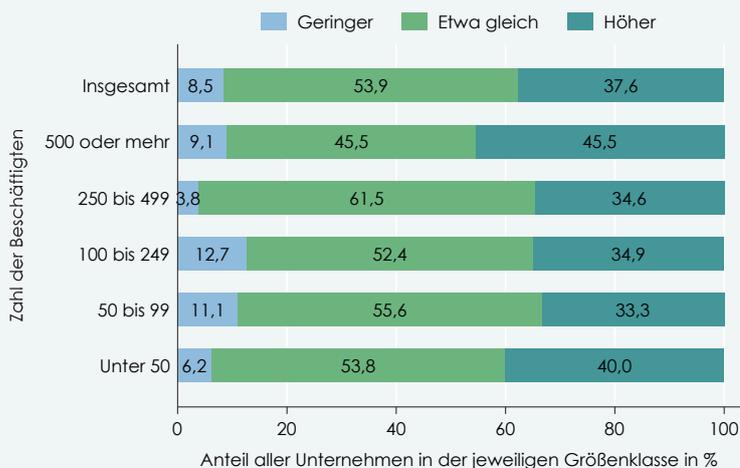
Dienstleistungsbereichs stieg die unternehmerische Unsicherheit infolge der weltweiten Abschwächung der Industriekonjunktur in allen Sektoren merklich über den langjährigen Durchschnitt. Eine erhöhte gesamtwirtschaftliche Unsicherheit geht wiederum oftmals mit einem zögerlichen Investitionsverhalten der Unternehmen einher.

Abbildung 2: **Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr nach Unternehmensgrößenklassen**

2022



2023



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Die Gesamtzahl unserer Beschäftigten (Arbeiter und Angestellte) in Österreich beträgt rund . . .". "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". 2022: 226 Beobachtungen, 2023: 295 Beobachtungen.

Insgesamt meldeten 37,6% der befragten Unternehmen, im Jahr 2023 mehr für Produktneueinführungen aufgewendet zu haben als im Vorjahr. 2022 waren es noch 48,2% gewesen. Der Anteil sank in fast allen Größenklassen (Abbildung 2), eine Ausnahme bilden lediglich große Unternehmen ab 500 Beschäftigten (2022: 36,4%, 2023:

45,5%). Mit 20 Prozentpunkten ist der größte Rückgang in der Gruppe der Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten auszumachen (2022: 53,3%, 2023: 33,3%).

8,5% aller befragten Unternehmen gaben an, ihre Ausgaben für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Jahr 2023

Die Mehrzahl der befragten Unternehmen hat ihre Aufwendungen für Produktneueinführungen 2023 konstant gehalten.

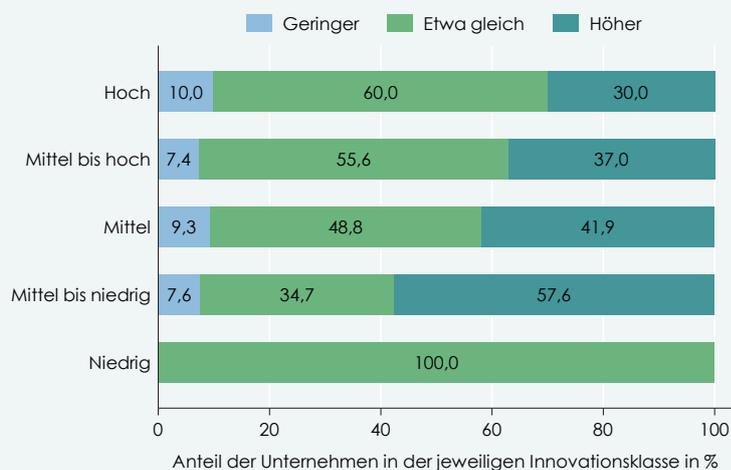
gesenkt zu haben. Deutlich zurückhaltender als im Vorjahr waren Unternehmen mit 100 bis 249 Beschäftigten (+7,3 Prozentpunkte auf 12,7%).

Die Mehrheit der Unternehmen – insgesamt 53,9% der Stichprobe – meldete für 2023 eine Stagnation ihrer Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen im Vergleich zum Vorjahr. In der Gruppe der

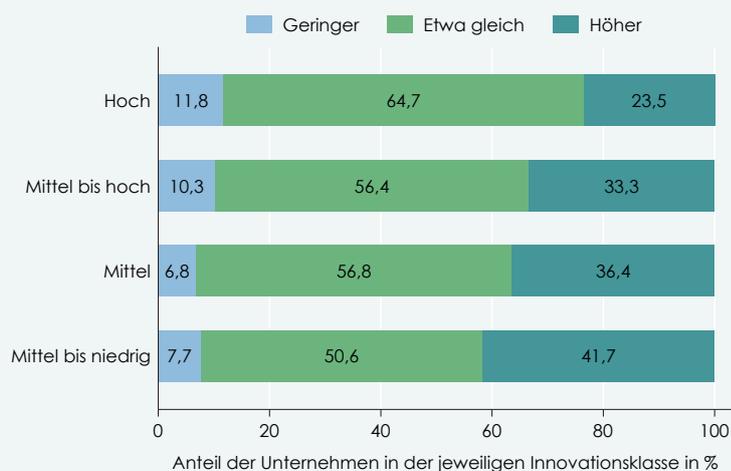
Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten lag dieser Anteil sogar bei 61,5%. Angesichts der hohen Inflation im Jahr 2023 bedeutet dies einen realen Rückgang der Investitionen in Produktneueinführungen. Von den Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten gaben nur 45,5% an, ihre Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr in etwa gleich gehalten zu haben.

Abbildung 3: **Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr nach der Innovationsintensität der Branche**

2022



2023



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". 2022: 226 Beobachtungen, 2023: 295 Beobachtungen. 2023 wurde diese Frage von keinem Unternehmen in einer Branche mit "niedriger" Innovationsintensität beantwortet.

In einem nächsten Schritt wurden die befragten Unternehmen gemäß der F&E-Intensität ihrer Branche (vgl. Galindo-Rueda & Verger, 2016) in fünf Subgruppen eingeteilt (Abbildung 3). 2023 ging der Anteil der Unternehmen, die ihre Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen erhöht

haben, im Vorjahresvergleich in allen Branchengruppen zurück. Am stärksten fiel der Rückgang in Branchen mit mittlerer bis niedriger Innovationsintensität aus (-15,9 Prozentpunkte auf 41,7%).

Aber auch in den hoch innovationsintensiven Branchen dürften die Unternehmen mittlerweile deutlich zurückhaltender agieren. Hatten 2021 noch 61,1% der betreffenden Unternehmen angegeben, ihre Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen erhöht zu haben, so sank dieser Anteil im Jahr 2022 auf 30% und 2023 weiter auf 23,5%. Eine ähnliche Entwicklung – wenn auch abgemildert – zeigen Unternehmen in mittel bis hoch F&E-intensiven Branchen: hier

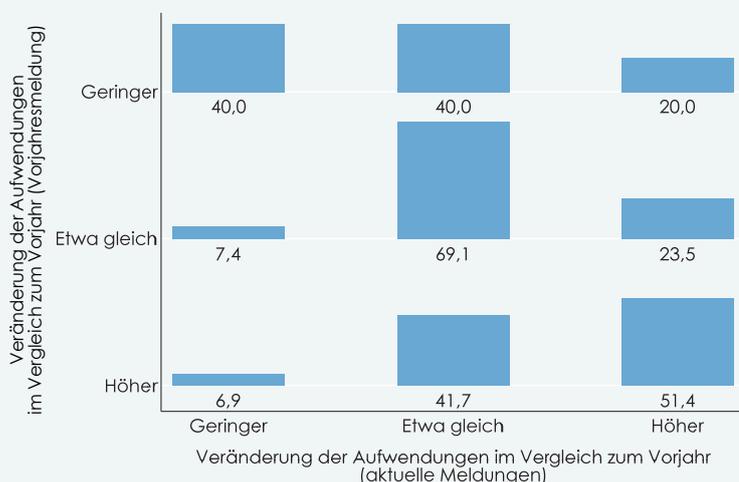
schrumpfte der Anteil von 46,8% (2021) auf 37% (2022) bzw. auf 33,3% (2023).

Unternehmen in Branchen mit mittlerer und mittlerer bis niedriger Innovationsintensität meldeten 2023 verstärkt eine Stabilisierung der Ausgaben. Zu Ausgabenkürzungen kam es vermehrt in Branchen mit hoher (+1,8 Prozentpunkte) und mittlerer bis hoher (+2,9 Prozentpunkte) Innovationsintensität.

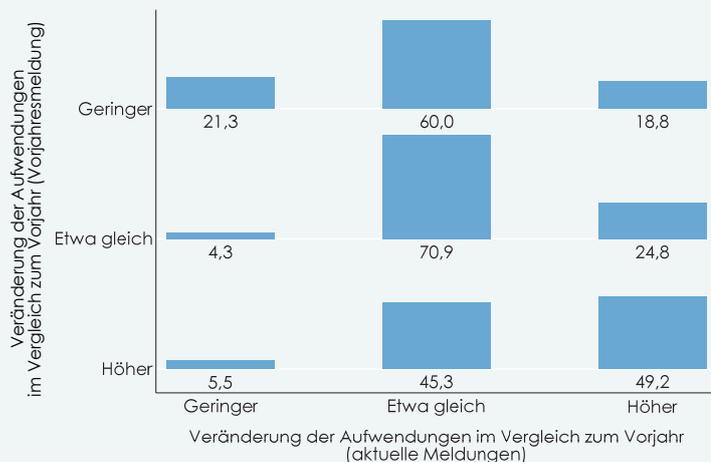
Abbildung 4: **Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen im Meldejahr im Vergleich zur Vorjahresmeldung**

Anteil der Unternehmen in % der Vorjahresmeldungen je Antwortkategorie

2023



Ø 2010/2019



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". 2023: 150 Beobachtungen, 2010/2019: 1.418 Beobachtungen.

4. Stabile Verhaltensmuster bei Investitionen in Produktneueinführungen

Langfristig neigen die Unternehmen dazu, ihre Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen konstant zu halten oder diese zu erhöhen. Abbildung 4

(obere Grafik) setzt die Veränderung der Ausgaben der Unternehmen für Produktneueinführungen in den Meldejahren 2022 und 2023 zueinander in Beziehung. Je höher die

Unternehmen, die ihre Innovationsausgaben 2022 gleich gelassen hatten, hielten diese mehrheitlich auch 2023 auf ähnlichem Niveau. Gut 51% der Unternehmen, die ihre Innovationsausgaben 2022 ausgeweitet hatten, steigerten diese auch 2023.

Anteile in der Hauptdiagonale (links oben nach rechts unten) sind, desto stabiler sind die Verhaltensmuster der Unternehmen über die Zeit. Um durch die Krisenjahre ausgelöste Verhaltensänderungen zu identifizieren, wurden in einer weiteren Grafik die Durchschnittswerte aus den Jahren 2010 bis 2019 vor der COVID-19-Krise dargestellt (Abbildung 4, untere Grafik). Wie der Vergleich zeigt, ist die Hauptdiagonale in der oberen Grafik deutlich dominanter als in der unteren. Die Persistenz der Ausgabenmuster trat also im von multiplen Krisen geprägten Jahr 2023 nochmals deutlicher zum Vorschein als in "normalen" Jahren.

40% jener Unternehmen, die ihre Aufwendungen bereits 2022 verringert hatten, senkten diese auch 2023. 69,1% der Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2022 gleich gelassen hatten, beließen sie auch 2023 unverändert. Und knapp über der Hälfte

(51,4%) der Unternehmen, die ihre Ausgaben für Produktneueinführungen 2022 erhöht hatten, weiteten sie 2023 abermals aus. Damit steigerte rund eines von vier befragten Unternehmen (24,6%; 2022: 29,7%) seine Aufwendungen für Produkte und Dienstleistungen zwei Jahre in Folge und ein weiteres knappes Drittel (31,3%; 2022: 31%) beließ sie zwei Jahre in Folge konstant.

Für 2024 planen insgesamt 34% der Unternehmen eine Ausweitung und 56,3% eine Beibehaltung ihrer Aufwendungen im Vergleich zu 2023. 9,7% der Unternehmen gaben an, ihre Aufwendungen 2024 voraussichtlich reduzieren zu müssen (Übersicht 2).

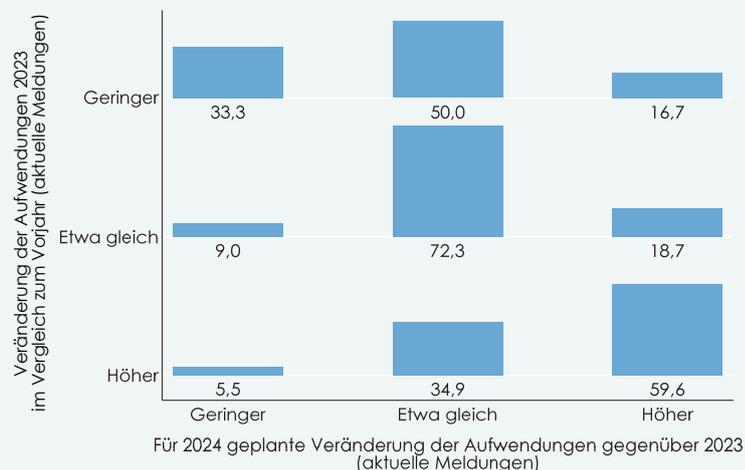
Übersicht 2: Für 2024 geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen im Vergleich zu 2023

	Unternehmen	
	In %	Anzahl
Insgesamt	100,0	288
Geringer als 2023	9,7	28
Etwa gleich hoch wie 2023	56,3	162
Höher als 2023	34,0	98

Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 5: Aufwendungen für die Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen 2023 und geplante Veränderung 2024

Anteil der Unternehmen in % der Meldungen je Antwortkategorie (zu den Aufwendungen im Meldejahr)



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegenden Fragen lauten: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". "Wie hoch waren die Aufwendungen dafür heuer im Vergleich zum Vorjahr?". "Wie schätzen Sie die Aufwendungen dafür im nächsten Jahr im Vergleich zu heuer ein?". 288 Beobachtungen.

Grundsätzlich erweist sich das Verhalten der Unternehmen auch in der Vorausschau als sehr beständig (Abbildung 5). Die höchsten Anteile sind abermals tendenziell in der Hauptdiagonale zu finden. 72,3% der Unternehmen, die ihre Ausgaben für neue Produkte 2023 konstant gehalten hatten, planten dies auch für 2024. Analog beabsichtigten 59,6% der Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2023 erhöht hatten, auch für 2024 eine Anhebung. In der Gruppe der Unternehmen, die ihre Ausgaben 2023 verringern mussten, ist die Persistenz am geringsten: nur rund ein Drittel (33,3%) gab an, die

Aufwendungen 2024 weiter zu reduzieren. Ähnlich wie in der Rückschau wollen die meisten Unternehmen ihre Aufwendungen 2024 entweder gleich halten oder ausweiten.

Werte abseits der Hauptdiagonale spiegeln Verhaltensänderungen wider. Von jenen Unternehmen, die ihre Aufwendungen 2023 verringern mussten, planten nur 16,7% eine Aufstockung im Jahr 2024. Umgekehrt beabsichtigten nur 5,5% nach der Erhöhung im Vorjahr eine Senkung.

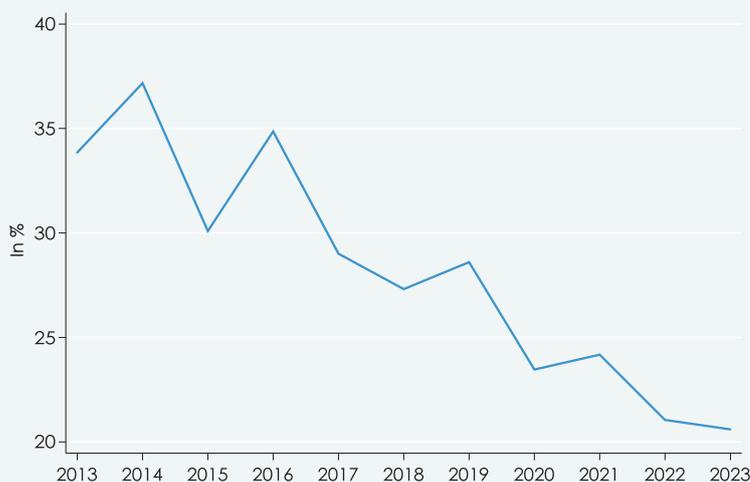
5. Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen stagnierte 2023 auf niedrigem Niveau

Der Anteil der Unternehmen, die im WIFO-Konjunkturtest eine Einführung neuer Produkte oder Dienstleistungen meldeten, sank 2023 um weitere 0,4 Prozentpunkte auf 20,6%. Seit etwa 2016 wurde bei den innovierenden Unternehmen ein rückläufiger

Trend beobachtet, den auch die zwischenzeitlichen Anstiege 2019 und 2021 nicht umkehren konnten. 2023 stabilisierte sich der Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen auf niedrigem Niveau (Abbildung 6).

Der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte eingeführt haben, pendelte sich 2023 auf bescheidenem Niveau ein. Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht.

Abbildung 6: Anteil der Unternehmen mit neuen Produkten und Dienstleistungen



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegende Frage lautet: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". 4.700 Beobachtungen.

Abbildung 7 (oben) zeigt den Anteil der Unternehmen, die im Jahr 2023 neue Produkte oder Dienstleistungen eingeführt haben, nach Unternehmensgröße, sowie die Veränderung zum Vorjahr. Verglichen mit 2022 verringerte sich der Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen in der Gruppe der größten Unternehmen ab 500 Beschäftigten um 9,2 Prozentpunkte auf 32,1%. Auch in den kleinsten Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten war im Vergleich zu 2022 ein Rückgang zu beobachten (-2,7 Prozentpunkte auf 13,1%). In den mittleren bis großen Unternehmen stiegen die Anteile hingegen an: in Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten um 10 Prozent-

punkte (auf 33,3%) und in Unternehmen mit 100 bis 249 Beschäftigten um 5 Prozentpunkte (auf 30,8%).

Vergleicht man die rezenten Ergebnisse mit den Werten, die zwischen 2010 und 2019 beobachtet wurden (Abbildung 7, unten), so wird eine Abweichung vom langfristigen Durchschnitt sichtbar. Wie bereits 2022 war auch 2023 der Anteil der Unternehmen mit neuen Produkten oder Dienstleistungen in allen Größenklassen niedriger als im Durchschnitt der Vorkrisenjahre. Hatten in den Jahren 2010 bis 2019 – also vor der COVID-19-Pandemie – noch durchschnittlich 44,4% der Unternehmen ab 500 Beschäftigten sowie

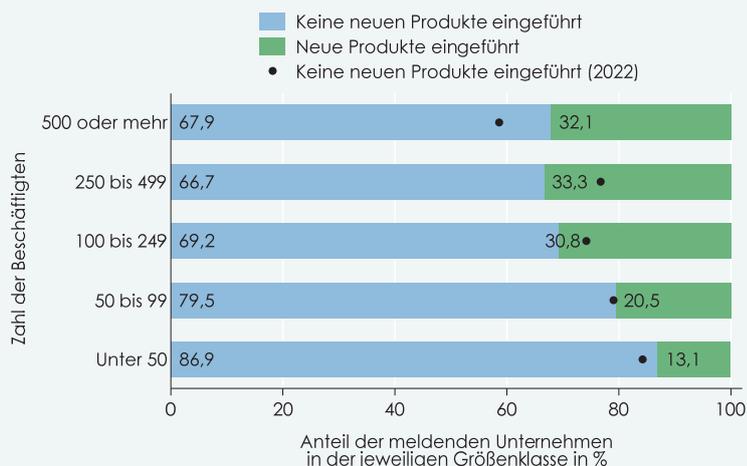
Im Vergleich zu den Jahren vor der COVID-19-Krise hat die Innovationskraft über alle Größenklassen hinweg abgenommen. Neben den kleinsten schneiden nun auch KMU nur unterdurchschnittlich ab.

37,6% der Unternehmen mit 250 bis 499 Beschäftigten die Einführung neuer Produkte gemeldet, so waren es 2023 lediglich 32,1% bzw. 33,3%. Von den Unternehmen mit 50 bis

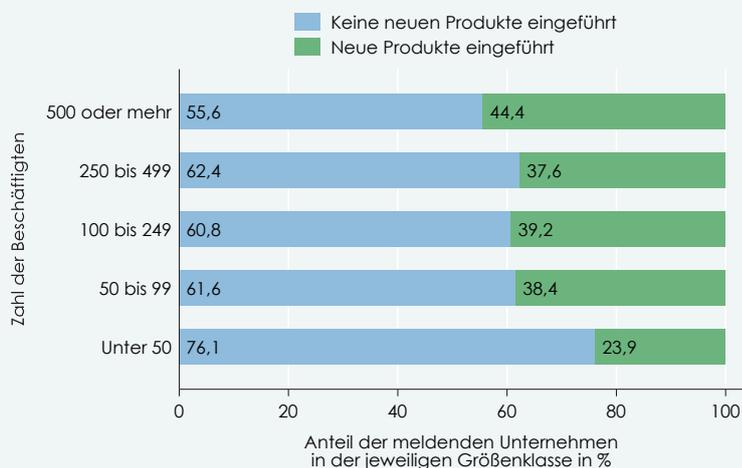
99 Beschäftigten waren es vor der COVID-19-Pandemie 38,4% (2023: 20,5%), von kleinen Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten 23,9% (2023: 13,1%).

Abbildung 7: Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen im Meldejahr nach Unternehmensgrößenklassen

2023



Ø 2010/2019



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegende Frage lautet: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". 2023: 432 Beobachtungen, 2010/2019: 3.761 Beobachtungen.

Wie bereits die Ergebnisse für 2022 zeigten, hat sich das generelle Muster im Vergleich zu den Vorkrisenjahren leicht verschoben. 2010/2019 wiesen nur die kleinsten Unternehmen einen unterdurchschnittlichen Anteil an Unternehmen mit neuen Produkten oder Dienstleistungen auf, während alle anderen Gruppen über dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt von 31,8% notieren. Im Jahr 2023 lag dagegen zum wiederholten Mal auch die Gruppe der Unternehmen mit 50 bis 99 Beschäftigten unter dem durchschnittlichen Anteil von 20,6% (2023) bzw. von 21,1% (2022). Demnach drücken nicht mehr

nur die kleinsten Unternehmen den Durchschnitt, sondern auch die kleinen bis mittleren Unternehmen.

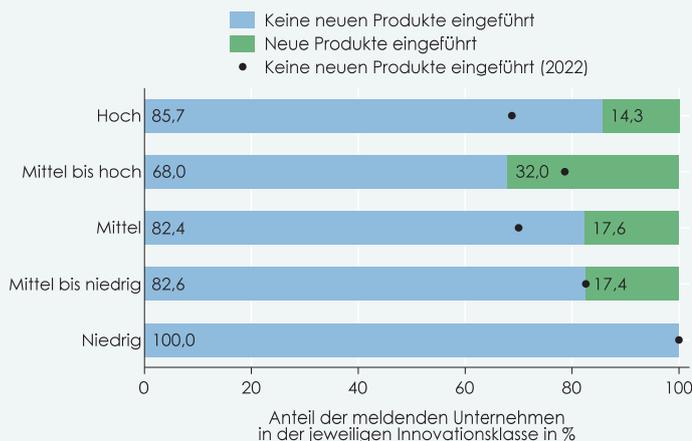
Schlüsselt man die Anteile nach der Innovationsintensität der Branchen auf (Abbildung 8), so zeigt sich, dass 2023 insbesondere Unternehmen in hoch innovationsintensiven Branchen seltener neue Produkte einführen als noch im Vorjahr (-17 Prozentpunkte gegenüber 2022; -33,8 Prozentpunkte gegenüber dem Durchschnitt 2010/2019). Ähnliches gilt für Unternehmen in Branchen mit mittlerer Innovationsintensität:

Hier sank der Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen von 30% (2022) auf 17,6% (2023). Damit lag er um 13,1 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der Vorkrisenjahre (30,7%). In Branchen mit mittlerer bis

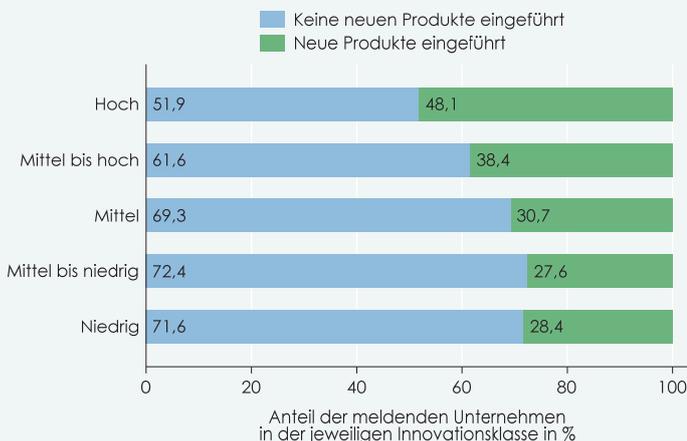
hoher Innovationsintensität war der Anteil 2023 hingegen um 10,7 Prozentpunkte höher als 2022. Mit 32% war der Abstand zum Durchschnittswert vor der COVID-19-Pandemie (38,4%) noch vergleichsweise gering.

Abbildung 8: Anteil der Unternehmen mit Produktneueinführungen nach Innovationsintensität der Branche

2023



Ø 2010/2019



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die zugrunde liegende Frage lautet: "Wurden bzw. werden von Ihrem Unternehmen heuer neue oder wesentlich veränderte Produkte bzw. Leistungen auf dem Markt (national oder international) eingeführt?". 2023: 432 Beobachtungen, 2010/2019: 3.761 Beobachtungen.

6. Die Rolle der Kreditvergabe bei der Einführung neuer Produkte und Dienstleistungen

Seit Beginn der COVID-19-Krise konnte ein Rückgang bei den abgeschlossenen Kreditverträgen beobachtet werden. 2023 schlossen insgesamt 25,7% der befragten Unternehmen einen oder mehrere Kreditverträge mit einer Bank ab, während 74,3% angaben, keinen neuen Kredit eingegangen zu sein. Damit lag der Anteil der Unternehmen, die neue Kredite aufgenommen haben, um 3,6 Prozentpunkte unter dem durchschnittlichen Vorkrisenwert von 29,3% (2010/2019).

Von den Unternehmen, die 2023 einen neuen Kredit abgeschlossen haben, brachten 31% im selben Jahr neue Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt. Dieser Anteil ist gut doppelt so hoch wie in der Gruppe der Unternehmen ohne neue Kredite (14,6%). Die Diskrepanz war 2023 deutlich größer als im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2019 (34,1% gegenüber 29,9%).

Jedes vierte Unternehmen meldete, 2023 mit Beschränkungen bei Kreditvorhaben konfrontiert gewesen zu sein.

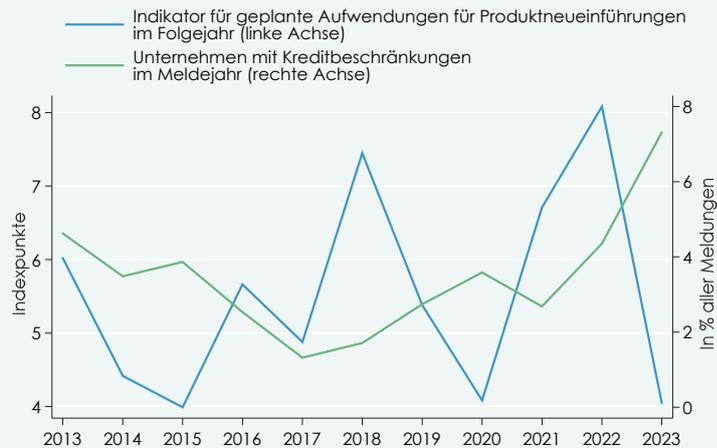
Auch der Anteil der Unternehmen, die angaben, bei Kreditvorhaben mit Beschränkungen konfrontiert gewesen zu sein, nahm 2023 deutlich zu (zur Definition siehe Kasten "Verwendete Indikatoren").

Insgesamt meldeten 2023 24,6% der befragten Unternehmen Kreditbeschränkungen, wogegen 75,4% durch keinerlei Beschränkungen der Kreditvergabe beeinträchtigt waren. In diesem Fall fielen die Höhe und die Bedingungen des Kredites entweder wie erwartet aus, oder die Unternehmen hatten 2023 keinen Bedarf an neuen Krediten. Von den Unternehmen, die 2023 einen oder mehrere neue Kreditverträge abgeschlossen haben, gaben 44,4% an, ihre Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen im Folgejahr erhöhen zu wollen. In der

Gruppe ohne neue Kreditverträge waren es hingegen nur 30,2%.

Der Anteil der Unternehmen, die mit Kreditbeschränkungen konfrontiert sind, fällt allerdings deutlich geringer aus, wenn man ihn beschäftigungsgewichtet berechnet (Abbildung 9). Das lässt darauf schließen, dass insbesondere kleinere Unternehmen mit weniger Beschäftigten von Kreditbeschränkungen betroffen sind. Wie Abbildung 9 zeigt, verlaufen die Veränderung der geplanten Investitionen in neue Produkte und Dienstleistungen und die Kreditbeschränkungen asynchron. Sind viele Unternehmen mit Kreditbeschränkungen konfrontiert, so sinkt der Anteil der Unternehmen, die planen, ihre Ausgaben für Produktneueinführungen im Folgejahr zu erhöhen, und umgekehrt.

Abbildung 9: Kreditbeschränkungen und geplante Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen



Q: WIFO-Konjunkturtest, WIFO-Berechnungen. Die Stichprobengröße des WIFO-Konjunkturtests liegt bei jährlich rund 1.500 Unternehmen (2023: 1.547). Davon beantworteten im Dezember 2023 321 Unternehmen die Frage zu geplanten Aufwendungen für die Neueinführung von Produkten und Dienstleistungen und 557 Unternehmen die Fragen zur Kreditvergabe. Der Indikator für die Veränderung der geplanten Aufwendungen für Produktneueinführungen wurde als beschäftigungsgewichteter Überhang berechnet. Bei einem Wert größer null überwiegen die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die eine Ausweitung der Aufwendungen planen, die (beschäftigungsgewichteten) Rückmeldungen der Unternehmen, die ihre Ausgaben kürzen dürften. Der (beschäftigungsgewichtete) Anteil der Unternehmen, die mindestens einmal im jeweiligen Meldejahr mit Kreditbeschränkungen konfrontiert waren, umfasst etwaige Beschränkungen betreffend die Höhe, die Laufzeit und die Konditionen der Kredite, wie auch die gänzliche Ablehnung eines Kredites durch die Bank.

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Im Jahr 2023 war die Wirtschaftslage in Österreich aufgrund geopolitischer Spannungen, steigender Energiekosten und hoher Inflationsraten schwieriger als zuvor, insbesondere für energieintensive Unternehmen. Die Aufwendungen für neue Produkte und Dienstleistungen entwickelten sich in den letzten Jahren tendenziell im Einklang mit der Konjunktur. Nach einem Wachstumsrückgang im Jahr 2020 stiegen sie im Folgejahr (per Saldo), waren im Jahr 2022 jedoch wieder rückläufig, obwohl sie insgesamt auf

einem überdurchschnittlich hohen Niveau blieben.

Im Jahr 2023 sank der Anteil der Unternehmen, die ihre Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen erhöht haben, in allen Größenklassen mit Ausnahme der Unternehmen ab 500 Beschäftigten. Die Mehrheit der Unternehmen hielt jedoch ihre Ausgaben auf dem Niveau des Vorjahres. Dies impliziert angesichts der hohen Inflation einen realen

Rückgang der Investitionen in neue Produkte und Dienstleistungen.

Der Rückgang der Ausgabenzuwächse für neue Produkte und Dienstleistungen betraf alle Branchen, insbesondere die mittel bis niedrig innovationsintensiven Sektoren. Aber auch in hoch innovativen Bereichen ist der Anteil der Unternehmen, die Ausgabensteigerungen melden, seit dem Höchststand 2021 deutlich gesunken. Trotz der Herausforderungen neigen Unternehmen dazu, ihre Ausgaben langfristig konstant zu halten oder zu erhöhen, wobei in Krisenjahren eine stärkere Persistenz des Ausgabenverhaltens erkennbar ist als in normalen Jahren.

Aufgrund der weltweiten Abschwächung der Industriekonjunktur stieg die unternehmerische Unsicherheit in allen Branchen mit Ausnahme des Dienstleistungssektors über den langjährigen Durchschnitt, was oft zu einer zurückhaltenden Investitionstätigkeit führt. Die Planung der Unternehmensausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen spiegelt die wachsende Unsicherheit wider: 2024 dürfte der Anstieg der Aufwendungen per Saldo deutlich unter dem 10-Jahres-Durchschnitt bleiben.

Der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte oder Dienstleistungen einführen, sank 2022 leicht auf 20,6% und blieb 2023 nahezu stabil. Nach Unternehmensgröße lag der Anteil in allen Größenklassen unter dem Durchschnitt der Vorkrisenjahre. Nach Innovationsintensität der Branche meldeten insbesondere Unternehmen in hoch und mittel innovativen Branchen weniger Produktneueinführungen als im Vorjahr.

Seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie ist die Zahl der von Unternehmen abgeschlossenen Kreditverträge zurückgegangen. Unternehmen, die neue Kredite aufgenommen haben, führten 2023 doppelt so häufig wie andere Unternehmen neue Produkte oder Dienstleistungen ein. Zudem entwickeln sich die Meldungen über Kreditbeschränkungen und die geplanten Ausgaben für neue Produkte und Dienstleistungen asynchron. Die befragten Unternehmen waren 2023 häufiger als im Vorjahr von Kreditbeschränkungen betroffen; 24,6% der Unternehmen meldeten Kreditbeschränkungen in irgendeiner Form. Kleinere Unternehmen waren überproportional betroffen.

8. Literaturhinweise

- Archibugi, D., Filippetti, A., & Frenz, M. (2013). Economic crisis and innovation: Is destruction prevailing over accumulation? *Research Policy*, 42(2), 303-314.
- Ederer, S., & Schiman-Vukan, S. (2023). Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025. *WIFO-Konjunkturprognose*, (4). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71307>.
- Friesenbichler, K., & Hölzl, W. (2024). Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 97(1), 19-27. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/71401>.
- Friesenbichler, K. S., Janger, J., Kügler, A., & Reinstaller, A. (2020). *Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Forschungs- und Innovationsaktivität*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66049>.
- Galindo-Rueda, F., & Verger, F. (2016). OECD Taxonomy of Economic Activities Based on R&D Intensity. *OECD Science, Technology and Industry Working Papers*, (2016/04). <https://doi.org/10.1787/5jlv73sqap8r-en>.
- Geroski, P., Machin, S., & Van Reenen, J. (1993). The profitability of innovating firms. *The RAND Journal of Economics*, 24(2), 198-211.
- Hölzl, W., & Schwarz, G. (2014). Der WIFO-Konjunkturtest: Methodik und Prognoseeigenschaften. *WIFO-Monatsberichte*, 87(12), 835-850. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/50863>.
- Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2023). Konjunkturerwartungen trüben sich ein. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2023. *WIFO-Konjunkturtest*, (5). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70775>.
- Kügler, A., Friesenbichler, K., & Janger, J. (2023). *Innovationen und Investitionen österreichischer Unternehmen in der Krise*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70681>.
- Meghir, C., Ryan, A., & Van Reenen, J. (1996). Job creation, technological innovation and adjustment costs: Evidence from a panel of British firms. *Annales d'Economie et de Statistique*, (41/42), 255-274.
- Peters, B., Dachs, B., Hud, M., & Köhler, C. (2022). Employment and innovation in recessions: Firm-level evidence from European Countries. *Industrial and Corporate Change*, 31(6), 1460-1493.
- Reinstaller, A. (2019). Produkteinführungen österreichischer Unternehmen und Konjunkturschwankungen. *WIFO-Monatsberichte*, 92(3), 173-182. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/61702>.
- Reinstaller, A. (2022). *Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Innovationsfähigkeit von Unternehmen in Österreich*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69398>.
- Statistik Austria (2023). Globalschätzung: Bruttoinlandsausgaben für F&E 2005-2023. Finanzierung der in Österreich durchgeführten Forschung und experimentellen Entwicklung. <https://www.statistik.at/statistiken/forschung-innovation-digitalisierung/forschung-und-experimentelle-entwicklung-fe/forschungsquote-globalschaetzung> (abgerufen am 30. 5. 2023).

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 673/2024** **Assessing the Labour Supply Effect of Harmonising Regular Retirement Age in Austria**
Benjamin Bittschi, Thomas Horvath, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Martin Spielauer, Philipp Warum
- 672/2024** **Impact Evaluation of a New Counselling and Support Programme for Unemployed with Multiple Placement Obstacles**
René Böheim, Rainer Eppel, Helmut Mahringer
- 671/2024** **Active Labour Market Policies: What Works for the Long-term Unemployed?**
Rainer Eppel, Ulrike Huemer, Helmut Mahringer, Lukas Schmoigl
- 670/2024** **Assessing Regional Production Potential to Strengthen the Security of Supply in Strategic Products**
Matthias Firgo, Fabian Gabelberger, Andreas Reinstaller, Yvonne Wolfmayr
- 669/2024** **Designing EU Supply Chain Regulation**
Gabriel Felbermayr, Klaus Friesenbichler, Markus Gerschberger, Peter Klimek, Birgit Meyer
- 668/2023** **Behavioral Responses to Inheritance Taxation. A Review of the Empirical Literature**
Margit Schratzenstaller
- 667/2023** **Can Green Hydrogen Exports Contribute to Regional Economic Development? Exploring Scenarios from the Dutch-Brazilian Green Hydrogen Corridor for the State of Ceará**
Clara Rabelo Caiafa, Amaro Olimpio Pereira, Henny Romijn, Heleen de Coninck
- 666/2023** **Stabilizing Asset Prices through Transition from Continuous Trading to Electronic Auctions**
Stephan Schulmeister
- 665/2023** **Don't Stop Believin'. Heterogeneous Updating of Intergenerational Mobility Perceptions across Income Groups**
Anna Schwarz, Philipp Warum
- 664/2023** **Production Structure, Tradability and Fiscal Spending Multipliers**
Jesús Crespo, Christian Glocker
- 663/2023** **Propagation of Price Shocks to CPI Inflation: The Role of Cross-demand Dependencies**
Christian Glocker, Philipp Piribauer
- 662/2023** **Evolutionary Economic Policy and Competitiveness**
Michael Peneder
- 661/2023** **Energy, Greenhouse Gas Emissions and Climate Policies – Austria and Poland Compared**
Daniela Kletzan-Slamanig, Claudia Kettner
- 660/2023** **Intangible Capital as a Production Factor. Firm-level Evidence from Austrian Microdata**
Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler, Julia Schieber-Knöbl
- 659/2023** **Trade in Times of Uncertainty**
Anna Matzner, Birgit Meyer, Harald Oberhofer
- 658/2023** **Transformation to a Renewable Electricity System in Austria. Insights from an Integrated Model Analysis**
Claudia Kettner, Michael Böheim, Mark Sommer, Robert Gaugl, Udo Bachhiesl, Lia Gruber, Thomas Florian Klatzer, Sonja Wogrin, Kurt Kratena
- 657/2023** **Integrated Power and Economic Analysis of Austria's Renewable Electricity Transformation**
Robert Gaugl, Mark Sommer, Claudia Kettner, Udo Bachhiesl, Thomas Florian Klatzer, Lia Gruber, Michael Böheim, Kurt Kratena, Sonja Wogrin

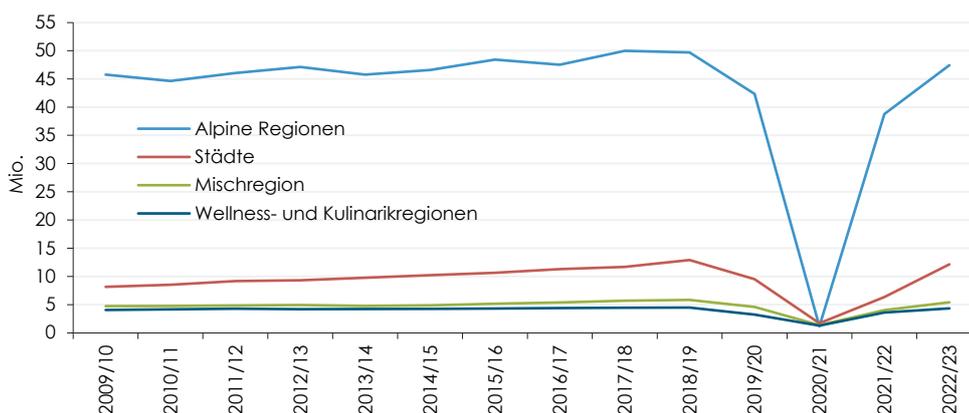
Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers

Herausforderungen des alpinen Wintertourismus in Österreich

Anna Burton, Oliver Fritz (WIFO), Robert Steiger (Universität Innsbruck)

- Der alpine Wintertourismus ist eine wichtige Säule der österreichischen Tourismuswirtschaft. Rund 70% aller Nächtigungen in der Wintersaison entfallen auf alpine Regionen. Zudem geben die Gäste im Winter mehr aus als im Sommer.
- Der Klimawandel stellt den alpinen Skitourismus vor große Herausforderungen, die in Verbindung mit demografischen Veränderungen und einem steigenden Kostendruck die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit dieser für Österreich so wichtigen Tourismussparte in Frage stellen.
- Neben verstärkten Bemühungen zum Klimaschutz, die vor allem auf eine nachhaltigere Mobilität der Gäste bei der An- und Abreise sowie vor Ort abzielen, sind die Wintersportregionen gefordert, ihre Angebote an ein sehr viel wärmeres Klima und entsprechend weniger Schneetage anzupassen.
- Eine solche Anpassung ist vor allem für niedrig gelegene Destinationen in den Alpen dringlich, während höher gelegene Orte mit ausreichend Naturschnee von einer steigenden Nachfrage profitieren könnten.
- Mit dem Klimawandel sind auch Veränderungen in der saisonalen Verteilung der touristischen Nachfrage verbunden: Alpine Regionen bieten den Gästen angesichts der häufiger werdenden Hitzewellen ein angenehmeres Urlaubserlebnis; klassische Sommerurlaubsaktivitäten können zukünftig auch im Frühjahr und Herbst ausgeübt werden.

Entwicklung der Nächtigungen in der Wintersaison nach Regionstyp



"Der in Österreich in den letzten Jahrzehnten so erfolgreiche alpine Wintertourismus steht vor großen Herausforderungen. Nur wenn die Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen gelingt, werden auch in Zukunft Gäste aus dem In- und Ausland in großer Zahl ihren Winterurlaub in Österreich verbringen."

Im Winter (November bis April) entfallen in Österreich typischerweise rund 70% aller Nächtigungen auf alpine Regionen. Damit ist die Nachfrage dort um ein Vielfaches höher als in anderen Regionstypen. Dies unterstreicht die Bedeutung des alpinen Wintertourismus für die österreichische Tourismuswirtschaft (Q: Statistik Austria, Regionszuordnung laut WIFO; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond).

Herausforderungen des alpinen Wintertourismus in Österreich

Anna Burton, Oliver Fritz (WIFO), Robert Steiger (Universität Innsbruck)

Herausforderungen des alpinen Wintertourismus in Österreich

Der alpine Wintertourismus ist einer der Eckpfeiler der österreichischen Tourismuswirtschaft. Angebot und Nachfrage nach Skiurlaub haben sich über Jahrzehnte hinweg positiv entwickelt, sodass Österreich als eines der wenigen Länder in Europa über zwei beinahe gleichwertige Saisonen verfügt. Doch der Tourismus in alpinen Regionen steht vor großen Herausforderungen. Werden sie nicht bewältigt, so ist dies mit negativen Effekten auf volkswirtschaftlicher, noch mehr aber auf regionalwirtschaftlicher Ebene verbunden: Vor allem der Klimawandel, aber auch demografische Veränderungen und höhere Kosten, die mit steigenden Preisen einhergehen, erzwingen eine Anpassung des Angebotes. In der Folge ist auch eine Verschiebung der Nachfrage in Richtung des Sommers und der Nebensaisonen zu erwarten. Klimaschutzbemühungen, in deren Zentrum eine klimafreundliche An- und Abreise der Gäste steht, müssen verstärkt werden.

JEL-Codes: Z30, Z38, Q54, R11 • **Keywords:** Tourismus, Wintersaison, Klimawandel

Begutachtung: Matthias Firgo (Hochschule München, WIFO), Marius Mayer (Hochschule München) •

Wissenschaftliche Assistenz: Sabine Ehn-Fragner (WIFO, sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 4. 3. 2024

Kontakt: Anna Burton (anna.burton@wifo.ac.at), Oliver Fritz (oliver.fritz@wifo.ac.at), Robert Steiger (robert.steiger@uibk.ac.at)

Challenges of Alpine Winter Tourism in Austria

Alpine winter tourism is one of the cornerstones of the Austrian tourism industry. Supply and demand for skiing vacations have increased over the decades, making Austria one of the few countries in Europe to have two seasons of almost equal value. However, tourism in the Alpine regions faces major challenges. If they are not overcome, this will have a negative impact on the national economy, but even more so on the regional economy: climate change in particular, but also demographic changes and higher costs associated with rising prices, are forcing an adjustment of supply. As a result, a shift in demand towards the summer and low seasons is also to be expected. Climate protection efforts, which focus on climate-friendly arrival and departure of guests, must be intensified.

1. Einleitung

Der Tourismus in Österreich weist zwei etwa gleich bedeutende Saisonen auf. Damit ist das Gewicht der Wintermonate wesentlich höher als im europäischen Durchschnitt.

Für die österreichische Tourismuswirtschaft ist die Wintersaison von erheblicher Bedeutung: Knapp die Hälfte aller Nächtigungen und rund 45% der Ankünfte eines Tourismusjahres, das vom November des jeweiligen bis Oktober des darauffolgenden Kalenderjahres reicht, entfielen bis zur COVID-19-Pandemie auf die Monate November bis April. Damit kann Österreich im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Urlaubsländern auf zwei relativ gleich bedeutende Saisonen bauen und die touristische Infrastruktur das gesamte Jahr über nutzen.

Mit rund 70% konzentriert sich ein großer Teil der Nachfrage im Winter auf die alpinen Regionen und ihre Wintersportangebote. Laut einer rezenten Gästebefragung für die laufende Wintersaison 2023/24 ist Wintersporturlaub im Schnee für Gäste aus den 10 wichtigsten Quellmärkten des Wintertourismus, auf die im Vorjahr 82% aller Ankünfte entfielen, eine der beliebtesten Urlaubsarten (Ausnahme Vereinigtes Königreich; Österreich Werbung, 2023c). Nachdem die Gäste pro Urlaubstag im Winter im Durchschnitt um

rund 25% mehr ausgeben als im Sommer, dürfte auch die touristisch induzierte Wertschöpfung im Winter höher sein. Zudem ist der Anteil der internationalen Nachfrage am Gesamtnächtigungsaufkommen in der Wintersaison ausgeprägter als im Sommer (Winter 2022/23: 77,2%, Sommer 2023: 70,5%). Dies ist aus zwei Gründen relevant: Zum einen geben ausländische Gäste tendenziell mehr für ihren Urlaub aus als Binnenreisende, zum anderen nächtigen sie länger (im Winter 2022/23 im Durchschnitt 4,0 Nächte; Binnenreisende 2,8 Nächte). Damit steigen auch die Nebenausgaben. Die Tourismusnachfrage erzeugte in Österreich im Kalenderjahr 2019 direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von nominell 30,3 Mrd. € (7,6% des BIP; Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft, 2023). Nach einer Schätzung des WIFO ergäbe sich ausgehend von dieser jährlichen Datenbasis eine nominelle Wertschöpfung von 15,4 Mrd. € in der Wintersaison 2018/19.

Über die volkswirtschaftliche Bedeutung hinaus sorgt die Tourismuswirtschaft für einen

Ausgleich regionaler Disparitäten in den Einkommens- und Beschäftigungschancen: Da viele Tourismusregionen für Industrie und wissensintensive Dienstleistungen eher ungünstige Standortbedingungen aufweisen, hängt ihre regionale Wertschöpfung in erheblichem Maße von einer erfolgreichen Tourismuswirtschaft als Exportbasis ab (siehe z. B. Firgo & Mayerhofer, 2016). Der Tourismus sichert in peripheren Regionen neben der (alpinen) Landwirtschaft das Auskommen eines Großteils der Bevölkerung, was der Abwanderung entgegenwirkt und den Standort wirtschaftlich stärkt.

Gerade im alpinen Raum steht der Wintertourismus jedoch vor großen Herausforderungen, die in vielen Regionen bereits erkannt wurden, deren Bewältigung aber keinesfalls gesichert scheint. Neben dem Klimawandel, der die Schneesicherheit immer mehr gefährdet (Steiger et al., 2021), sind es vor allem demografische Veränderungen, welche die Nachfrage negativ beeinflussen könnten (Steiger, 2012). Aber auch die Leistbarkeit eines Winterurlaubs in den österreichischen Alpen und damit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Tourismuswirtschaft stehen in der Öffentlichkeit zunehmend in Frage!).

2. Langfristige Entwicklung des Wintertourismus in Österreich

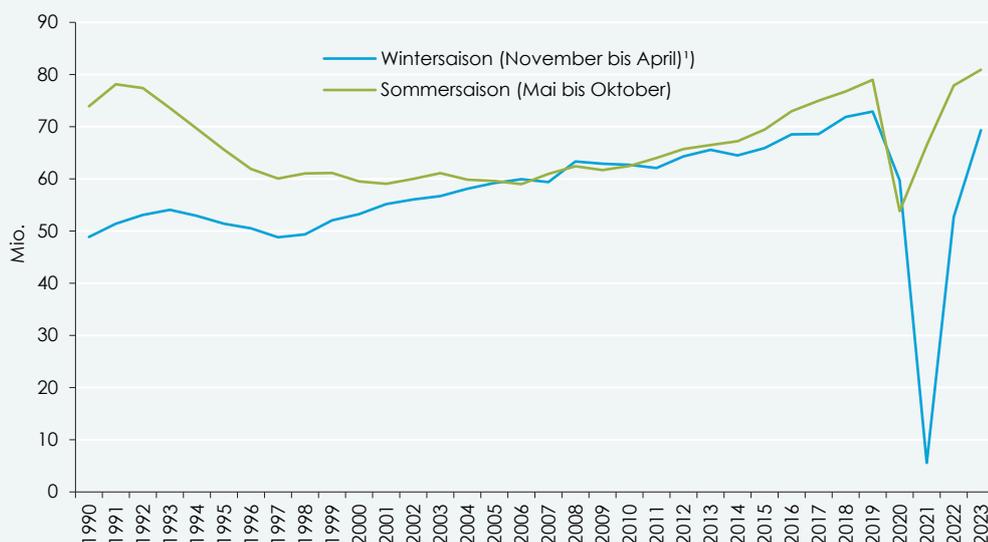
2.1 Die steigende Bedeutung des alpinen Wintertourismus und die Rückkehr der Sommersaison

Die Tourismusnachfrage in den Sommersaisonen war in Österreich trotz einer Schwäche in den 1990er-Jahren langfristig relativ konstant. 1990/2019 lag sie bei durchschnittlich 66,1 Mio. Nächtigungen, das durchschnittliche jährliche Wachstum betrug 0,2%. Die touristische Nachfrage nach Winterurlaub in Österreich stieg im selben Zeitraum hingegen stetig an (1989/90 bis 2018/19 durchschnittlich +1,4% p. a.), und zwar gleichermaßen bei Binnenreisenden als auch bei internationalen Gästen (jeweils

+1,4% p. a.). In der Wintersaison 2022/23 war die Zahl der Nächtigungen mit 72,9 Mio. um fast die Hälfte (49,3%) höher als noch im Winter 1989/90 (48,8 Mio.; Abbildung 1). Nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 hatte sich die Nachfrage im Sommer jedoch dynamischer entwickelt als im Winter (durchschnittliches jährliches Wachstum der Nächtigungen in den Wintersaisonen 2009/10 bis 2018/19 1,3%, Sommer 2010 bis Sommer 2019: 2,2%); dieser Trend verstärkte sich in Folge der COVID-19-Pandemie, die Nächtigungslücke zwischen Sommer und Winter hat sich seither zugunsten der Sommersaison vergrößert.

Die Nachfrage nach Winterurlaub nahm in Österreich in den letzten 30 Jahren stetig zu. Der Sommertourismus ist nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 deutlich wiedererstarkt.

Abbildung 1: Langfristige Entwicklung der Nächtigungen in Österreich



Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Die Jahresangabe bezeichnet jeweils das Endjahr der zugehörigen Monate (z. B. 2023 . . . Winter 2022/23).

¹⁾ Siehe z. B. <https://www.skigebiete-test.de/skimagazin/steigende-preise-ist-der-skiurlaub-noch-finanzierbar.htm> oder eine aktuelle Veröffentlichung

des Momentum Institutes (<https://www.moment.at/story/wer-kann-sich-skifahren-noch-leisten/>).

Gerade im alpinen Raum, auf den in Österreich ein Großteil der Nachfrage entfällt, steht der Wintertourismus vor wachsenden Herausforderungen.

Angesichts des Klimawandels steht die langfristige wirtschaftliche Nachhaltigkeit des Ausbaus von Pisteninfrastruktur zunehmend in Frage.

2.2 Alpiner Wintertourismus in Österreich

Alpine Regionen spielen im österreichischen Wintertourismus vor allem durch ihre Winter-sportangebote eine wesentliche Rolle – Österreich ist traditionell auf den "Skitourismus" ausgerichtet (Bausch & Gartner, 2020). In der letzten Wintersaison 2022/23 entfielen auf alpine Regionen²⁾ mit 47,4 Mio. Nächtigungen mehr als zwei Drittel der Gesamtnachfrage. Obwohl der Alpentourismus in Österreich demnach ein hohes Gewicht einnimmt, trug er in den letzten Jahren nur bedingt zum Wachstum des Wintertourismus bei: Seit der Wintersaison 2009/10 wuchsen die Nächtigungen zwar um insgesamt 3,7%, jedoch nahm die Nachfrage in Regionen mit Wellness- und Kulinarikangeboten (+6,8%), mit gemischtem touristischem Angebot (+14,1%) und vor allem in Städten (+49,2%) wesentlich stärker zu (Österreich insgesamt +10,6%). Die Nachfrage inländischer Gäste lag in alpinen Regionen im Winter 2022/23 sogar leicht unter dem Nächtigungsniveau von 2009/10 (-1,2%). Allerdings entfielen 2022/23 lediglich 37,4% der bundesweiten Übernachtungen von Binnenreisenden auf alpine Regionen – bei ausländischen Gästen waren es dagegen über drei Viertel. Damit stellen ausländische Gäste einen wesentlich größeren Teil der touristischen Nachfrage in alpinen Regionen, zumindest hinsichtlich der Nächtigungen.

Die zahlreichen Tagesgäste aus der Region bzw. den in- wie ausländischen Nachbarregionen werden von der amtlichen Nächtigungsstatistik jedoch nicht erfasst. Alternativ können Daten zu Skier Days³⁾ bzw. Gästebefragungen analysiert werden, die sowohl nächtigende Gäste als auch Tagesgäste berücksichtigen. Demnach ist Österreich jene Destination mit den weltweit meisten ausländischen Skifahrer:innen; in der letzten vollständigen Wintersaison vor der Pandemie (2018/19) wurden insgesamt über 55 Mio. Skier Days registriert. Damit erzielte

Österreich die zweithöchste Zahl an skifahrenden Gästen hinter den USA (Vanat, 2023).

Diese Spitzenposition hat sich Österreich in den letzten Jahrzehnten durch großflächige Investitionen in das alpine Wintersportangebot einiges kosten lassen. So wurden in der letzten Dekade 6 Mrd. € in neue Infrastruktur investiert und in den Jahren 2000 bis 2020 746 neue Lifтанlagen gebaut bzw. alte Lifte erneuert (Vanat, 2023). Im selben Zeitraum wurden durchschnittlich 140 Mio. € pro Jahr in Beschneiungsanlagen investiert, wodurch Österreichs Skigebiete mit 75% der Pistenfläche (oder 16.590 ha) nach Südtirol den im internationalen Vergleich größten Anteil an beschneibaren Pisten aufweisen (Wirtschaftskammer Österreich, Fachverband Seilbahnen, 2024). Investitionen in neue Beschneiungs- und Lifтанlagen werden aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen durchgeführt, um das Potenzial an (internationaler) Nachfrage weiter auszuschöpfen, die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und somit künftige Erlöse sicherzustellen.

Die langfristige wirtschaftliche Nachhaltigkeit solcher Investitionen steht angesichts des fortschreitenden Klimawandels jedoch immer mehr in Frage. Er erschwert zunehmend auch die Beschneigung, weshalb klimatische Bedingungen und Klimaprognosen verstärkt in Investitionsentscheidungen einfließen (siehe dazu Kapitel 3.3.1). Zudem spielt die Höhenlage der Skigebiete eine immer größere Rolle für die Schneesicherheit. Im internationalen Vergleich schneiden Österreichs Skigebiete dabei ähnlich ab wie die europäische Konkurrenz: Hierzulande gibt es acht Skigebiete, deren höchster Punkt bei oder über 3.000 m Seehöhe liegt, in Frankreich sind es neun, in Italien zehn, in der Schweiz zwölf. Wesentlich ist jedoch eher der Durchschnitt; in gut zwei Drittel aller österreichischen Skigebiete liegt der höchste Punkt unter 1.700 m⁴⁾.

3. Einflussfaktoren der zukünftigen Nachfrage nach alpinem Wintertourismus

3.1 Demografischer Wandel

Das Urlaubsverhalten und damit die Destinationwahl werden sich durch die für Europa prognostizierten demografischen Entwicklungen verändern. Dies betrifft auch den

alpinen Wintertourismus. In Deutschland, dem wichtigsten ausländischen Herkunftsmarkt im österreichischen Tourismus, ist ein Bevölkerungsrückgang in den nächsten 50 Jahren nicht ausgeschlossen. Zugleich wird in fast allen europäischen Ländern der

²⁾ Regionstypen (Zuordnung laut WIFO): **Alpine Regionen:** Oberkärnten, Liezen, Lungau, Pinzgau-Pongau, Außerfern, Großraum Innsbruck (ohne Innsbruck-Stadt), Osttirol, Tiroler Ober- und Unterland, Bludenz-Bregenzer Wald); **Städte bzw. städtische Regionen:** 9 Landeshauptstädte, Wiener Umland – Nord- und Südteil, Großraum Graz (ohne Graz-Stadt), Region Linz-Wels (ohne Linz-Stadt). **Mischregionen:** Mostviertel-Eisenwurzen, Großraum Sankt Pölten (ohne Sankt Pölten-Stadt), Region Klagenfurt-Villach (ohne Klagenfurt-Stadt), Unterkärnten, östliche Obersteiermark, westliche Obersteiermark, Steyr-Kirchdorf, Traunviertel,

Salzburg und Umgebung (ohne Salzburg-Stadt), Rheintal-Bodenseegebiet (ohne Bregenz). **Wellness- und Kulinarikregionen:** Mittel-, Nord- und Südburgenland, Niederösterreich Süd, Waldviertel, Weinviertel, Oststeiermark, West- und Südsteiermark, Innviertel, Mühlviertel.

³⁾ Bei Skier Days werden die Gäste gezählt, die an einem bestimmten Tag das erste Mal eine Lifтанlage nutzen, d. h. auch bei mehrmaliger Beförderung wird pro Gast nur ein "Skier Day" gerechnet.

⁴⁾ Siehe dazu <https://www.skiresort.at/skigebiete/>.

Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, die tendenziell seltener Wintersport treiben, zunehmen. Auch der Anteil der über 65-Jährigen wird steigen.

Steiger (2012) unterscheidet in diesem Zusammenhang drei Arten von Faktoren, die für den Tourismus von Relevanz sind:

- Der **Alterseffekt** ist mit einem altersbedingten Rückzug aus verschiedenen touristischen Aktivitäten verbunden;
- der **Kohorteneffekt** kann dem entgegenwirken, da das Urlaubsverhalten über die Alterskohorten bzw. Generationen hinweg relativ konstant bleibt;
- der **Periodeneffekt** fasst all jene Ereignisse zusammen, die über eine Veränderung der wirtschaftlichen (z. B. Einkommensverluste durch Rezessionen, hohe Inflation), politischen (z. B. Ausbruch des Ukraine-Krieges) oder sonstigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (z. B. Ausbruch einer Pandemie) das Reiseverhalten maßgeblich beeinflussen. Der Periodeneffekt dürfte vor allem angesichts des Klimawandels längerfristig von Bedeutung bleiben.

Der Alterseffekt könnte die künftige Nachfrage nach alpinen Wintersportdestinationen dämpfen. Wie Foot (2004) bemerkte, könnten bestimmte sportliche Aktivitäten wie der alpine Skilauf aufgrund der demografischen Alterung an Bedeutung verlieren. Eine mögliche Anpassungsstrategie der Wintersportdestinationen bestünde darin, Aktivitäten zu forcieren, die auch in höherem Alter in den Bergen ausgeübt werden können (z. B. Schneeschuhwandern). Wie Bausch und Gartner (2020) auf Basis eines Vergleichs wichtiger europäischer Wintersportdestinationen zeigen, hat Österreich hier noch Nachholbedarf.

Der Kohorteneffekt birgt Potenziale wie auch Risiken für den alpinen Wintertourismus: Einerseits dürften Personen, die derzeit alpinen Wintersport betreiben, dies auch im höheren Alter tun, solange der Gesundheitszustand dies zulässt; andererseits könnte der unter Jüngeren beobachtete Bedeutungsverlust von Wintersportaktivitäten auch in älteren Kohorten schlagend werden. Wie unterschiedliche Daten zeigen, ist in Österreich die Partizipation der Gesamtbevölkerung am alpinen Skisport in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen und liegt nun zwischen einem Viertel⁵⁾ und einem Drittel (Vanat, 2023). Der Anteil der 14- bis 25-Jährigen, die mindestens einmal im Jahr Ski fahren, ist laut einer Studie der Österreich Werbung (2023b) derzeit aber noch knapp doppelt so hoch (52%) und im Westen Österreichs deutlich höher als im Osten. Dies ist unter anderem dem Umstand geschuldet,

⁵⁾ Siehe dazu <https://www.diepresse.com/6239843/nur-noch-jeder-vierte-faehrt-in-oesterreich-jedes-jahr-ski>.

dass Österreich weltweit das einzige Land ist, in dem regelmäßig Schulsikurse angeboten werden (Vanat, 2023), wenngleich im Winter 2018/19 lediglich 14,5% der Schüler:innen daran teilnahmen⁶⁾.

Zellmann und Mayerhofer (2018) publizierten Umfragedaten, nach denen sich der Anteil der Nicht-Skiläufer:innen in Österreich seit den 1980er-Jahren tatsächlich von 42% auf 63% erhöht hat. Welchen Anteil an der touristischen Nachfrage jene Personen gestellt hatten, die den Skilauf aufgegeben haben, ist nicht bekannt – vermutlich haben zunächst jene Personen die Ausübung des Sports eingestellt, die schon davor weniger aktiv gewesen waren bzw. aufgrund von Einkommensbeschränkungen seltener Urlaubsreisen unternommen hatten.

Zur Erklärung der sinkenden Teilnahme am alpinen Wintersport gibt es einige plausible Hypothesen, die in der Fachliteratur bereits thematisiert wurden, für die aber noch ausreichende empirische Belege fehlen:

- Aufgrund des Klimawandels herrschen seltener winterliche Bedingungen, vor allem in bevölkerungsreichen urbanen Regionen bzw. in vielen stadtnahen ländlichen Regionen (z. B. den Ausläufern der Ostalpen im Wiener Umland). Dies erschwert die regelmäßige Ausübung von Wintersport in Wohnortnähe. Damit erlernen vor allem Kinder in nicht-alpinen Regionen seltener das Skifahren und wenden sich im Winter anderen Sportarten zu, womit der Anteil der aktiven Wintersportler:innen in jüngeren Kohorten sinkt. Einige Destinationen haben bereits darauf reagiert und versuchen, diesem Trend entgegenzuwirken. So werden z. B. in Kärnten Übungslifte in Stadtnähe betrieben (Michel, 2020).
- Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung steigt sowohl in Österreich als auch in den wichtigsten Quellmärkten für den heimischen Tourismus – in Österreich und Deutschland liegt er bereits bei über 25%. Im Gegensatz zu anderen Sportarten wie Fußball dürfte die Neigung zu Wintersportaktivitäten in dieser Gruppe geringer sein; dazu kommt das unterdurchschnittliche Einkommen in dieser Bevölkerungsgruppe. Auch aus dem Grund könnte der Anteil der aktiven Wintersportler:innen an der Gesamtbevölkerung tendenziell zurückgehen (Witting & Schmude, 2019).
- Ob ein durch Zuwanderung getriebener absoluter Bevölkerungszuwachs den Rückgang der aktiven Wintersportler:innen kompensieren kann, bleibt offen. In Österreich dürfte das nicht der Fall sein: Die Zahl der Nächtigungen von

⁶⁾ Siehe dazu <https://www.derstandard.at/story/2000145032629/schulsikurse-als-hoffnungsschimmer-fuer-den-ski-tourismus>.

Durch den demografischen Wandel werden sich das Urlaubsverhalten und die Destinationswahl der Gäste verändern.

Bestimmte Wintersportaktivitäten wie der alpine Skilauf könnten aufgrund der demografischen Alterung an Bedeutung verlieren.

Die Urlaubsausgaben lasten mittlerweile schwerer auf dem Haushaltsbudget als in früheren Jahren.

- Binnenreisenden in heimischen alpinen Regionen ist seit der Wintersaison 2009/10 um 1,2% gesunken, obwohl die Bevölkerung zwischen 2009 und 2022 um 8,5% gewachsen ist. Die Zahl der Nächtigungen deutscher Gäste stieg hingegen im selben Zeitraum um 0,5% (bei einem Bevölkerungszuwachs von 3,1%).
- Skurlaube gelten als teuer, so dass mehr und mehr Gäste aus Kostengründen darauf verzichten bzw. zunehmend andere Aktivitäten im In- oder Ausland bevorzugen. Empirische Belege dafür werden im folgenden Kapitel analysiert.
 - Skitourismus hat sich in Österreich über die Jahre zu einem Massenphänomen entwickelt, das bestimmte Personengruppen abschreckt. Die große Zahl an Skifahrer:innen auf den Pisten sowie sich verändernde klimatische Bedingungen (siehe dazu Kapitel 3.3) erfordern mehr künstliche Beschneigung, welche auch die Pistenbedingungen verändert. Dies könnte erklären, warum Skitouren, die ein intensiveres Naturerlebnis bieten, immer beliebter werden, vor allem, aber nicht nur unter Einheimischen.

3.2 Preisliche Wettbewerbsfähigkeit

Gerade hinsichtlich des alpinen Wintertourismus wird hierzulande zunehmend über die Leistbarkeit diskutiert. Strandurlaube oder Städtereisen ins Ausland werden häufig als preisgünstigere Alternativen für die Wintersaison wahrgenommen⁷⁾. Bei der empirischen Validierung dieser Wahrnehmung wird zwischen der jüngeren Vergangenheit und der längerfristigen Entwicklung unterschieden.

Seit Ausbruch des Ukraine-Krieges war in Österreich ein massiver Anstieg des allgemeinen (Verbraucher-)Preisniveaus zu beobachten. Mit 7,8% im Jahresdurchschnitt 2023 war die Inflation deutlich höher als im europäischen Durchschnitt (HVPI EU 27 +6,4%). Die Preise von Dienstleistungen mit dem höchsten Anteil an den gesamten Urlaubsausgaben (Beherbergung, Gastronomie sowie Seilbahnen) stiegen überproportional an (Abbildung 2). Zudem erhöhten sie sich im Fall der Beherbergung und Gastronomie stärker als im Durchschnitt der EU 27 und als in anderen wichtigen europäischen Urlaubsländern: In Österreich verteuerten sich

die beiden Bereiche zwischen Dezember 2019 und Dezember 2023 um jeweils rund 33%, im EU-Durchschnitt dagegen nur um 22,2% (Gastronomie) bzw. 23,5% (Beherbergung)⁸⁾.

Die Ausgaben für einen Urlaub in Österreich lasten also mittlerweile tatsächlich deutlich stärker auf dem Haushaltsbudget als in früheren Jahren. Anzumerken ist, dass keine Informationen zu regionalen Preisunterschieden vorliegen. Darüber hinaus sind die Preissteigerungsraten im Winter und Sommer zwar sehr ähnlich, vorhandene Daten weisen jedoch auf Unterschiede im saisonalen Preisniveau hin: So lag der heimische Verbraucherpreisindex für Übernachtungen in Hotels, Ferienwohnungen und Privatquartieren im Durchschnitt der Wintersaisonen 2008/09 bis 2018/19 im Dezember und Februar um rund 5% über dem Niveau der jeweiligen Sommermonate Juli und August.

Blickt man auf die Entwicklung seit 2008 zurück (Abbildung 2), so lagen die Preissteigerungen für heimische Tourismusdienstleistungen ebenfalls über der durchschnittlichen Inflationsrate. Auch Treibstoffe für die Anreise mit dem Auto verteuerten sich überdurchschnittlich, die Preiserhöhung für eine Skiausstattung war hingegen relativ moderat. Alternative Reiseziele wurden preislich attraktiver: Flug- und Auslandspauschalreisen blieben in ihrer Preisentwicklung deutlich hinter der allgemeinen Inflationsrate zurück.

Der kräftige Preisanstieg in der Beherbergung und Gastronomie dürfte – neben einem Anstieg der weit unter dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt liegenden Löhne und Gehälter im Tourismus – maßgeblich der wachsenden Nachfrage nach Urlaub in Österreich zuzuschreiben sein, zumal die Zahl der Nächtigungen seit 2008 um rund ein Fünftel zugenommen hat. Da jedoch das nominelle Haushaltseinkommen in Österreich im selben Zeitraum noch stärker gestiegen ist als die Preise im Tourismus, wurde ein (Winter-)Urlaub im eigenen Land zwar relativ zu vielen anderen Gütern und Dienstleistungen des Warenkorbs teurer, die Preiserhöhungen konnten jedoch durch Einkommenszuwächse kompensiert werden. Aufgrund des gestiegenen Einkommens konnte also trotz der Verteuerung des Inlandsurlaubs das gewohnte Niveau gehalten werden.

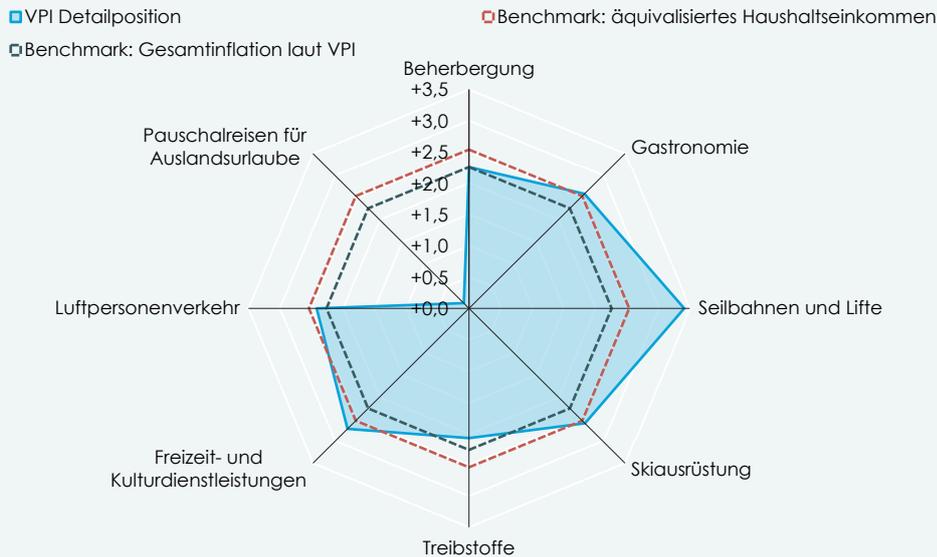
⁷⁾ Siehe z. B. Medienberichte der Zeit (<https://www.zeit.de/zett/2019-02/wie-skifahren-immer-mehr-zu-einem-sport-fuer-reiche-wird>) oder der Augsburger Allgemeinen (<https://www.augsburger-allgemeine.de/panorama/kommentar-volkssport-ade-skifahren-wird-immer-mehr-zum-luxusgut-id68646341.html>).

⁸⁾ Die Preismessung im Beherbergungswesen schließt jedoch auch Übernachtungen in ausländischen Unterkünften (als Teil des nationalen Warenkorbs) ein,

was den Ländervergleich verzerrt. Die durchschnittliche jährliche Veränderung des VPI für Übernachtungen in inländischen Unterkünften lag in Österreich 2008/2019 um 0,6 Prozentpunkte über dem Vergleichswert des gesamten Beherbergungswesens, der auch Übernachtungen im Ausland miteinschließt. Dies weist auf ein noch deutlicheres Auseinanderklaffen der Preisentwicklung in Österreich und in anderen europäischen Ländern hin.

Abbildung 2: **Langfristige Preisentwicklung touristisch relevanter Positionen des österreichischen Verbraucherpreisindex (VPI)**

Durchschnittliche jährliche Veränderung 2008/2022 in %



Q: Statistik Austria, Verbraucherpreisindex (Basis 2000), EU-SILC; WIFO-Berechnungen. Verwendungsart nach COICOP-Klassifikation (Classification of Individual Consumption by Purpose).

Österreich steht als Urlaubsland in Konkurrenz zu anderen Ländern – im Winter wie im Sommer. Neben den national und regional unterschiedlichen Angeboten spielt dabei auch der Preis eine nicht unerhebliche Rolle. Die überdurchschnittlichen Inflationsraten in der heimischen Gastronomie und Hotellerie in den Jahren vor der COVID-19-Pandemie wirkten sich negativ auf das relative Preisniveau aus: Lag dieses 2008 noch um 6,4% über dem EU-Durchschnitt, so erhöhte sich die Differenz bis 2020 auf 13,5%. Damit wurde Österreich nach Frankreich (+21,5% gegenüber dem EU-Durchschnitt) zum zweit teuersten Haupturlaubsland in Europa (Italien +2,9%, Spanien -11,3%, Kroatien -20,3%, Griechenland -14,0%). Zudem sanken in den Jahren 2000 bis 2019 die Flugpreise um insgesamt 3,2% und verteuerten sich erst durch die Pandemie (2019/2023 insgesamt +9,0%).

Rückschlüsse auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im alpinen Wintertourismus lassen sich daraus nur mit größter Vorsicht ziehen: Zum einen sind die Daten unvollständig; so fehlen Informationen zur Entwicklung des Preisniveaus in der Schweiz oder in Südtirol, den Hauptkonkurrenten Österreichs im alpinen Wintertourismus, wie auch saisonale Daten; zum anderen werden die Preisindizes kaum um Qualitätsverbesserungen (Ersatz von Schleppliften durch moderne Sessellifte, Einrichtung von Wellnessbereichen in Hotels usw.) bereinigt. Die hohe und steigende Nachfrage nach Winterurlaub in Österreichs alpinen Regionen lässt darauf schließen, dass die Qualität des Angebotes, im Zusammenspiel mit dem steigenden Wohlstand, ausschlaggebender ist als der Preis, und

Auslandsreisen in den Süden für viele winter-sportaffine Gäste bisher keine Alternative darstellen.

3.3 Einfluss des Klimawandels auf den alpinen Tourismus

3.3.1 Auswirkungen des Klimawandels

Das Klima in Österreich hat sich im Zeitraum 1989 bis 2018 im Vergleich zur Periode 1850 bis 1900 um 1,8 °C erwärmt (Olefs et al., 2021). Damit war die Erwärmung um rund 20% kräftiger als die durchschnittliche globale Erwärmung über Landmassen (Intergovernmental Panel on Climate Change, 2019). Ein Grund für die schnellere Erwärmung ist die Zunahme der Sonneneinstrahlung (Scherrer & Begert, 2019). Saisonal gesehen ist die Durchschnittstemperatur in den Wintermonaten am stärksten gestiegen (+2,3 °C; Olefs et al., 2021). Analog dazu hat sich in Österreich die mittlere Schneehöhe um 30% bis 90% verringert (oberhalb von 1.000 m um 60%), während die Zahl der Tage mit durchgehender Schneedecke zwischen 1961 und 2016 um durchschnittlich 44 Tage abgenommen hat (Olefs et al., 2021).

Daten zur vergangenen Entwicklung der Dauer der Skisaisonen liegen nur für Gletscherskigebiete im Sommerhalbjahr (Abegg & Mayer, 2023; Mayer & Abegg, 2024), nicht jedoch flächendeckend vor. Fallstudien zeigen, dass sich die Skisaisonen im Winterhalbjahr seit Ende der 1980er-Jahre zum Teil verlängert haben, so z. B. in Kitzbühel. Dies ist das Ergebnis der zunehmenden und intensivierten Beschneigung und – im speziellen Fall

Wie die anhaltend lebhaftere Nachfrage nach Winterurlaub in Österreich zeigt, ist die Qualität des Angebotes ausschlaggebender als der Preis.

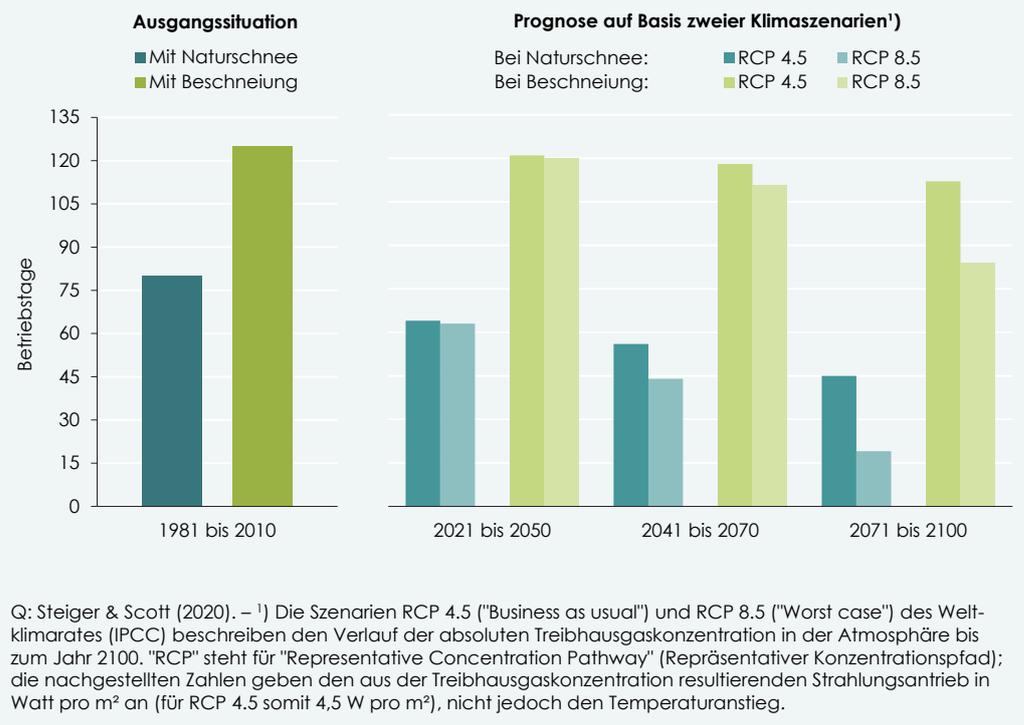
Studien zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Skitourismus zeigen für Österreich eine deutliche Verkürzung der Skisaison

Kitzbühels – auf die Verwendung von Schneedepots zurückzuführen (Aigner, 2022). Aus diesem Grund erlaubt die vergangene Entwicklung der Saisonlänge keinen Rückschluss auf klimatische Veränderungen. Das Beispiel Kitzbühels verdeutlicht aber zugleich das Anpassungspotenzial der Branche.

Klimamodelle prognostizieren eine Erwärmung um 1,3 °C bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts (im Vergleich zur Periode 1971 bis 2000). Für das Ende des Jahrhunderts zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen einem moderaten Emissionsszenario (Repräsentativer Konzentrationspfad – RCP 4.5; +2,1 °C) und einem Szenario, das von hohen Emissionen ausgeht (RCP 8.5; +4,0 °C; Olefs et al., 2021).

Studien zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Skitourismus zeigen für Österreich eine deutliche Verkürzung der Skisaison (Abbildung 3). Die Naturschneesaison war hierzulande bereits im Referenzzeitraum 1981/2010 mit im Durchschnitt 80 Tagen recht kurz. Dies verdeutlicht die wachsende Bedeutung der Beschneigung. Im Zeitraum 2021/2050 dürfte die Naturschneesaison um rund 20% kürzer sein als in der Referenzperiode, 2041/2070 um 30% bis 45% (je nach Emissionsszenario) und in der Periode 2071/2100 um 44% bis 76% (Steiger & Scott, 2020). Mit aktueller Beschneigungstechnologie lässt sich die Saison auf 125 Tage verlängern. Jedoch bewirkt der Klimawandel auch in diesem Fall eine Verkürzung um rund 3% (2021/2050), 6% bis 11% (2041/2070) bzw. 10% bis 33% (2071/2100).

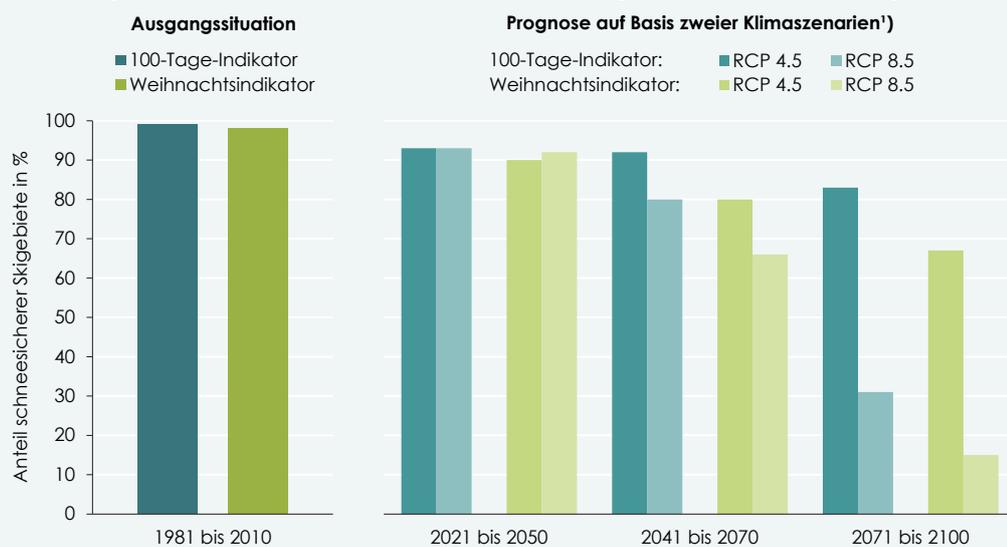
Abbildung 3: **Auswirkung von Beschneigungsmaßnahmen auf die Dauer der Skisaison in Österreich**



Relevanter als die mittlere Verkürzung der Skisaison ist allerdings der Anteil der schneesicheren Skigebiete. Abbildung 4 misst die Schneesicherheit anhand zweier, in der wissenschaftlichen Literatur etablierter Indikatoren: der 100-Tage-Indikator gibt an, ob die Skisaison mindestens 100 Tage dauert (Abegg, 1996), der "Weihnachtsindikator", ob ein Skibetrieb über die Weihnachtsferien möglich ist (Scott et al., 2008). Ein Skigebiet gilt als schneesicher, wenn es diese Voraussetzungen in mindestens sieben von zehn Jahren erfüllt. Im Referenzzeitraum 1981/2010 wären mit aktueller Beschneigungstechnologie fast alle österreichischen Skigebiete als schneesicher zu bezeichnen gewesen. Der entsprechende Anteil wird jedoch

in den nächsten Jahrzehnten abnehmen, gemessen am Weihnachtsindikator stärker als laut 100-Tage-Indikator. Im Zeitraum 2041/2070 wären demnach je nach Emissionsszenario noch 80% bis 92% der heimischen Skigebiete schneesicher (100-Tage-Indikator), zu Weihnachten nur noch 66% bis 80%. Ein Teil der österreichischen Skigebiete muss demnach alternative Lösungen für einen schwieriger werdenden Winterbetrieb finden (siehe Kapitel 3.2.2), weil es mancherorts technisch nicht mehr möglich sein dürfte, ausreichend zu beschneien. Doch auch in hoch gelegenen Skigebieten ergeben sich Herausforderungen, vor allem in Bezug auf den Rückzug des Permafrosts und der Gletscher.

Abbildung 4: **Schneesicherheit von österreichischen Skigebieten mit Beschneigung**



Q: Steiger & Scott (2020). – ¹⁾ Die Szenarien RCP 4.5 ("Business as usual") und RCP 8.5 ("Worst case") des Weltklimarates (IPCC) beschreiben den Verlauf der absoluten Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre bis zum Jahr 2100. "RCP" steht für "Representative Concentration Pathway" (Repräsentativer Konzentrationspfad); die nachgestellten Zahlen geben den aus der Treibhausgaskonzentration resultierenden Strahlungsantrieb in Watt pro m² an (für RCP 4.5 somit 4,5 W pro m²), nicht jedoch den Temperaturanstieg. 100-Tage-Indikator: ein Skigebiet gilt als schneesicher, wenn in einer Wintersaison an mindestens 100 Tagen eine Schneedecke von zumindest 30 cm vorhanden ist. Weihnachtsindikator: ein Skibetrieb über die Weihnachtsferien ist möglich.

Zunehmend mehr Skigebiete werden Probleme haben, den Skibetrieb über Weihnachten sicherzustellen. Gleichzeitig dürfte es selbst in einem pessimistischen Klimaszenario auch gegen Ende des 21. Jahrhunderts noch möglich sein, in Österreich skizufahren, jedoch in deutlich weniger Skigebieten als heute. Die in Abbildung 4 dargestellten Werte besagen nichts über die Wirtschaftlichkeit der Beschneigung, sondern geben ausschließlich die Schneesicherheit für den Fall an, dass alle heimischen Skigebiete mit der modernsten Beschneigungstechnik ausgestattet wären. Welche Skigebiete tatsächlich in der Lage wären, die dafür notwendigen Investitionen und operativen Kosten zu stemmen, ist allerdings offen.

Eine offene Frage ist auch, wie die Nachfrage auf schneearme Winter reagiert. Die Gästezahlen in den Skigebieten schwanken in dieser Hinsicht stärker als die Zahl der Übernachtungen (Falk, 2010; Steiger, 2011), vermutlich deshalb, da sie auch Tagesgäste berücksichtigen, die spontaner auf Wetter und Schneefall reagieren können als Urlaubsgäste. Aufgrund der kontinuierlichen Investitionen in die Beschneigung kann von vergangenen Nachfragerückgängen kaum auf künftige Entwicklungen geschlossen werden, da die Skigebiete einen Naturschneemangel heute besser ausgleichen können als früher.

Allerdings zeigen Studien zu den Gästepräferenzen, dass das Vorhandensein von Naturschnee immer noch eine große Rolle für

die Wahl der Destination spielt, obwohl der Betrieb beschneiter Pisten größtenteils auch ohne Naturschnee sichergestellt ist. Solange Skigebiete existieren, die auch ohne Beschneigung eine weiße Landschaft bieten können, dürften die Gäste diese Destinationen präferieren. Solche Skigebiete wird es auch künftig noch geben; der Druck auf Skigebiete ohne Naturschnee dürfte tendenziell zunehmen (Steiger et al., 2020b; Steiger et al., 2023).

3.3.2 Anpassung an den Klimawandel

Die aufgrund des Klimawandels notwendigen Anpassungsmaßnahmen lassen sich unterteilen in die Absicherung des Skibetriebs, die Ermöglichung alternativer Winteraktivitäten, die nicht auf Schnee angewiesen sind, und die Stärkung des Sommer- bzw. Ganzjahresbetriebs.

Der Skibetrieb kann künftig mit Beschneigung weiter gesichert werden, Machbarkeit und Kosten sind allerdings stark von den lokalen Verhältnissen abhängig. Eine Abschätzung des Klimarisikos kann hierbei eine wichtige Entscheidungsgrundlage liefern. So wurde etwa 2016 in Annaberg (Niederösterreich) ein Skigebiet teilweise stillgelegt, wodurch Kosten und Beschneigungsressourcen eingespart werden konnten (Redl, 2024). Damit konnte die Beschneigung im restlichen Skigebiet ausgebaut und die Schneesicherheit erhöht werden.

Da der Klimawandel die Schneesicherheit gefährdet und die Beschneigung erschwert, wird ein Teil der österreichischen Skigebiete hohe Anpassungsleistungen erbringen müssen.

Der Anpassung an den Klimawandel dienen auch die Verbreiterung des Wintersportangebotes und die Stärkung des Sommerbetriebes.

Klimafreundliche Mobilität ist der wichtigste Hebel, um die Treibhausgasbilanz des Wintertourismus zu verbessern.

Eine Verbreiterung des Winterangebotes um Aktivitäten, die auch ohne Schnee möglich sind, wird angesichts der Erderwärmung immer wichtiger werden. Zudem kann damit auch Freizeittrends Rechnung getragen werden. So hat in Österreich etwa der Anteil der Winterurlauber:innen, deren Hauptaktivität das Wandern ist, von 2012 bis 2018 um 3 Prozentpunkte auf 13% zugenommen (Steiger et al., 2020a). Grundsätzlich können eine Reihe von Sommeraktivitäten auf den (schneelosen) Winter ausgedehnt werden. So wurden z. B. während der extrem schnee-armen Weihnachtsferien 2022/23 in einigen niederösterreichischen Skigebieten Mountainbikestrecken, Sommerrodelbahnen und Motorikparks wieder in Betrieb genommen (Niederösterreichische Nachrichten, 2023). In Andermatt (Schweiz) und im Zillertal wirbt man bereits jetzt mit der Kombination von Ski und Golf⁹⁾.

Eine Stärkung der Sommersaison kann die Abhängigkeit vom Winterbetrieb reduzieren. Viele Destinationen sind hierin bereits erfolgreich, wie das stärkere Wachstum der Nächtigungen in den vergangenen Sommersaisonen zeigt. Allerdings sind die Tagesausgaben der Gäste im Winter (durchschnittlich 205 €) noch deutlich höher als im Sommer (163 €; Österreich Werbung, 2023a). Sie ließen sich zwar steigern, dem stehen jedoch Probleme wie der Massentourismus oder ökologische und soziale Belastungen gegenüber. Verluste im Winter während der Sommersaison auszugleichen, ist damit nicht

ohne Weiteres möglich und mit negativen Externalitäten behaftet.

3.3.3 Maßnahmen zum Klimaschutz

Angesichts der Auswirkungen des Klimawandels liegt es im eigenen Interesse touristischer Akteur:innen, aktiv Klimaschutz zu betreiben. Wie Schätzungen zeigen, entsteht im österreichischen Wintertourismus rund die Hälfte der Treibhausgasemissionen bei der An- und Abreise der Gäste (32% durch die Beherbergung, 18% infolge von Aktivitäten; Umweltbundesamt, 2018). Die österreichische Treibhausgasbilanz erlaubt derzeit keine eindeutige Zuordnung von touristischen Emissionen (Gühnemann et al., 2021a). Klimafreundliche Mobilität ist jedenfalls der wichtigste Hebel, um den Ausstoß zu reduzieren. Hierbei sind die Herkunft der Gäste, die durchschnittliche Aufenthaltsdauer und die Wahl des Verkehrsmittels entscheidende Einflussfaktoren.

Die Herkunft der Gäste bestimmt die Reisedistanz. Während in Österreich der Anteil der heimischen Gäste 2009/2019 annähernd gleich blieb (auf Basis von Ankünften), sank der Anteil der Gäste aus den Nachbarländern um 6 Prozentpunkte zugunsten anderer Länder (Übersicht 1). Dieser Trend in Richtung weiter entfernter Quellmärkte dürfte mit einer Zunahme der durchschnittlichen Reisedistanz und damit der Treibhausgasemissionen einhergehen.

Übersicht 1: **Struktur der Ankünfte in der Wintersaison nach Herkunft der Gäste**

	2008/09	2018/19
	Anteile in %	
Österreich	29	30
Nachbarländer	51	45
Übriges Ausland	20	25

Q: Statistik Austria.

Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer von Wintergästen betrug in den 1980er-Jahren rund 6 Tage, im Winter 2017/18 nur noch 3,6 Tage (Steiger et al., 2021). Um die Zahl der Nächtigungen bei sinkender Aufenthaltsdauer stabil zu halten, ist eine Steigerung der Ankünfte und damit implizit auch der zurückgelegten Anreisedistanz nötig. Die Wahl des Verkehrsmittels bestimmt dabei maßgeblich die CO₂-Emissionen. In der Wintersaison reisen 76% der Gäste mit dem Auto an, 13% mit dem Flugzeug, das im Vergleich zum Auto bei gleicher Distanz das Fünffache emittiert, und 7% mit der Bahn (Gühnemann et al., 2021b). Um die Emissionen bei der An- und Abreise abzusenken, ist es erforderlich, mehr Gäste zum Umstieg auf eine Anreise per Bahn zu motivieren. Dies ist jedoch mit

einer Reihe von Hindernissen verbunden: So stellt der Gepäcktransport die größte Hürde dar, gefolgt von der mangelnden (direkten) Erreichbarkeit der Destination mit dem Zug (Gühnemann et al., 2021a, 2021b).

Emissionsreduktionen in den Skigebieten sind ebenfalls ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz, jedoch ist der CO₂-Fußabdruck in diesem Bereich deutlich geringer (etwa 14%). Möglichkeiten für Emissionsreduktionen sind der Bezug oder die eigene Produktion von Ökostrom, sowie die Umstellung der Pistenpräparierung von Diesel auf synthetische Kraftstoffe (e-Fuels) oder Wasserstoff. Erste Skigebiete testen bereits Prototypen und stellen einen Teil ihrer Flotte auf die alternativen Treibstoffe um¹⁰⁾.

⁹⁾ Siehe dazu <https://golfhome.ch/ski-golf-zillertal/>.

¹⁰⁾ <https://www.umwelt-journal.at/erste-wasserstoffbetriebene-pistenraupe-in-flachau/>.

4. Schlussfolgerungen

Die größte Herausforderung für den alpinen Wintertourismus birgt der Klimawandel, der einen beträchtlichen Anpassungsbedarf für die derzeit auf alpinen Wintersport spezialisierten Destinationen mit sich bringen wird. Um auch in einem wärmeren Klima mit weniger Schnee wenigstens einen Teil der Gäste zu behalten, muss das vorhandene Angebot diversifiziert und auf die neuen Gegebenheiten ausgerichtet werden. Dieser Anpassungsbedarf wird vor allem für Skigebiete in geringer Seehöhe schlagend werden, während Skigebiete in hohen Lagen in geringem Maße vom Klimawandel betroffen sein werden. Die zunehmende Gletscher- und Permafrostschmelze wird jedoch auch solche Skigebiete vor Herausforderungen stellen.

Der Klimawandel wird voraussichtlich auch die saisonale Verteilung der Nachfrage beeinflussen – die Nebensaisonen wie auch die Sommersaison werden an Bedeutung gewinnen. Damit bergen sie für alpine Destinationen die größten Chancen, um auch in Zukunft eine ausreichende wirtschaftliche Basis zu erhalten.

Infolge des Klimawandels sowie demografischer Veränderungen dürfte die Zahl der aktiven alpinen Wintersportler:innen schrumpfen. Der höhere technische Aufwand für Beschneidung wird sich auch in den Preisen

niederschlagen, was sich ebenfalls negativ auf die Nachfrage auswirken könnte.

In Beherbergung und Gastronomie sind die Preise in Österreich im internationalen Vergleich auch bisher schon relativ stark gestiegen, sodass die österreichische Tourismuswirtschaft – im Winter wie im Sommer – zunehmend mit Qualität, und weniger mit dem Preis punkten kann. Wie die anhaltend hohe Nachfrage nach Winterurlaub in Österreichs Bergen bestätigt, schätzen die Gäste die Qualität des Angebotes und kommen trotz steigender Preise; ob das auch in Zukunft bei weiter steigenden Kosten und dadurch noch höheren Preisen sowie schlechteren Schneebedingungen so bleiben wird, ist offen.

Die Tourismuswirtschaft muss, wie andere Bereiche auch, alles daransetzen, den Klimawandel zu begrenzen. Klimaschutzmaßnahmen im Tourismus müssen prioritär bei der An- und Abreise zur bzw. von der Destination und bei der Mobilität vor Ort ansetzen. In Bezug auf die Gästestruktur sollten Nahmärkte priorisiert werden, da die Anreise mit dem Flugzeug um ein Vielfaches emissionsintensiver ist als mit dem Auto oder mit der Bahn. Angebote, die auf eine Verlängerung der Aufenthaltsdauer abzielen, sparen ebenfalls transportinduzierte Emissionen ein.

5. Literaturhinweise

- Abegg, B. (1996). *Klimaänderung und Tourismus. Klimafolgenforschung am Beispiel des Wintertourismus in den Schweizer Alpen*. vdf Hochschulverlag AG.
- Abegg, B., & Mayer, M. (2023). The exceptional year of 2022: "deathblow" to glacier summer skiing in the Alps?. *Frontiers in Human Dynamics*, (5). <https://doi.org/10.3389/fhumd.2023.1154245>.
- Aigner, G. (2022). Skisaisonlängen in Kitzbühel. Zukunft Skisport. <https://www.zukunft-skisport.at>.
- Bausch, T., & Gartner, W. C. (2020). Winter Tourism in the European Alps: Is a New Paradigm Needed?. *Journal of Outdoor Recreation and Tourism*, 31. <https://doi.org/10.1016/j.jort.2020.100297>.
- Bundesministerium für Arbeit und Wirtschaft – BMAW (2023). *Tourismus in Österreich 2022*. https://www.bmaw.gv.at/dam/jcr:1e8336e92-73ff-49ca-bdea-77ecb98c2a14/Tourismusbericht_2022_barrierefrei.pdf.
- Falk, M. (2010). A dynamic panel data analysis of snow depth and winter tourism. *Tourism Management*, 31 (6), 912-924.
- Firgo, M., & Mayerhofer, P. (2016). Wissensintensive Unternehmensdienste, Wissens-Spillovers und regionales Wachstum. Teilprojekt 3: Zur Standortstruktur von wissensintensiven Unternehmensdiensten – Fakten, Bestimmungsggründe, regionalpolitische Herausforderungen. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/59427>.
- Foot, D. (2004). Leisure futures: A change in demography? In Weiermair, K., & Mathies, C. (Hrsg.), *The tourism and leisure industry. Shaping the future* (S. 21-33). Routledge.
- Günnemann, A., Kurzweil, A., & Mailer, M. (2021a). Tourism mobility and climate change – A review of the situation in Austria. *Journal of Outdoor Recreation and Tourism*, 34. <https://doi.org/10.1016/j.jort.2021.100382>.
- Günnemann, A., Kurzweil, A., & Unbehaun, W. (2021b). Mobilität, Transport und Erreichbarkeit von Destinationen und Einrichtungen. In Pröbstl-Haider, U., Lund-Durlacher, D., Olefs, M., & Pretenthaler, F. (Hrsg.), *Tourismus und Klimawandel* (S. 49-74). Springer Spektrum.
- Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC (2019). *Climate Change and Land. An IPCC Special Report on climate change, desertification, land, degradation, sustainable land management, food security and greenhouse gas fluxes in terrestrial ecosystems – Summary for Policymakers*. https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/4/2020/02/SPM_Updated-Jan20.pdf.
- Mayer, M., & Abegg, B. (2024). Development of summer skiing days in Austrian glacier ski areas in the first two decades of the twenty-first century. *International Journal of Biometeorology*, 68(3), 547-564. <https://doi.org/10.1007/s00484-022-02371-6>.

- Michel, F. (2020). *When the Snow Stops: How Climate Change Impacts Alpine Competitive Advantage and Innovation*. Universidade Católica Portuguesa, Queen's University Kingston.
- Niederösterreichische Nachrichten – NÖN (2023, 4. Jänner). Skigebiete in Niederösterreich bieten alternative Angebote. https://noen.at/freizeit/ausflug-reise/schneemangel-skigebiete-in-niederoesterreich-bieten-alternative-angebote-niederoesterreich-jochen-danninger-oetscherliffe-semmering-skigebiete-hochkar-349258184#349258184-208676718_349258184-2ap0rg86g76718ra-0 (abgerufen am 25. 3. 2024).
- Olefs, M., Formayer, H., Gobiet, A., Marke, T., Schöner, W., & Revesz, M. (2021). Past and future changes of the Austrian climate – Importance for tourism. *Journal of Outdoor Recreation and Tourism*, 34. <https://doi.org/10.1016/j.jort.2021.100395>.
- Österreich Werbung (2023a). Tourismus in Österreich 2022/2023. https://www.austriatourism.com/fileadmin/user_upload/Media_Library/Downloads/Tourismusforschung/2023G_Factsheet_Tourismus_in_OE_2022-2023_extern_Stand_05.07.2023.pdf.
- Österreich Werbung (2023b). Skinachwuchs Studie: Erkenntnisse zum Potenzial von Familien mit Kindern und Jugendlichen für den Österreichischen Skitourismus. <https://www.austriatourism.com/tourismusforschung/studien-und-berichte/skinachwuchs-studie/>.
- Österreich Werbung (2023c). Winterpotenziale 2023/2024. Winterreisepläne in Österreich, Deutschland, Schweiz, Niederlande, Belgien, Dänemark, UK, Polen, Tschechien und Slowakei.
- Redl, M. (2024). *Die Zukunft der Skigebiete: Das weiße Gold wird grün!*. story.one Publishing.
- Scherrer, S. C., & Begert, M. (2019). Effects of large-scale atmospheric flow and sunshine duration on the evolution of minimum and maximum temperature in Switzerland. *Theoretical and Applied Climatology*, 138(1-2), 227-235. <https://doi.org/10.1007/s00704-019-02823-x>.
- Scott, D., Dawson, J., & Jones, B. (2008). Climate change vulnerability of the US Northeast winter recreation – tourism sector. *Mitigation and Adaptation Strategies for Global Change*, 13, 577-596. <https://doi.org/10.1007/s11027-007-9136-z>.
- Statistik Austria (2023). Statcube database. <https://www.statistik.at/datenbanken/statcube-statistische-datenbank>.
- Steiger, R. (2011). The impact of snow scarcity on ski tourism. An analysis of the record warm season 2006/07 in Tyrol (Austria). *Tourism Review*, 66(3), 4-15.
- Steiger, R. (2012). Scenarios for skiing tourism in Austria: integrating demographics with an analysis of climate change. *Journal of Sustainable Tourism*, 20(6), 867-882. <https://doi.org/10.1080/09669582.2012.680464>.
- Steiger, R., Damm, A., Pretenthaler, F., & Pröbstl-Haider, U. (2020a). Climate change and winter outdoor activities in Austria. *Journal of Outdoor Recreation and Tourism*, 34(2021). <https://doi.org/10.1016/j.jort.2020.100330>.
- Steiger, R., Posch, E., Tappeiner, G., & Walde, J. (2020b). The impact of climate change on demand of ski tourism – a simulation study based on stated preferences. *Ecological Economics*, 170(2020). <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2019.106582>.
- Steiger, R., & Scott, D. (2020). Ski tourism in a warmer world: Increased adaptation and regional economic impacts in Austria. *Tourism Management*, 77(2020). <https://doi.org/10.1016/j.tourman.2019.104032>.
- Steiger, R., Posch, E., Tappeiner, G., & Walde, J. (2023). Seasonality matters: simulating the impacts of climate change on winter tourism demand. *Current Issues in Tourism*, 26(17), 2777-2793. <https://doi.org/10.1080/13683500.2022.2097861>.
- Steiger, R., Pröbstl-Haider, U., & Pretenthaler, F. (2021). Outdooraktivitäten und damit zusammenhängende Einrichtungen im Winter. In Pröbstl-Haider, U., Lund-Durlacher, D., Olefs, M., & Pretenthaler, F. (Hrsg.), *Tourismus und Klimawandel* (S. 109-122). Springer Spektrum.
- Umweltbundesamt (2018). Factsheet Treibhausgas-Bilanz: Urlaubstypen im Vergleich. https://www.umweltbundesamt.at/fileadmin/site/aktuelles/2018/treibhausgasbilanz_urlaubsreisevergleich_factsheet2018.pdf.
- Vanat, L. (2023). *2023 International Report on Snow & Mountain Tourism. Overview of the key industry figures for ski resorts* (15. Auflage).
- Wirtschaftskammer Österreich (2023). Schneesicherheit im Wintertourismus. <https://www.wko.at/oe/tourismus-freizeitwirtschaft/schneesicherheit-im-wintertourismus.pdf>.
- Wirtschaftskammer Österreich, Fachverband der Seilbahnen (2024). Ökologie und Umwelt bei den Seilbahnen Österreichs – Seilbahnen und Beschneiungsanlagen leisten wichtigen Beitrag für sichere und nachhaltige Arbeitsplätze. <https://www.wko.at/oe/transport-verkehr/seilbahnen/nachhaltigkeit>.
- Witting, M., & Schmude, J. (2019). Impacts of Climate and Demographic Change on Future Skier Demand and Its Economic Consequences – Evidence from a Ski Resort in the German Alps. *Journal of Outdoor Recreation and Tourism*, 26(2019), S. 50-60. <https://doi.org/10.1016/j.jort.2019.03.002>.
- Zellmann, P., & Mayrhofer, S. (2018). Skifahren ist teurer geworden, wie vieles andere auch. Der Ausstieg hat weniger finanzielle, mehr emotionale Gründe. *Forschungstelegamm des Instituts für Freizeit- und Tourismusforschung*, 7(18).

Auswirkungen von COVID-19 auf die österreichische Tourismus- und Freizeitwirtschaft im Jahr 2022

Oliver Fritz, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Gerhard Streicher (WIFO), Peter Laimer, Thomas Pfeifer, Johanna Ostertag-Sydler, Jürgen Weiß (STAT)



Auf Basis des Konzeptes des Tourismus-Satellitenkontos beliehen sich die Tourismusausgaben in- und ausländischer Gäste in Österreich 2022 auf schätzungsweise 35,8 Mrd. € (+86,9% gegenüber 2021, 2019/2022 –5,3%). Daraus resultierten laut Modellrechnungen des WIFO direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte von gut 27,9 Mrd. € (+92,0% gegenüber 2021 bzw. –7,7% gegenüber 2019) und ein BIP-Beitrag von 6,2% sowie Gesamtbeschäftigungseffekte der Tourismuswirtschaft von rund 313.200 Vollzeitäquivalenten bzw. 7,8% der in Österreich insgesamt Erwerbstätigen. Der Reiseverkehrssaldo laut Zahlungsbilanz verdreifachte sich 2022 mit +7,8 Mrd. € gegenüber 2021 (–26,2% zu 2019; Exporte +110,5%, 2019/2022 –11,6%, Importe +79,9%, 2019/2022 +0,8%; nominell, einschließlich internationaler Personentransport). Der Marktanteil Österreichs an den nominellen Tourismusexporten von 32 europäischen Ländern lag 2022 ersten Schätzungen zufolge bei 3,5% (2021: 3,2%), das bedeutete eine Verbesserung um 4 Ränge auf aktuell Platz 8. Der nichttouristische Freizeitkonsum der inländischen Bevölkerung belief sich 2022 schätzungsweise auf 45,2 Mrd. € (+15,1% im Vergleich zu 2021, +7,7% zu 2019). Daraus resultierten direkt und indirekt 30,8 Mrd. € an Wertschöpfung (+18,1%, 2019/2022 +5,1%) und ein BIP-Beitrag von 6,9% (2019: 7,4%) sowie rund 330.000 Erwerbstätige zu Vollzeitäquivalenten (8,2% der Gesamtbeschäftigung; 2019: 7,7%).

Im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft • April 2023 • 39 Seiten • 40 € • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/70736>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

Auswirkungen des Flächenverbrauchs für die Versorgungssicherheit und steuerliche Instrumente zu dessen Eindämmung

Elisabeth Arnold, Katharina Falkner, Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell



WIFO ■

**Auswirkungen
des Flächenverbrauchs
für die Versorgungssicherheit
und steuerliche
Instrumente zu dessen
Eindämmung**

**Elisabeth Arnold, Katharina Falkner,
Margit Schratzenstaller, Franz Sinabell**

Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Sutrich

Dezember 2023
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Österreich zählt zu jenen Ländern, in denen der Flächenverbrauch im internationalen Vergleich sehr hoch ist. Gleichzeitig gibt es seit Jahren Initiativen und Bemühungen, diesen einzudämmen. Die Daten zum Flächenverbrauch deuten darauf hin, dass das Ziel der Bundesregierung, den täglichen Verbrauch von derzeit 11 ha auf 2,5 ha bis 2030 einzuschränken, verfehlt werden wird. Zwar haben die Bundesländer in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Eindämmung des Flächenverbrauchs ergriffen, deren Wirkung ist aber derzeit noch nicht absehbar. In der vorliegenden Studie wird zum einen die Dringlichkeit der Begrenzung des Flächenverbrauchs zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln dargestellt. Dazu wird ermittelt, dass aufgrund der Abnahme der Ackerfläche in Österreich um mehr als 72.000 ha zwischen 1999 und 2020 gemäß Agrarstrukturerhebung 493.000 Personen weniger mit Nahrungsmitteln versorgt werden können. Zum anderen wird der Einfluss bestehender steuerlicher Regelungen auf den Flächenverbrauch analysiert, und es werden Optionen für steuerpolitische Eingriffe identifiziert, die zur Eindämmung des Flächenverbrauchs geeignet sein könnten. Darüber hinaus gibt die Studie einen Überblick zum Stand der Instrumente zur Steuerung des Flächenverbrauchs in den Bundesländern.

Im Auftrag der Österreichischen Hagelversicherung • Dezember 2023 • 71 Seiten • 60 € • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71122>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung",
 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

naBe-Aktionsplan: Wirkungsanalyse der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung in Österreich

Michael Klien, Mark Sommer, Michael Weingärtler



WIFO ■

**naBe-Aktionsplan:
Wirkungsanalyse
der nachhaltigen
öffentlichen Beschaffung
in Österreich**

**Michael Klien, Mark Sommer,
Michael Weingärtler**

Dezember 2023
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Die Studie analysiert die Wirkungen des "Nationalen Aktionsplans für nachhaltige öffentliche Beschaffung" (naBe). Im ersten Teil der Studie wird der Status quo der Bundesbeschaffung insgesamt – in Volumen und Struktur – beleuchtet und die Wirkungen hinsichtlich Wertschöpfung, Beschäftigung und Emissionen untersucht. Einschließlich ausgegliederter Unternehmen wird das Vergabevolumen des Bundes im Jahr 2019 auf über 24 Mrd. € geschätzt. Im zweiten Teil der Studie wird auf sechs zentrale Beschaffungsbereiche eingegangen – Lebensmittel, Strom, IT-Geräte, Mobilität, Hochbau, Tiefbau – und detaillierte Wirkungsszenarien für die naBe-Kriterien entworfen. Die Ergebnisse zeigen, dass die erwarteten jährlichen Mehrausgaben bis 2030 auf 111 Mio. € zunehmen, und mit substanziellen ökonomischen (BIP-Effekt +123 Mio. €) und ökologischen Effekten (eingesparte CO₂-Äquivalente: 43.000 t) einhergehen.

Im Auftrag des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, Abteilung V/7: Integrierte Produktpolitik, Betrieblicher Umweltschutz und Umwelttechnologie • Dezember 2023 • 66 Seiten • 60 € •
Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/71306>

Bestellungen bitte an das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung, Team "Publikationen und Abonnentenbetreuung", 1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Tel. (+43 1) 798 26 01-214, Fax (+43 1) 798 93 86, publikationen@wifo.ac.at

5/2023 Unternehmerische Erwartungen verbessern sich trotz hoher Inflation • Heterogene Entwicklung der Konjunkturbeurteilungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2023 • Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt hielt 2022 an • Hohe Energiepreise dämpften die Industriekonjunktur. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2022 • Nutzung digitaler Plattformen in Österreich. Hauptergebnisse einer WIFO-Unternehmensbefragung

6/2023 Stagnation der Wirtschaftsleistung bei nach wie vor hoher Inflation • Unternehmensinvestitionen wachsen 2023 nur verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2023 • Regionale Konjunktur zwischen Erholung und Energiekrise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2022 • Ausgaben der Unternehmen für Produktneueinführungen 2022 gekürzt

7/2023 Schwaches Wachstum bei hoher Unsicherheit. Prognose für 2023 und 2024 • Mittel-, Ost- und Südosteuropa zwischen hoher Inflation und Konjunkturflaute im Euro-Raum • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Bedeutung der Plattformarbeit • Regionalwirtschaftliche und touristische Effekte von Sportgroßveranstaltungen

8/2023 Auf Stagnation folgt Abschwung – Frühindikatoren verschlechtern sich weiter • Konjunktüreinschätzungen trüben sich ein. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2023 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2022 leicht rückläufig • Abgabenbelastung bei Kombination von Pensions- und Erwerbseinkommen

9/2023 Vertiefung der Rezession bei steigenden Zinsen und hoher Inflation • Geldpolitische Wende schmälerte 2022 das Veranlagungsergebnis der Versicherungswirtschaft • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2023. Sonderthema: Das "Fit for 55"-Paket der Europäischen Kommission • Kollektivvertragsverhandlungen in Zeiten hoher Inflation

10/2023 Kaufkraft steigt nach milder Rezession. Prognose für 2023 und 2024 • Österreichs Wirtschaft wächst mittelfristig nur verhalten. Mittelfristige Prognose 2024 bis 2028 • Verbesserung der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2022 • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich • Österreichs Land- und Forstwirtschaft 2022 trotz schwierigen Umfelds außergewöhnlich erfolgreich

11/2023 Österreichs Wirtschaft in Rezession – Inflation geht zurück • Konjunkturabschwung hält an. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2023 • Tourismus trotz anhaltender Teuerung wieder deutlich erstartet • Armut und Sozialhilfe in Österreich • Entwicklungspolitik als geoökonomisches Instrument. Eine Einordnung vor dem Hintergrund globaler Trends

12/2023 Kaum Anzeichen für Erholung der heimischen Industriekonjunktur • Budgetpolitik in einem unsicheren ökonomischen und geopolitischen Umfeld. Bundesvoranschlag 2024 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2024 bis 2027 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2023 • Zur öffentlichen Finanzierung der Langzeitpflege in Österreich • Wer finanziert den Wohlfahrtsstaat? Erkenntnisse aus der WIFO-Umverteilungsstudie

1/2024 Editorial • Konjunkturerholung verzögert sich. Prognose für 2023 bis 2025 • Investitionspläne für 2024 weiter gekürzt. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2023 • Finanzausgleich 2024 bis 2028. Erste Schritte zu einer Wirkungsorientierung • Die Produktivitätsentwicklung österreichischer Unternehmen in den Jahren 2013 bis 2020. Eine Auswertung von Mikrodaten

2/2024 Österreichs Industrie verharrt in Rezession • Konjunkturstimmung zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2024 • Einbruch im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2026 • Wo steht Österreich im fünften Jahr multipler Krisen? Eine makroökonomische Betrachtung

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Dr. Hannes Androsch

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Anton Mattle, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Andreas Stangl, Michael Strebl, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Elisabeth Arnold, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie

Konsulent:innen

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Dr. Markus Marterbauer, Leiter der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Martin Halla, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell, Josef Zweimüller

Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauninger, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Gina Feichtinger, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Lucia Glinsner, Thomas Haas, Claudia Hirschschall, Brigitte Hofer, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klozar, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Thomas Leber, Sarah Ledl, Tong Li, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppi-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Elisabeth Schörkhuber, Kristin Smeral, Klara Stan, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

